

**Ausschuss für Bildung, Forschung und
Technikfolgenabschätzung**

Wortprotokoll

83. Sitzung

Öffentliches Fachgespräch

zum Thema

„Grenzüberschreitende Kooperation im Bereich der Berufsbildung“

(nicht korrigiert durch die Sachverständigen und Abgeordneten)

Berlin, 17. Oktober 2012, 9.30 bis 11.30 Uhr

(Sitzungssaal E.300, Paul-Löbe-Haus)

Vorsitz: Ulla Burchardt, MdB

Vorlagen zum Fachgespräch:

- BT-Drs. 17/9700 Unterrichtung durch die Bundesregierung
 „Berufsbildungsbericht 2012“

- BT-Drs. 17/9586 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
 „Mit DualPlus mehr Jugendlichen und Betrieben die
 Teilnahme an der dualen Ausbildung ermöglichen“

- BT-Drs. 17/10116 Antrag der Fraktion der SPD
 „Jugendliche haben ein Recht auf Ausbildung“

- BT-Drs. 17/10856 Antrag der Fraktion DIE LINKE.
 „Perspektiven für 1,5 Millionen Menschen ohne Berufs-
 abschluss schaffen – Ausbildung für alle garantieren“

Stellungnahmen der eingeladenen Sachverständigen:

- ADrs 17(18)304 a Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB), Bonn

- ADrs 17(18)304 b Deutscher Gewerkschaftsbund Bundesvorstand, Berlin

- ADrs 17(18)304 c Prof. Dr. Dr. h. c. Felix Rauner, Universität Bremen,
 Forschungsgruppe Berufsbildungsforschung (I:BB)

Sachverständige

	Seite
Prof. Dr. Martin Baethge Soziologisches Forschungsinstitut Göttingen (Sofi) An der Georg-August-Universität	7, 31, 47
Prof. Dr. Friedrich Hubert Esser Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB), Bonn	10, 32, 50
Dr. Günter Lambertz Deutscher Industrie- und Handelskammertag e. V. (DIHK), Berlin	13, 51
Jürgen Männike EDUCON – Internationales Berufliches Weiterbildungsconsulting, Berlin	15, 36
Hermann Nehls DGB-Bundesvorstand, Bereich Bildung, Qualifizierung und Forschung, Berlin	19, 39, 53
Prof. Dr. Dr. h.c. Felix Rauner Universität Bremen, Forschungsgruppe Berufsbildungsforschung (I:BB)	23, 41, 54

Ausschussmitglieder

	Seite
<hr/>	
<u>CDU/CSU</u>	
Uwe Schummer	27
Dr. Thomas Feist	43
Dr. Philipp Murmann	44
<u>SPD</u>	
Willi Brase	28, 46
Ulla Burchardt	44
<u>FDP</u>	
Heiner Kamp	29
Sylvia Canel	45
<u>DIE LINKE.</u>	
Agnes Alpers	30, 46
<u>BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN</u>	
Kai Gehring	30, 46
<u>Bundesministerium für Bildung und Forschung</u>	
PSts Dr. Helge Braun	56

Beginn der Sitzung: 9.40 Uhr

Vorsitzende:

Ich begrüße die Experten des heutigen Fachgesprächs, bei dem wir uns mit den grenzüberschreitenden Kooperationen im Bereich der Berufsbildung befassen wollen. Ich begrüße alle Kolleginnen und Kollegen, die zwischenzeitlich eingetroffen sind, und die Gäste, die den heutigen öffentlichen Teil unserer Ausschusssitzung mit verfolgen wollen, sowie die erschienenen Vertreterinnen und Vertreter der Medien.

Im Obbleutegespräch wurde der Ablauf der Sitzung interfraktionell besprochen, für Einige ist das neu, deshalb mache ich das ausführlich. Wir haben uns darüber geeinigt, wie der heutige Ablauf sein soll, und zwar werden wir gleich mit einem jeweils fünfminütigen Statement unserer Experten beginnen. Heute haben wir eine reine Herrenrunde, das kommt auch nicht mehr so oft vor. Ich werde sie in alphabetischer Reihenfolge aufrufen. Es geht hier alles ganz transparent und mit rechten Dingen zu. Danach gibt es eine Fragerunde der Berichterstatterinnen und Berichterstatter der Fraktionen. Die Reihenfolge der Fragenden bestimmt sich nach der Stärke der Fraktionen, das heißt, es beginnt die CDU/CSU-Fraktion, es folgt die SPD-Fraktion, dann die FDP-Fraktion, dann DIE LINKE., dann BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Anschließend folgt eine Antwortrunde und wenn die Zeit reicht, was der Fall sein dürfte, machen wir das Ganze noch ein zweites Mal.

Wir haben auch klare Regeln, wie gefragt wird. Das erkläre ich auch meinen Kolleginnen und Kollegen immer gerne. Es werden zwei Fragen von jedem Kollegen oder jeder Kollegin gestellt, entweder zwei an einen Sachverständigen oder jeweils eine Frage an zwei Sachverständige. Wir haben heute auch Kolleginnen und Kollegen des Ausschusses für Wirtschaft und Technologie bei uns, die im Rahmen ihres Fraktionskontingents ebenfalls Fragen stellen können. Das Ende des Fachgesprächs ist für 11.30 Uhr geplant. Es wird ein Wortprotokoll erstellt, das Sie dann auch beziehen können.

Es ist deshalb so dunkel hier im Saal, weil es eine Fernsehaufzeichnung dieses Fachgespräches gibt. Es gibt eine hervorragende Internetseite des Deutschen Bundestages, auf der Sie sich dieses Fachgespräch zu jeder Zeit, wenn Sie mögen auch beliebig oft, als Video ansehen können, falls Sie das Bedürfnis haben sollten, das Eine oder Andere nach zu verfolgen und Ihnen das Protokoll nicht ausreicht.

Dann darf ich Sie noch darauf aufmerksam machen, dass jedes Handy irgendeine Vorrichtung hat, um es auf lautlos oder auszustellen.

Damit können wir mit unserem Fachgespräch starten. Ich glaube, alle die heute hier im Raum sind, wissen im Prinzip, worum es geht. Wir stellen in den letzten Monaten ein steigendes Interesse an der deutschen Berufsausbildung, an dem dualen System fest. Ich habe in den vielen Jahren, die ich im Bundestag und in diesem Ausschuss Mitglied bin, selten so viel Interesse erlebt wie nun zum Beispiel von Seiten der chilenischen Arbeitsministerin oder von südafrikanischen Parlamentariern. Beim BMBF zeigt sich das Interesse an den vielen Nachfragen: Wie ist das eigentlich mit eurem deutschen System? In der Tat scheint einiges hier viel besser zu laufen, als woanders. Insofern wird das der Gegenstand sein: Wie sieht es eigentlich mit der grenzüberschreitenden Kooperation aus?

Ich darf vielleicht noch hinzufügen, dass eine Delegation dieses Ausschusses in der letzten Woche in Südafrika war. Einer der Themenschwerpunkte der Reise war die berufliche Bildung. Auf großes Interesse traf dort, wie lange Deutschland sich schon in dieser Sache engagiert. Praktisch mit dem Ende des Apartheitsregimes wurde damit begonnen, im Bereich der beruflichen Bildung unterstützend tätig zu sein. Insofern ist das insgesamt für uns kein neues Thema. Wir möchten uns aber gerne auf den neuesten Stand bringen lassen.

Damit genug der Vorrede. Ich darf das Wort jetzt an Herrn Prof. Baethge geben.

Prof. Dr. Martin **Baethge** (Soziologisches Forschungsinstitut Göttingen (Sofi)
An der Georg-August-Universität):

Frau Vorsitzende, meine Damen und Herren, ich werde mich nicht lange bei den Dingen aufhalten, von denen ich annehme, dass sie in diesem Raum Konsens sind, nämlich dass das duale System ein beruflicher Sozialisationsmodus ist, der wie kaum ein anderes Berufsbildungssystem in der Welt mehr Jugendlichen zu einem abgeschlossenen Ausbildungsabschluss verhilft, als andere, eher schulisch organisierte Systeme. Dies alles wirkt gleichzeitig als günstiger Übergangsmodus in den Arbeitsmarkt. Das heißt nicht, dass es keine Probleme gebe, bei denen auch wir von anderen Ländern lernen könnten. Ich werde mich auch nicht auf die Dinge, die dankenswerterweise vom BIBB bereitgestellt werden, auf internationale Austauschmöglichkeiten und -programme wie Leonardo Da Vinci beziehen. Ich finde, es ist einvernehmlich, dass dies alles unterstützenswert ist und unterstützt werden sollte. Vielleicht kann Herr Kollege Esser noch etwas mehr dazu sagen. Nicht nur über die Fakten, sondern auch über die Probleme und möglichen Effekte, die sich bisher damit verbinden.

Ich möchte mich kurz auf drei inhaltliche Problempunkte konzentrieren, die ich für die ganze Frage des von einander Lernens in Europa betonen möchte und die sich auf die Probleme beziehen, denen sich mehr oder weniger alle Ausbildungssysteme in Europa stellen müssen. Was und wie kann man zwischen unterschiedlichen nationalen Gesellschaften eigentlich transferieren und was kann man wie lernen? Wenn Europa ein Lernprozess ist, als den ich es, und ich nehme an, die Mehrheit hier in diesem Raum betrachte, dann muss man diese Frage stellen.

Ich will das am Beispiel Deutschlands in zwei Aspekten unterscheiden.

Erstens: Dem Aspekt des komplexen ordnungspolitischen Systems, also Betrieb/Berufsschule und Zweitens: Dem eher auf die Ausbildungsorganisation zielende Dualität von praxisintegrierten und schulischen Ausbildungssystemen. Ich denke, auf der ersten Ebene, dem komplexen Institutionsgefüge, sind Transfermöglichkeiten begrenzt. Das duale System im deutschsprachigen Raum, mit dem Berufstyp Facharbeiter, ist untrennbar mit dem besonderen deutschen Industrialisierungspfad der diversifizierten Qualitätsproduktion und dem im zugehörigen

sozialpartnerschaftlichen Modell verbunden. Ähnlich Wurzeln anderer Ausbildungssysteme in sozioökonomischen und kulturellen Traditionen, die nicht von heute auf morgen aufzugeben sind. Der Sinn des europäischen Qualifikationsrahmens ist nicht, Steuerungssysteme transferierbar zu machen, sondern ihre outcomes vergleichbar zu machen und Transparenz für einen europäischen Arbeitsmarkt, bezogen auf Qualifikation und Kompetenzen, bereitzustellen. Unterhalb solcher komplexer Systemtransfer-Perspektiven ist sehr viel übertragbar. Da haben auch arbeitsintegrierte Ausbildungssequenzen viel Eingang in ihrer Herkunft nach eher schulisch organisierte Ausbildungssysteme gefunden. Ich habe in einer internationalen Vergleichsstudie, der Machbarkeitsstudie für ein large scale Assessment in der beruflichen Bildung von etwa zehn bis zwölf europäischen Staaten, sehr deutlich gemerkt, wie sehr auch in eher schulisch organisierten Systemen Perspektiven der arbeitsintegrierten Vermittlung inzwischen Eingang gefunden haben. Aber unterhalb der Ebene von Systemsteuerung als Ganzes. Ich denke, es wäre viel gewonnen, wenn man sich europaweit gegenüber der heute dominanten Inputsteuerung auf der steuerungsebene auf eine Verbindung zwischen Input- und Outcome-Steuerung verständigen könnte. Ich denke, das entspräche auch dem Ziel des EQR.

Zweites: Man kann die Frage der Kooperation in der Berufsbildung meines Erachtens nicht nur auf der Ebene der mittleren Fachkräfte erörtern. Eine der entscheidenden Fragen der Zukunft in Europa wird sein: Was wird der Hauptweg der Ausbildung in Europa, die mittlere Ausbildung oder die Hochschulausbildung? Wie werden sich beide Ausbildungssysteme zueinander in Zukunft verhalten? Sie können sich das wiederum am Beispiel Deutschlands klar machen. Wir haben zum ersten Mal 2011 fast genauso viele Studienanfänger wie Neuzugänge zur dualen Berufsausbildung. Die Studienanfängerquote ist auf 55 Prozent des gleichen Jahrgangs gestiegen. Da gehen natürlich Sonderbedingungen wie doppeltes Schuljahr und Wehrpflichtaussetzung mit ein. Wir rechnen aber fest damit, dass wir in Zukunft zu einer Quote um 50 Prozent herum kommen werden. Das heißt, da stellt sich dann die Frage: Wie verhält sich das zu der dualen Ausbildung selbst, wenn man davon ausgeht, dass der Fachkräftebedarf auf der mittleren Ebene quan-

titativ erst einmal der Hauptbedarf innerhalb der Volkswirtschaft bleiben wird? Wir bekommen eine völlig neue Gemengelage auf dieser mittleren Ebene und ich denke, dass gibt Anlass, auch von anderen europäischen Gesellschaften in Richtung von Verschränkungen zwischen Berufsausbildung und Hochschulbildung zu lernen und die Attraktivität, das klingt vielleicht ein wenig widersprüchlich in Ihren Ohren, aber das ist es nicht, die Attraktivität der dualen Ausbildung auch für diejenigen, die eine Hochschulberechtigung haben, zu steigern, indem man die Durchlässigkeit zur Hochschule erhöht.

Letzter kurzer Punkt: Wir werden europaweit in den kommenden Jahren das in den meisten Ländern wie auch in Deutschland unzulänglich gelöste Problem der Berufsausbildung von bildungsbenachteiligten Jugendlichen, vor allem solchen mit besonderem Förderbedarf, zu bearbeiten haben. Hier liegt einer der Kernpunkte bei der Bekämpfung von Jugendarbeitslosigkeit und perspektivisch damit auch von Arbeitslosigkeit insgesamt. Auch unter dem Gesichtspunkt des Fachkräftebedarfs wird die Lösung dieses Problems wichtiger, weil man auch die Ebene unterhalb des Fachkräftebedarfs, wenn man über Berufsbildungssysteme redet, im Blick haben muss. Es ist in erster Linie ein Problem der Organisation des Übergangs von der Schule in eine Berufsausbildung, das heute in Deutschland im Rahmen des sogenannten Übergangssektors oder -systems bearbeitet wird. Die Situation hat sich quantitativ insofern verbessert, als die Neuzugänge zum Übergangssystem seit dessen Kulminationspunkt demografisch bedingt um ein Drittel gesunken sind. Aber wir müssen davon ausgehen, dass sich damit in Zukunft das Übergangssystem immer mehr auf Jugendliche mit besonderem Förderbedarf konzentrieren wird, das heißt aber auch, dass sich deren Integration in Ausbildung eher erschweren als vereinfachen wird. Da kann man mit dem Blick auf die skandinavischen Länder etwas darüber lernen, wie man dieses Problem besser steuert. Man wird es nur schaffen, wenn man die ganze Prozesskette von der Sekundarstufe 1 bis zum Betrieb im Blick hält. Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

Vorsitzende:

Herzlichen Dank. Nun Prof. Esser bitte.

Prof. Dr. Friedrich Hubert **Esser** (Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB), Bonn):

Herzlichen Dank Frau Vorsitzende. Meine sehr geehrten Damen und Herren, das Bundesinstitut für Berufsbildung pflegt schon über viele Jahre Partnerschaften und Kooperationen weltweit, über Europa hinaus, in über 30 Ländern. Wir stellen fest, dass im letzten Jahr, da schließe ich an dem an, Frau Burchardt, was Sie eingangs erwähnten, das Interesse an Fragen der Internationalisierung vehement zugenommen hat. Das speist sich natürlich zum einen aus dem Interesse dieser Partnerschaftsorganisationen. Wir nehmen aber auch ein Interesse gerade bei den Unternehmen und deren Vertretungsorganisationen an Fragen der Internationalisierung der beruflichen Bildung wahr. Wenn ich mir das Ausland anschaue, Herr Prof. Baethge, dann nehmen wir wahr, dass weniger ein Interesse an konkreten Umsetzungen des dualen Systems besteht, insbesondere in Schwellenländern beispielsweise, wo sehr interessante Prozesse stattfinden - einerseits ein überproportionales Wachstum, andererseits eine noch nicht ausreichende Unterfütterung durch getragene Qualifizierungssysteme. Die stellen Fragen, die etwas mit dem dualen System zu tun haben, zum Beispiel: Wie macht ihr das eigentlich, dass ihr es in der beruflichen Bildung schafft, Wirtschaft, sprich die Sozialpartner, die Kammerorganisation und Politik zusammen zu bekommen? Wie schafft ihr es, dass die Wirtschaft 70 Prozent der Kosten für Berufsausbildung trägt? Wie schafft ihr es, dass ihr Arbeitsprozesse und systematische Lernprozesse in Betrieben miteinander verbindet? Wie schafft ihr es, dass ihr so schnell, innerhalb von zwei bis drei Jahren, vom Kundenauftrag ausgehend, generierte Qualifikationsanforderungen in übergreifende, bundesweit gültige Standards transformiert? Wie schafft ihr es, dass das Ganze auch noch - das sage ich jetzt als BIBB, das wird auch immer gewürdigt, ich war letzte Woche in Vietnam, dort haben wir den ersten Berufsbildungsbericht, den wir mit gefördert und unterstützt haben, veröffentlicht - wie schafft ihr es, dass ihr eine Berufsbildungsforschung habt, die das alles letztendlich unterlegt? Das vor dem Hintergrund, den Eindruck habe ich, dass die Schwellenländer um die Welt fahren und überall schauen, wie die Länder das machen,

auch verschulte Systeme in den Augenschein nehmen und anscheinend an unseren Systemen, Konfigurationen hängen bleiben und sagen: Das ist interessant!

Wir warnen dann auch stets davor, Herr Prof. Baethge. Wir sagen: Das hat sich nicht von jetzt auf gleich entwickelt, sondern das ist ein Prozess, der im Grunde über hunderte von Jahren in dieses duale Berufssystem hinein gewachsen ist. Insofern, auch aus dieser Betrachtung heraus, stellen wir jetzt für die Perspektive zwei Schwerpunkte fest:

Auf der einen Seite aus einer berufspolitischen, wirtschaftspädagogischen Sichtweise das konkrete und zunehmende Begehren der Unternehmen die Globalisieren, die Standorte im Ausland entwickeln, die sagen: Wir brauchen Systemunterstützung, Systembegleitung, damit wir rekrutieren können, wenn die Länder noch nicht so weit sind um uns das zur Verfügung zu stellen, was wir brauchen. Beispielsweise, wenn Daimler Benz in Indien große Standorte entwickelt, wo Märkte sind, aber letztendlich die Zuführung des Fachkräftepotenzials fehlt, dann sagen die: Wir sind euch sehr dankbar, wenn ihr vor Ort seid und mit den Zuständigen dort vor Ort dafür Sorge trägt, dass Strukturen entstehen. Das heißt, Systemberatung, Organisations- und Personalentwicklung vor Ort, aus dem Blickwinkel der deutschen Unternehmen heraus. Eine Innenperspektive die wir feststellen ist, dass wir uns in den Kontext des Gesamtbildungssystems mit der Frage beschäftigen müssen, wie bereiten wir eigentlich die Menschen auf das Erziehungs-, Bildungs- und Qualifizierungsziel, auf die Nutzung der Möglichkeiten vor, die die Globalisierung und Internationalisierung in den nächsten Jahren mit sich bringt. Das ist ein übergeordnetes Bildungsziel, was letztendlich auch in mehrere Dekaden hineinreicht und wirklich sehr perspektivisch anzulegen ist. Man muss immer wieder fragen: Warum lernen eigentlich heute die Kinder in der Grundschule schon Englisch oder werden mit dieser Sprache in Verbindung gebracht? Das macht man nicht, weil das schick ist, sondern um die Menschen, anders noch als es war, als wir groß geworden sind, auf diese neuen Möglichkeiten und Freiheiten, die Internationalisierung und Globalisierung mit sich bringen, auch entsprechend vorzubereiten.

Da müssen wir uns mit der beruflichen Bildung eintakten neben der Allgemeinbildung und neben der Hochschulbildung. Das Stichwort für uns ist die Schlüsselqualifikation der Zukunft: interkulturelle Kompetenz. Auf der einen Seite die Präzisierung dieses Konstrukts: Was ist das eigentlich? Es ist mehr als Sprache. Es ist Affinität mit anderen Kulturen, es ist die Handlungskompetenz, die Fähigkeit - was der europäische Bildungs- und Wirtschaftsraum im Grunde genommen vorgibt - dass man sich auch in anderen Ländern ausbilden lassen kann oder die Ausbildung fortsetzen kann oder sich beschäftigen lassen kann. Das ist also das eine: Die Interkulturelle Kompetenz zu präzisieren, damit wir wissen, worum es geht, damit wir es als Zielkategorie fassen.

Die zweite große Frage, die wir in den nächsten Jahren beantworten müssen, wird sein, wie wir das in die Curricular der beruflichen Bildung einarbeiten. Das heißt, wie wir ganz konkret die jungen Leute aus der Allgemeinbildung abholen, wo sie eine bestimmte Förderung in diese Richtung erfahren haben, und wie das in der beruflichen Bildung Fortsetzung findet. Es kann nicht sein, dass man wie es jetzt - ich male es etwas schwarz weiß - der Fall ist, bis zur zehnten Klasse englisch lernt, damit in die Berufsbildung geht, wo das im Grunde nicht mehr stattfindet, sondern nur noch in bestimmten Berufen wie Speditionskaufmann usw., wo das mit zur Berufsausübung gehört. Das heißt, interkulturelle Kompetenz muss zu einem standardisierten Lernziel in der beruflichen Bildung werden und eine Fortsetzung finden in der Fortbildung.

Als letztes Beispiel und letzten Satz dazu noch mal zurück zu Daimler Benz, wo ich vor nicht allzu langer Zeit gewesen bin. Die sagen, unsere Meister, die gerade 40 Jahre alt sind, also voll im Berufsleben stehen, tüchtig und erfahren, wollen wir auch im Ausland einsetzen. Wir brauchen eine Grundlage der Flexibilität, das heißt interkulturelle Kompetenz, als Standard in der Fortbildung.

Vorsitzende:

Herzlichen Dank. Herr Dr. Lambertz nun bitte.

Dr. Günter Lambertz (Deutscher Industrie- und Handelskammertag e. V. (DIHK), Berlin):

Vielen Dank. Das schon mehrfach erwähnte gestiegene Interesse an der deutschen Berufsbildung speist sich in unserer Organisation aus zwei Quellen:

Das Eine ist die Nachfrage von deutschen Unternehmen, die im Ausland tätig sind und dort nicht die ausreichend qualifizierten Fachkräfte finden. Hier liegt der Schwerpunkt vor allen Dingen bei den Brückenländern: Russland, China aber auch Brasilien und Indien.

Die zweite Quelle sind die Bildungsverantwortlichen aus anderen Ländern: Regierungen aber auch Organisationen wie das BIBB. Hier hat sich in letzter Zeit der Schwerpunkt eindeutig nach Südeuropa verlagert, da ist zurzeit unser Hauptarbeitsgebiet.

Delegationen aus anderen Ländern gab es auch schon in den letzten Jahren immer wieder. Wir haben erstens den Eindruck, dass es mehr geworden sind und zweitens den Eindruck, dass die Teilnehmer ein sehr viel besseres Hintergrundwissen haben, dass die nicht unbedingt zu uns kommen, sondern mit ganz konkreten Fragen, die auch die Umsetzungen betreffen und das eine oder andere Mal hieß es dann bei uns, die meinen es tatsächlich ernst.

Herr Prof. Baethge hatte schon darauf hingewiesen: So etwas wie eine eins zu eins Übertragung sollten wir uns gar nicht erst vornehmen. Der manchmal so zitierte „Exportschlager“ berufliche Bildung ist nicht einer, der unverändert übernommen werden kann. Insofern sehen wir es als unsere Aufgabe an, zu informieren: Wie läuft das Ganze überhaupt in Deutschland in unserem System, mit dem wir hier mehr oder weniger groß geworden sind. Das ist komplizierter als man denkt, wenn man es ausländischen Gästen nahebringen möchte. Wir bieten Unterstützung an, falls diese gewünscht wird. Wir sind da im Kontakt mit vielerlei Organisationen aus dem Ausland, insbesondere aber mit unseren Partnerorganisationen.

Es gibt da einen europäischen Verbund der Kammerorganisationen. So haben wir vor einigen Wochen mit der spanischen Kammerorganisation ein ‚Memorandum of understanding‘ abgeschlossen. Es gibt auch in Spanien eine Diskussion, die Berufsbildung neu zu gestalten, sie kennen ja die Horrorzahlen über die Jugendarbeitslosigkeit in Spanien. Offenbar ist das dortige System nicht in der Lage, den Übergang von der Schule in die Arbeitswelt ausreichend gut zu bewältigen. Wichtig ist aus meiner Sicht, dass der Anstoß von dort gekommen ist, also von unseren spanischen Kollegen. Wir halten es immer für besser, wenn das Interesse dort vorhanden ist. Wir haben uns nicht zum Ziel gesetzt, diejenigen zu missionieren, die mit ihren nationalen Systemen zurechtkommen. Das Ziel ist also, ein vernünftiges Berufsbildungssystem im jeweiligen Land zu schaffen oder zu seiner Verbesserung beizutragen. Wir halten den Weg, ausländische Jugendliche nach Deutschland zu holen, zwar in vielen Fällen für sinnvoll. Ohnehin kann man es den jungen Leuten nicht verwehren, wenn sie nach Deutschland kommen. Wir glauben aber nicht, dass das die Probleme im Herkunftsland nachhaltig löst, was nicht heißt, dass Austauschprogramme nicht sinnvoll sind. Wir selbst sind an dem sogenannten Mobilitätsberaterprojekt beteiligt. Hier geht es um den Austausch von Jugendlichen während der Ausbildung. Das geschieht noch zu wenig. Wir versuchen, besonders die kleineren und mittleren Unternehmen davon zu überzeugen, dass es sinnvoll ist, ihre Auszubildenden auch für eine relativ kurze Zeit ins Ausland zu schicken. Das ist so etwas, was man neuerdings als „zirkuläre Migration“ bezeichnet, ein nur vorübergehender Aufenthalt im Ausland.

Ich komme zu der zweiten Sache, nämlich: Wie helfen wir den deutschen Unternehmen, die im Ausland tätig sind? Wir haben ein Netz der deutschen Auslandshandelskammer, wo die deutschen Unternehmen dann auch Mitglied sind. Bisher ist es überwiegend so, dass wir da individuelle Lösungen haben. Unser Ziel ist es, das wollen wir auch in einem Beschluss unserer Vollversammlung im November festhalten, zu so etwas wie einer stärkeren Standardisierung zu kommen, so dass für ein und den selben deutschen Abschluss nicht unterschiedlichste Wege gegangen werden.

Neben Standardisierung ist das, was Herr Prof. Esser ansprach, Strukturen zu schaffen, auch eine Sache, die wir uns vorgenommen haben. Wohlwissend, dass in den 80 Ländern, in denen wir deutsche Auslandshandelskammern haben, die Bedingungen äußerst unterschiedlich sind, so dass man kein Patentrezept finden kann. Wir haben uns innerorganisatorisch vorgenommen, den Wildwuchs, der auch mit Leistungsfeststellungen, Zertifizierungen und so weiter derzeit noch im Ausland zu finden ist, zu beschneiden, und wollen uns klare Regeln geben, unter welchen Voraussetzungen wir deutsche Ausbildungsgänge im Ausland durch ein Zertifikat veredeln.

Damit bin ich auch schon am Schluss mit meinem Petitum. Das was wir in unserer eigenen Organisation haben, dass der eine manchmal nicht weiß was der andere macht, sehen wir auch im Bereich der Bundesregierung. Es ist positiv, dass sich viele Ressorts darum kümmern, aber wir haben manchmal den Eindruck, dass es noch etwas geschmeidiger sein könnte. Sei es auch nur, dass innerhalb der Bundesregierung festgelegt wird, wer sich schwerpunktmäßig worum kümmert. Wir haben nichts dagegen, wenn dabei herauskommen würde, das BMBF kümmert sich um Spanien und das BMAS um Italien. Wir werden damit zurechtkommen. Dann sollte aber zumindest eine Regelung gefunden werden, dass - wenn die GIZ auch etwas in Italien macht - das bei den zuständigen Ressort auch ankommt. Da sehen wir noch Optimierungsbedarf. Damit möchte ich schließen. Danke sehr.

Vorsitzende:

Herzlichen Dank. Damit hat Herr Männike das Wort.

Jürgen **Männike** (EDUCON – Internationales Berufliches Weiterbildungsconsulting, Berlin):

Frau Vorsitzende, sehr geehrte Damen und Herren, vielen Dank für die Möglichkeit, hier als Praktiker aufzutreten, der das Ganze in dem wirtschaftlichen Umfeld von Zielländern macht, unter anderem für die Arbeitsstelle iMOVE des BIBB in Indien. Das war auch der Grund, weshalb ich nicht dazu gekommen bin, vorher

noch eine Stellungnahme abzugeben, ich war einfach unterwegs. Ich hätte ehrlich gesagt auch gar nicht gewusst, wo ich anfangen soll bei der Vielfalt der Facetten und Aspekte der grenzüberschreitenden Kooperation im Bereich der Berufsbildung, ich nenne es einfach mal „internationale Berufsbildungszusammenarbeit“.

Dazu gehören viele Dinge. Die kleinen, die gestern auch in einem Statement von zwei Abgeordneten, Herrn Rupprecht und Herrn Schummer, genannt wurden, die Auslandspraktika deutscher Auszubildender oder die Ausbildung von ausländischen Jugendlichen in Deutschland. Sicher ein Aspekt. Da sind solche kleinen interessanten Dinge wie diese internationalen Berufsbildungswettbewerbe, die 2013 das erste Mal bei uns stattfinden werden, was sicher auch sehr spannend sein wird, oder die Entwicklung von Mobilitätsprogrammen in der Berufsbildung.

Aber auch die zwischenstaatliche Zusammenarbeit in der Berufsbildung, die sich jetzt entfaltet. Ich bin erst vor wenigen Tagen bei der deutsch/indischen Arbeitsgruppensitzung in Indien gewesen. Vor einigen Tagen hat die Tagung der deutsch/chinesischen Berufsbildungsallianz als neue Form der Zusammenarbeit stattgefunden, die eigentlich sehr weit in die Zukunft reicht. Da ist die Arbeit am europäischen Qualifikationsrahmen.

Wir dürfen auch nicht die entwicklungspolitische Zusammenarbeit vergessen. Vor allen Dingen in den „Least Developed Countries“, wo überhaupt keine Strukturen der Berufsbildung vorhanden sind, wo das eng verknüpft ist mit Armutsbekämpfung. Die dürfen wir dabei auch nicht aus den Augen verlieren.

Dann natürlich auch der Kohärenzübergang von entwicklungspolitischer Zusammenarbeit in die wirtschaftliche Zusammenarbeit, ein heißes Thema. Oder wir nehmen den Berufsbildungsexport. Das internationale Berufsbildungsmarketing als ein relativ neues Feld, wo auch noch viel Entwicklungs- und Klärungsbedarf notwendig ist. Wir werden in diesen zwei Stunden diese Aspekte hier nicht alle hinterfragen und besprechen können. Ich habe ja auch nur fünf Minuten für das

Eingangsstatement. Deshalb habe ich es mir aufgeschrieben, um jetzt nicht auszufern.

Zwei Aspekte möchte ich einfach noch aufwerfen: Es ist einmal die Rolle der Wirtschaft und der international tätigen Unternehmen in der internationalen Berufsbildungszusammenarbeit. Herr Dr. Lambertz deutete das schon an. Es ist nun mal so, dass in Deutschland die Wirtschaft der Hauptträger des dualen Systems ist. Das funktioniert ohne Unternehmen, die zur beruflichen Ausbildung auch befähigt sind, nicht. Den Aspekt vergessen wir manchmal, wenn wir davon reden, das duale System in anderen Ländern ein bisschen zu verankern. Die Hauptvoraussetzung dafür ist, dass die Unternehmen erst einmal dazu befähigt werden.

Abgesehen davon, dass natürlich das EQ-System dann auch gestaltet werden muss, bis hin zu den gesetzlichen Rahmenbedingungen. Aber, wie gesagt, der Schwerpunkt liegt in der Umgestaltung der Unternehmen. In diesem Sinne kann man eigentlich sagen, das ist auch meine Wahrnehmung, dass eigentlich jedes deutsche Unternehmen, das im Ausland wirtschaftlich tätig ist, ein Stück aktiver deutscher Berufsbildung mitnimmt, in unterschiedlicher Ausprägung. Aber alle etablieren im Prinzip im Ausland, wo sie nicht die notwendigen Fachkräfte vorfinden, ihre eigenen beruflichen Bildungsprozesse in unterschiedlicher Ausprägung. Das trifft selbst auf hochindustrialisierte Länder zu.

Das ist nicht auf Entwicklungs- und Schwellenländer beschränkt. Nur mal ein interessantes Beispiel der Entwicklung solcher Projekte in den USA, wo große deutsche Unternehmen wie Siemens und Schott beispielsweise dazu übergegangen sind, aufgrund des Fachkräftemangels Allianzen aufzubauen, Kooperationen aufzubauen mit dortigen Community Colleges, die befähigt haben, in Anlehnung an die Rahmenlehrpläne für die theoretische Ausbildung in Deutschland, entsprechende Bildungsgänge zu etablieren, während sie gleichzeitig die innerbetriebliche Praktische Ausbildung übernommen haben. Die haben ihre eigenen dualen Kleinsysteme geschaffen. Das soll sehr gut funktionieren, habe ich mir sagen lassen. Das geht in den USA, weil da die Bildungseinrichtungen, die Colleges na-

türlich absolute Autonomie haben, und nicht an staatliche Rahmen gebunden sind. Da funktioniert das. Da geht die Wirtschaft einfach von selbst in die Bütt aus ganz eigenem Interesse. In der Regel aber nicht über die Grenzen des eigenen Bedarfs hinaus, obwohl das auch eine Systemausstrahlung hat.

Andere Beispiele: Lieblingsland Indien, wo große Unternehmen wie Bosch seit den sechziger Jahren ihre innerbetrieblichen Ausbildungssysteme etabliert haben - nicht dual, die machen auch die Theorie selber - haben gewissermaßen auch eine Ausstrahlung indem sie über den eigenen Bedarf produzieren. Da sind schon gewisse Markenzeichen gesetzt. Das trifft nicht nur für große Unternehmen zu, sondern auch für Mittelständler. Mir sind viele Mittelständler begegnet, die, bevor sie beispielsweise in Indien ihre Niederlassungen aufbauten, als eine der ersten Fragen aufwarfen: Wo finde ich mein qualifiziertes Personal? Mit welchen Bildungseinrichtungen in der Umgebung kann ich Kooperationen aufbauen, um die zu befähigen, meine Leute entsprechend meinem Bedarf auszubilden? Da liegen viele Potenzen. Es haben sich in vielen Standorten auch schon etablierte Modelle herausgebildet.

Bei der HK Shanghai mit dem Projekt in Thaichang, ist in Zusammenarbeit mit einem College und deutschen Unternehmen so eine Art „kleines duales Modell“ entstanden. Da ,denke ich, liegen erhebliche Potenziale der grenzüberschreitenden Kooperation im Bereich der Berufsbildung. Das wäre weiter zu verfolgen.

Ein anderer Aspekt: Soziale Sicherheit und sicherheitspolitische Aspekte. Seien Sie jetzt nicht erstaunt, ich erkläre das. Der Zusammenhang zwischen Jugendarbeitslosigkeit, Arbeitsmarktentwicklung und praxisbezogener dualer Berufsbildung ist in der Vergangenheit diskutiert worden. Wir haben das Beispiel Spanien, wo das ganz deutlich wurde. Wir haben den OECD Wirtschaftsbericht zu den USA, wo klar gesagt wurde, eine Ursache für die schlechte Arbeitsmarktsituation ist die unzureichende Berufsbildung. Schaut mal in die Schweiz und nach Deutschland - das ist ein Aspekt. Und noch weiter ist der Staatssekretär im indischen Außenministerium am 16. April diesen Jahres gegangen, der in einem

„Indo-German Strategic Dialogue“ von der Konrad-Adenauer-Stiftung sagte, dass die deutsch-indische Berufsbildungszusammenarbeit ein wichtiger Beitrag zur inneren Sicherheitspolitik seines Landes ist. Was meinte er damit? Die Formulierung scheint ein bisschen überzogen, aber wenn man sich anschaut, was in einigen Landesteilen dort geschieht, die überbordenden sozialen Spannungen, die teilweise schon zu einer totalen Unregierbarkeit geführt haben, dann versteht man auch, wie das gemeint ist.

Da wird die Brisanz der Aussage deutlich, wie die Bedeutung auch einer soliden Berufsbildung für die Lebensperspektive von jungen Menschen. Wir haben das mit einem indischen Bildungsunternehmen, das in diesen Schwerpunktgebieten tätig ist, nach dem Motto formuliert: „...gebt ihnen Werkzeuge, sonst greifen sie zur Kalaschnikow.“ In dieser Aussage dokumentiert sich einiges.

Was ich sagen will: Wir haben bisher, glaube ich, noch nicht so richtig erkannt, welche außenpolitischen Potenzen wir auch in der berufsbildungszusammenarbeit international haben.

Vorsitzende:

Herzlichen Dank und nun Herr Nehls bitte.

Hermann **Nehls** (DGB-Bundesvorstand, Bereich Bildung, Qualifizierung und Forschung, Berlin):

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich nehme das auch wahr. Auch wir als Gewerkschaften werden sehr häufig angesprochen: Was ist eigentlich bei euch los, dass ihr es schafft, die Jugendarbeitslosigkeit so niedrig zu halten, trotz Krise, wohingegen doch in anderen Ländern, die zwar stärker von der Krise betroffen sind, aber die Jugendarbeitslosigkeit wesentlich höher ist. Vor allen Dingen Spanien und Griechenland mit über 50 Prozent Jugendarbeitslosigkeit sind hier zu nennen. Aber auch andere Länder, die nicht in ähnlichen Kri-

sensituationen wie Spanien und Griechenland sind, haben eine hohe Jugendarbeitslosigkeit.

Da stellt sich dann ganz oft die Frage: Welche Rolle spielt in diesem Kontext die duale Berufsausbildung? Inwieweit trägt die duale Berufsausbildung zu einer niedrigen Jugendarbeitslosenquote bei? Das ist eine ganz häufige Anfrage, die gestellt wird. Der Zusammenhang liegt, denke ich, auf der Hand, weil es sich zeigt, dass Systeme, die über eine gute Berufsausbildung verfügen, vor allen Dingen jungen Menschen einen leichteren Übergang in den qualifizierten Arbeitsmarkt ermöglichen und die Qualifikation ein ganz wesentliches Pfund für wirtschaftliche Entwicklung ist. Das will ich nur noch einmal deutlich unterstreichen.

Das heißt, es ist wichtig, sich vor Augen zu halten, dass die wirtschaftliche Entwicklung eines Landes auch wesentlich mit dem Qualifikationsniveau zusammenhängt. Das setzt sich immer stärker durch, auch bei den Sozialpartnern, bei den Gewerkschaften, bei den Arbeitgeberverbänden, dass Qualifizierungspolitik in den Ländern von zentraler Bedeutung ist.

Ich sehe in dieser Diskussion sehr wohl eine Chance, über Standards von beruflicher Bildung in Europa nachzudenken. Wenn wir über Standards von beruflicher Bildung nachdenken, dann kommen wir auch aus der Ecke heraus, dass wir alles an dualer Berufsausbildung an dem Modell der Bundesrepublik Deutschland messen, dass wir uns vielmehr darauf verständigen, was eine gute Berufsbildung ausmacht. Das, Herr Prof. Esser, muss nicht hundert Jahre dauern oder hunderte von Jahren, sondern, wenn man sich darauf verständigt, welche Standards minimal notwendig sind, um eine gute Berufsausbildung zu befördern, dann kann man das auch schneller machen. Das zeigen auch Beispiele. Herr Prof. Rauner hat mir gerade noch zugetuschelt: Die Schweiz ist dort vor allen Dingen auch zu nennen. Wenn man sich darüber verständigt, dann geht das schneller.

Was können diese Standards sein? Aus meiner Sicht macht sich das vor allen Dingen an der Ausbildungsdauer fest. Es herrscht in Europa und anderen Ländern

so ein Denken vor, dass man auch mit kurzen Ausbildungsgängen, mit Training on the job usw. auch hohe Qualifikationen erreicht. Nein, es braucht ein Mindestmaß an Ausbildungsdauer, was gute Berufsausbildung ausmacht. Drei, dreieinhalb Jahre sind dafür ein Minimum. Herr Prof. Esser hat darauf hingewiesen, dass Fort- und Weiterbildung von elementarer Bedeutung sind. Das ist auch ein Kennzeichen von notwendigen Standards, über die nachgedacht werden sollte. Wichtig ist meiner Meinung nach auch, den rechtlichen Status von Auszubildenden in den Blick zu nehmen. Nach dem Berufsbildungsgesetz sind Jugendliche ganz anders abgesichert, weil sie einen Auszubildendenstatus mit allen Rechten haben, die das Berufsbildungsgesetz ihnen gibt. Wohingegen in anderen Systemen Jugendliche oft im Schülerstatus oder in einem Status sind, der nicht durch Verträge abgesichert ist. Das ist ein weiteres, finde ich, sehr wichtiges Kriterium, was gute Berufsausbildung ausmacht.

Dann möchte ich auch noch einmal Kriterien nennen, die ich für die Diskussion wichtig finde. Wenn wir darüber nachdenken, was eine gute Berufsausbildung in Europa ausmacht, scheint mir ein einheitliches Regelwerk ganz wichtig zu sein. Mit dem Berufsbildungsgesetz haben wir schon ein besonderes Pfund vorzuweisen. Ähnliche Gesetze haben die Schweiz und Österreich, in anderen Ländern ist das überhaupt nicht üblich. Deswegen halte ich das für eine Anregung für andere Länder, sinnvoll nachzudenken, wie man ein einheitliches Regelwerk schaffen kann.

Was die Akzeptanz dieser Systeme angeht, stellt sich natürlich die Frage der Einbeziehung der Sozialpartner, Gewerkschaften, Arbeitgeberverbände als unerlässliche Bedingung, denn die Sozialpartner stellen Expertisen bereit, um Vorschläge auszuarbeiten, Vorschläge zu machen, was der Inhalt einer guten Berufsausbildung sein soll. Das heißt, die Beteiligung von Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden ist hierfür unbedingt wichtig. Um die Rolle abzusichern, das will ich nur ganz kurz erwähnen, ist die konsensuale Verständigung aller Beteiligten von notwendiger Bedingung.

Ich möchte zum Abschluss noch vier Elemente ergänzen, die mir wichtig erscheinen.

Wenn wir über einen europäischen Standard guter Berufsbildung nachdenken, dann halte ich es in diesem Kontext für sinnvoll, darüber nachzudenken, europäische Kernberufe in den einzelnen Wirtschaftssektoren zu entwickeln. Europäische Kernberufe bilden die Chance, Referenzsysteme zu schaffen, an denen dann auch eine gute Berufsausbildung länderübergreifend bewertet werden kann. Für die Entwicklung dieser europäischen Kernberufe ist die Beteiligung der Sozialpartner natürlich auch wichtig. Das sind die Teile, die einfach die besten Einsichten und Einblicke in die Prozesse, in die Anforderungen von Arbeits- und Geschäftsprozessen haben. Ich plädiere sehr dafür, eine europäische Berufsbildungsarchitektur zu befördern. Das heißt, dass wir wirklich eine Orientierung haben, die Qualifikationen an Beruflichkeit zu messen, an der Berufsbefähigung zu messen, und nicht an dieser kurzatmigen Ausbildung „Training on the Job“, nach angelsächsischem Modell, wohinter sich ein riesiger privater Zertifizierungsmarkt verbirgt. Nein, wir brauchen entsprechende Beruflichkeit als notwendige Bedingung dafür, was gute Berufsbildung ausmacht.

Letzter Punkt, nicht der unwichtigste: Herr Prof. Lambertz hatte gerade die Frage der Kooperation, der Abstimmung zwischen den einzelnen Ressorts angesprochen. Ich würde das noch erweitern, ich finde, auf den ganzen Prozess. Wenn wir diese Diskussion um die Europäisierung von Berufsbildung führen, dann sollten wir uns auch darauf verständigen, wie wir gemeinsam auftreten: Was sind die Stärken des deutschen Berufsbildungssystems? Dafür ist natürlich auch die Frage der Beteiligung der Gewerkschaften wichtig. Herr Dr. Braun, da reicht es nicht aus, nur darauf zu verweisen, dass die Gewerkschaften im Hauptausschuss vertreten sind, sondern da ist es auch wichtig, die Gewerkschaften auf Augenhöhe mit den Ministerien zu beteiligen, weil wir auch entsprechende Sachverständig und Expertise haben, unseren Partnern deutlich zu machen, wie wichtig die Beteiligung von Gewerkschaften ist. Das nur als letzter Gedanke.

Ich finde, die Rolle des BIBBs an dieser Stelle zentral. Das BIBB sollte eine koordinierende Funktion übernehmen, aber unter Beteiligung aller wichtigen Akteure.

Auf europäischer Ebene halte ich es für sinnvoll, das bei dem europäischen Zentrum für Berufsbildung in Thessaloniki zu konzentrieren. Das finanzieren wir, das hat auch den entsprechenden Rahmen und da ist es auch gut aufgehoben.

Vorsitzende:

Ganz herzlichen Dank. Nun Prof. Rauner, bitte.

Prof. Dr. Felix **Rauner** (Universität Bremen, Forschungsgruppe Berufsbildungsforschung) (IBB):

Frau Vorsitzende, meine Damen und Herren. Am 26. und 27. September 2011 haben sich die Arbeitsminister der G-20 in Paris getroffen und eine Task Force zur Jugendarbeitslosigkeit etabliert. Ich zitiere: „Zur Einrichtung hoch effizienter Systeme der Lehrlingsausbildung.“, nicht „Berufsbildung“, ich zitiere weiter: „Wir sind uns darin einig, dass Ausbildungssysteme auf dualer Grundlage und in der Form der Lehrlingsausbildung besonders effektiv sind.“ Dieses ist die Position eins in einem Maßnahmenkatalog. Seither beschäftigt sich die G-20-Initiative mit dieser Frage. Eine Gruppe von Wissenschaftlern, ein International Research Network on Innovative Apprenticeship (INAP) hat sich bei der letzten Konferenz in Peking auch mit dieser Initiative beschäftigt. Die Einschätzung herrscht vor, wenn es keinen Katalog wohlüberlegter Mindeststandards gibt, dann besteht das Risiko, dass ein großer Teil dieser Initiativen nach hinten losgeht. Das freut mich sehr, dass Hermann Nehls vorhin bereits aus diesem Memorandum zitiert hat. Ich habe das Memorandum an meiner Stellungnahme angeheftet. Es würde mich freuen, wenn es sich herumspricht und wenn möglicherweise das Bundesinstitut für Berufsbildung damit beauftragt würde, diese Initiative - erweitert um andere Experten - zu unterstützen. Wenn diese Initiative der G-20 schief geht, dann wird unermesslicher Schaden angerichtet, weil sich dann die These verbreitet, das funk-

tioniert nur in Deutschland. So etwas kann man im Prinzip nicht einführen. Dieses Forschungsnetzwerk hält diese These für falsch. Es kommt darauf an, wie es begleitet wird.

Das Zweite: Es geht, Herr Prof. Baethge, in Europa nicht nur darum, dass wir ein Lernprojekt im Bereich der beruflichen Bildung etablieren, sondern es ist in Europa die Praxis etabliert, von Best Practice zu lernen. Ich weiß, dass das nicht immer passiert. ESCO – (European Skills, Competences and Occupations) ist ungefähr das Gegenteil davon, von Best Practice zu lernen, aber zumindest taucht dieses Thema immer wieder auf. Ich möchte dies daher in einem Diskussionsbeitrag kurz aufgreifen:

Die Kooperation in der Berufsbildung bietet für die Entwicklung einer europäischen Berufsbildungsarchitektur die Möglichkeit, von Best Practice zu lernen und es gilt unter Berufsbildungsforschern als ausgemacht, dass in Europa insbesondere die Schweiz ein Beispiel von Best Practice ist. Natürlich verfügen auch andere Länder über Best Practice-Elemente. Ich will mich aber auf die Schweiz konzentrieren und Ihnen sechs Beispiele nennen, warum ich zu dieser Einschätzung gelange.

Die Schweiz, ein föderaler Staat mit drei Sprachen, hat 2004 nicht nur irgendein Berufsbildungsgesetz erlassen, sondern ein Berufsbildungsgesetz, das alle Bereiche der beruflichen Aus- und Weiterbildung umfasst. Auch die beruflichen Schulen und die höheren Fachschulen. Das ist bemerkenswert. Ich rate dazu, darüber nachzudenken den Artikel 91 b zu reaktivieren und das Konzept der Rahmengesetzgebung, die wir für die Hochschulen hatten, auch auf die berufliche Bildung auszuweiten. Die Schweiz hat das 1999 gemacht, nämlich als einzigen Bereich der Bildung die berufliche Bildung dem Bund zugeordnet. Zugleich haben sie im § 1 des neuen Gesetzes gesagt, die berufliche Bildung ist eine Angelegenheit des Bundes, der Kantone und der Organisationen der Arbeitswelt. Sie haben beides gemacht: Eine Konzentration der strategischen Aufgaben auf Bundesebene - das geht nicht anders, auch in Deutschland nicht - und eine Dezentralisierung opera-

tiver Aufgaben auf die Ebene der Kantone und der Bildungszentren. Wie man dies in einem modernen Unternehmen übrigens auch macht. Eine hervorragende Lösung. Daher verfügt die Schweiz über ein Konzept der koordinierten Steuerung. Sagen wir mal in der Tendenz über eine Output-Steuerung, während die Bundesrepublik nach einer Studie, an der Sie, Herr Prof. Esser, mitgewirkt haben, der Bertelsmann-Studie, unter der Rubrik landet: fragmentierte Input-Steuerung. „Viele Köche verderben den Brei“, so haben wir das damals veröffentlicht. Ein relativ wichtiges Element: Wir brauchen eine koordinierte Steuerung des Berufsbildungssystems, sonst werden wir an dieser Stelle nicht weiterkommen.

Nummer zwei: Seither ist die Schweiz wahrscheinlich das einzige Land in der Welt, wo die berufliche Bildung im Verhältnis zur hochschulischen Bildung an Attraktivität zugenommen hat, während wir sonst das haben, was wir academic drift oder Akademisierung der Bildung erleben. Heute liegen wir bei 70 Prozent eines Altersjahrgangs, die an einer dualen Berufsbildung in der Schweiz teilnehmen. Die Attraktivität wird sowohl von den Schulabgängern, den Eltern als auch von den Unternehmen hoch gelobt. Übrigens auch deswegen, weil man über die duale Berufsbildung und das Berufsabitur einen gleichwertigen Zugang zum Hochschulstudium erreicht. Das ist etwas anderes als das, was die Bundesrepublik dauernd versucht durch unzählige Regelungen der Bundesländer, wo man sagt: Jetzt dürfen Meister auch studieren. Ein Meister, der an der Technischen Universität Darmstadt im Bachelor-Studiengang Elektrotechnik versucht zu studieren, wird nach drei Tagen fluchtartig diesen Studiengang verlassen, weil quellenfreie Felder und Maxwell-Gleichungen mit seiner Erfahrung nichts zu tun haben. So kann man den Übergang von der beruflichen Bildung zur hochschulischen Bildung nicht regeln. Die Schweiz hat ein Modell entwickelt, bei dem man, wenn man an einer Fachhochschule einen Bachelor-Studiengang besuchen will, eine duale Berufsausbildung und das Berufsabitur haben muss. Abiturienten werden zum Fachhochschulstudium nicht zugelassen, weil sie nicht über die Eingangsvoraussetzungen verfügen. Zu Recht. Damit sehen Sie ein Element der Entwicklung eines durchgängigen dualen Bildungsweges in der Schweiz, das wir auch benötigen.

Baden-Württemberg hat mit der dualen Hochschule einen wichtigen Schritt in diese Richtung getan. Nicht allerdings mit der großen Zahl so genannter dualer Studiengänge, die keine dualen Studiengänge sind, weil sie ein Element der Sekundarstufe 2 - Berufsausbildung - mit einem hochschulischen Studiengang irgendwie zusammenbasteln. Das hat aus meiner Sicht keine Perspektive. Mustergültig dagegen ist das, was Baden-Württemberg mit Ausnahme des Zuganges, den man wie in der Schweiz regeln müsste, gezeigt hat. Man müsste zum dualen Hochschulstudium in Baden-Württemberg Leute zulassen, die über eine duale Berufsbildung verfügen plus dem Berufsabitur. Dann wären wir auf einem guten Weg in eine moderne Architektur paralleler Bildungswege. Dann wären wir einen großen Schritt weiter und dann könnten Meister, dann müssten wir Meister nicht in akademische Bachelorstudiengänge schicken, sondern in duale Masterstudiengänge, wo sie hingehören.

Drittens: Es gibt in der Schweiz keine nennenswerten Übergangsprobleme, weder in der ersten noch an der zweiten Schwelle. Die Jugendarbeitslosigkeit in der deutschen Schweiz liegt unter zwei Prozent und der Übergang zum Arbeitsmarkt funktioniert gut. Das durchschnittliche Ausbildungsalter in der Schweiz liegt zwei Jahre unter dem in Deutschland. Es gibt keine Übergangsprobleme.

Nummer vier: Die auf die duale Berufsausbildung aufbauenden dualen Studiengänge an höheren Fachschulen sind in der Schweiz dual organisiert. Die Schweiz ist mit der Entwicklung von Kernberufen ein großes Stück vorangekommen. Die Schweiz verfügt, alle Sektoren des Beschäftigungssystems eingeschlossen, etwa über 250 Berufe. Das wären bei uns, wenn wir alles zusammenzählen, ungefähr 500. Auch das ist ein Beispiel exzellenter Praxis. Ganz wichtig: Die Schweiz zeigt sehr stolz ein Untersuchungsergebnis her, nämlich, dass der Nettoertrag der betrieblichen Berufsausbildung in der Schweiz bei 400 Millionen Schweizer Franken liegt. Die betriebliche Berufsausbildung rechnet sich also, wenn man auf Qualität achtet. Das gilt übrigens auch für Deutschland.

Vorsitzende:

Herzlichen Dank. Ich glaube, die Kollegen haben an zwei Stellen ein bisschen tief durchgeatmet. Dass wir die Aufhebung des Kooperationsverbots jetzt noch um die Perspektive ‚Berufliche Bildung‘ erweitern, und uns neu mit der Frage der bundesweiten Zulassungsregelung befassen, ich glaube, das gibt dem ganzen eine völlig neue Dimension.

Damit kommen wir in die Berichterstatterrunde. Es beginnt für die Unionsfraktion der Kollege Schummer.

Abg. Uwe **Schummer** (CDU/CSU):

Zunächst eine Frage an Herrn Prof. Esser. Das Berufsbildungsgesetz ist ja auch in Deutschland 2005 novelliert worden und dann verstärkt worden durch eine gemeinsame Aktion im Parlament für Auslandsaufenthalte, die im Rahmen der dualen Ausbildung anzuerkennen sind. Können Sie über die Kammern feststellen, dass hierdurch eine Stärkung der Ausbildungsverbände grenzüberschreitend nach Polen, in den Niederlanden, in welchen Regionen auch immer, stattgefunden hat, dass sich mittlerweile auch Ausbildungszeiten in Verbundbetrieben in anderen Staaten in der Ausbildung durchgesetzt haben? Gibt es nach Ihrer Übersicht über alle Kammern innerhalb dieser Kammern eine Koordination, die das vorantreibt, oder braucht es da Ihrer Meinung nach, Herr Prof. Esser, weiterer gesetzlicher Regelungen?

Die zweite Frage geht an Herrn Nehls. Sie haben europäische Kernberufe eingefordert, die von Portugal bis Malta und Griechenland gültig sein werden. Sehen Sie innerhalb der europäischen Sozialpartner, der Gewerkschaften als auch der Arbeitgeberverbände, entsprechende Initiativen auch eine Begleitung - das läuft auch bei uns im Konsensprinzip der Arbeiter und der Arbeitgeberverbände, dass dies in einer Sozialpartnerschaft europaweit gelingen kann?

Vorsitzende:

Für die SPD-Fraktion der Kollege Brase, bitte.

Abg. Willi **Brase** (SPD):

Ich habe eine Frage an Prof. Rauner und eine an den Kollegen Nehls. Wenn ich den Beitrag von Prof. Baethge richtig verstanden habe und auch das, was teilweise von den anderen ergänzt wurde, auf der anderen Seite das Prinzip der Kernberufe sehe, und dann noch im Hinterkopf habe, was wir im Berufsbildungsbericht unter dem Teil ‚Internationale Beziehungen‘ auf den Tisch bekommen haben - zum Beispiel ESQ - dann frage ich mich, ob das Prinzip ESQ, also Vergleichbarkeit, Transparenz von Kompetenzen etc. überhaupt übertragbar, vereinbar ist mit einer Entwicklung von Kernberufen als einem Ausdruck von Berufen, die das Berufsprinzip, die Beschäftigungsfähigkeit und ein hohes Qualifikationsniveau mit sich bringen. Ob Sie dort eine Verbindung sehen oder ob Sie sagen, das schließt sich gegenseitig aus oder wo gibt es überhaupt Möglichkeiten, bestimmte Transparenzbeispiele zu erhalten beziehungsweise zu entwickeln und zu erarbeiten.

An Herrn Nehls lautet die Frage: Welche Chancen sehen die Gewerkschaften, die Frage der Kooperationen bei der Bildung und Durchsetzung dualer Ausbildungskonzepte in anderen Ländern überhaupt auf den Weg zu bringen. Sind überhaupt die Strukturen zur Beteiligung von Arbeitnehmern und ihren Organisationen in anderen Ländern vorhanden? Meine Erfahrung sagt mir, dass die Wertigkeit und die Bedeutung der Berufsausbildung in Deutschland und auch in der Schweiz genau davon abhängt, weil viele Menschen sich mit den Berufen, mit dem System der dualen Ausbildung, identifizieren und nicht unbedingt mit Anqualifizierungen oder Teilqualifizierungen oder Segmenten von Vielfach-Zertifizierungen. Das ist in den Beiträgen unterschiedlich deutlich geworden. Ist es nicht richtig, dass die Identifikation mit dem Beruf sowohl in der dualen Ausbildung, vielleicht auch in der Hochschule - auch darüber könnte man trefflich streiten, was im Hochschulbereich weltweit in einzelnen Ländern derzeit passiert, wie von Qualität runtergegangen wird, wie auf Teilqualifizierung gegangen wird; Das wollen wir eigentlich nicht. - nicht eigentlich sowohl der Betroffenen als auch der Unternehmen das Markenzeichen einer vernünftigen industriellen

Entwicklung einer Gesellschaft, eines Landes und nicht zuletzt auch die Stärke des Landes ist?

Vorsitzende:

Für die FDP-Fraktion der Kollege Kamp, bitte.

Abg. Heiner **Kamp** (FDP):

Vielen Dank, Frau Vorsitzende. Ich habe zwei Fragen. Eine Frage an Herrn Männike und eine an Herrn Prof. Esser. Zunächst an Herrn Männike: Sie haben nun mit ihrem Bildungsdienstleistungsunternehmen einige Erfahrungen im Ausland gesammelt, gerade was das Vermarkten von Bildungsdienstleistungen „Made in Germany“ angeht. Für uns Politiker ist es ganz besonders interessant, Erfahrungen von Praktikern mitzubekommen. Wir wollen gerne mal wissen: Was läuft gut im Ausland? Was lässt sich noch verbessern? Wo müssen Unternehmen und Organisationen noch besser unterstützt werden? Deswegen eine konkrete Frage: Wie lässt sich der Auftritt und die Vermarktung der deutschen Berufsbildung noch effektiver gestalten und welchen Beitrag kann der Bund in diesem Zusammenhang leisten. Wie soll sich die Infrastruktur bei der Gestaltung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit darstellen?

Zweite Frage an Herrn Prof. Esser: Sie gehen in Ihrer Stellungnahme auf die Förderung der internationalen Zusammenarbeit in der Berufsbildung ein und fordern, jetzt darf ich zitieren: „...die bilaterale und multilaterale Vernetzung auszubauen unter möglichst kohärentem Auftreten der verschiedenen deutschen Akteure...“. Wie stellen Sie sich dieses kohärente Auftreten ganz konkret vor, Herr Prof. Esser?

Vorsitzende:

Für die Fraktion DIE LINKE. Frau Alpers, bitte.

Abg. Agnes **Alpers** (DIE LINKE.):

Vielen Dank erst einmal für die Beiträge. Wir haben ganz unterschiedliche Aspekte gehört. Einmal den Ansatz, dass Betriebe ihre eigenen Bildungsprozesse im Ausland reproduzieren wollen: interkulturelle Kompetenzen, Modularisierung, Outcome- und Inputsteuerung, Durchlässigkeit, Qualitätsstandards bis zum Berufsabitur. Ich habe eine gemeinsame Frage an Herrn Prof. Rauner und an Herrn Nehls. Wenn wir diese ganze Gemengelage sehen, wie können dann die europäischen Länder tatsächlich voneinander lernen, und zwar auf gleicher Augenhöhe beziehungsweise, welche Kriterien fördern, aber auch welche behindern gegenwärtig eine gemeinsame Entwicklung?

Vorsitzende:

Herr Gehring für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bitte.

Abg. Kai **Gehring** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Vielen Dank, Frau Vorsitzende, herzlichen Dank auch an die Sachverständigen. Meine erste Frage richtet sich an Herrn Prof. Baethge. Sie haben den Kernpunkt der Benachteiligtenförderung angesprochen. Wir beobachten hierzulande ein Auseinanderklaffen in beruflich gut qualifizierte und Risikogruppen, zum Beispiel im Übergangssystem, die dann auch wenig anschlussfähig an Ausbildung und Beruf sind. Die rund 300.000 Jugendlichen in den Warteschleifen und die rund 1,5 Millionen 20 bis 29-jährigen ohne Berufsabschluss. Da wäre für mich eine spannende Frage im Sinne von wechselseitigem Lernen: Was können wir eigentlich aus der Benachteiligtenförderung zum Beispiel in den skandinavischen Ländern lernen, wo ich das Gefühl habe, dass die Förderung marktbenachteiligter und Risikogruppen besser läuft, als hierzulande, um das Ziel zu erreichen, die Spaltung im Ausbildungsbereich zu überwinden.

Die zweite Frage richtet sich an Herrn Prof. Esser. Ich denke, wir sind uns einig, dass eine wichtige Voraussetzung für die weitere Intensivierung transnationaler Mobilität auf jeden Fall die Frage der wechselseitigen Anerkennung und Anrechnung von im Ausland erworbener Qualifikationen ist, eben auch im Berufsbildungsbereich. Da würde mich ihre Einschätzung interessieren, wie Sie den der-

zeitigen Stand bei der Anerkennung und Anrechnung beurteilen. Sie haben in ihrem Gutachten geschrieben, dass Handlungsbedarf bei der Konkretisierung der ECVET-Ansätze und -Instrumente besteht. Wenn jetzt von anderen Sachverständigen auch noch ‚Europäischer Ausbildungsraum‘ oder gar ‚EU Ausbildungsarchitektur‘ angesprochen wird, ist das, glaube ich, eine ganz zentrale Frage.

Vorsitzende:

Herzlichen Dank. Damit kommen wir jetzt zur Antwortrunde und es beginnt Prof. Baethge.

Prof. Dr. Martin **Baethge** (Soziologisches Forschungsinstitut Göttingen (Sofi)
An der Georg-August-Universität):

Ich danke Herrn Gehring für die Frage. Sie haben zu Recht noch einmal auf diesen Punkt hingewiesen. Aus meinen Erfahrungen der Kooperation - vor allen Dingen in diesem Fall, weil das in meinen Augen einschlägig ist, mit Kollegen aus Dänemark und Finnland - kann ich nur sagen, beide Länder gehen einen Weg hochgradiger individualisierter Förderung dieser Gruppen, die schwer in eine Ausbildung hinein zu integrieren sind. Dabei geht es nicht - meine Damen und Herren, das ist ganz wichtig - darum, nur gesetzliche Regelungen zu haben, sondern sie brauchen die Ressourcen vor Ort. Das ist in beiden Ländern einfach besser organisiert. In Dänemark unter starker Beteiligung der Sozialpartner. Bei dem Übergang von den allgemeinbildenden Schulen zur Berufsausbildung haben sie in beiden Ländern eine ganz andere Prozesskette. Ich denke, dass man davon viel lernen kann. Auch in der Weise, dass man Kompetenzen und Qualifikationen nicht erst haben muss, um im Ausbildungsverhältnis zu sein, sondern sie auch dort noch erwerben kann. Ich glaube, das ist ein ganz wichtiger Punkt, den wir uns auch in Deutschland klar machen müssen. Wir müssen uns nicht festreden an einem schwer definierbaren Standard der ‚Berufsreife‘, sondern wir müssen uns vielleicht darüber verständigen, dass auch in der Berufsbildung noch allgemeinbildende Qualifikationen vermittelt werden können.

Es hat in Niedersachsen einen sehr guten Entwurf für solch eine Perspektive gegeben zwischen Metall und IG Metall, der leider nicht zu einem endgültigen Abschluss kam, wo es auch um die Flexibilisierung der Ausbildungsdauer ging. Das ist wirklich ganz entscheidend, dass wir eine Flexibilisierung der Ausbildungsdauer nach oben wie nach unten haben, weil wir dann anerkennen können, wenn Leute mit Hochschulreife in die Ausbildung kommen. Wir brauchen aber auch die Möglichkeit zur Verlängerung für Jugendliche, die die notwendigen kognitiven Voraussetzungen für eine Ausbildung noch nicht von vornherein mitbringen. Das sind Elemente, wie in Zukunft das Problem der Bildungsbenachteiligten in der Berufsbildung besser gelöst werden könnte.

Vorsitzende:

Vielen Dank, Herr Prof. Esser, bitte.

Prof. Dr. Friedrich Hubert **Esser** (Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB), Bonn):

Herzlichen Dank. Zunächst zur Frage von Herrn Schummer: Auslandsaktivitäten auf Basis der Änderungen des Berufsbildungsgesetzes. Wir als Institut haben dazu keine aktuelle Studie vorliegen, so dass ich Ihnen konkrete Zahlen präsentieren könnte. Wir können nur so viel sagen, dass wir auf der einen Seite Bewegung feststellen auf unterem Niveau, was die Mobilitätsaktivitäten im Rahmen des Leonardo Da Vinci Programmes angeht. Da hatten wir damals, im Innovationskreis berufliche Bildung, zwei Prozent der Auszubildenden, die an Mobilitätsmaßnahmen teilnehmen, festgestellt. Diese Zahl hat sich im Jahr 2012 auf vier Prozent verdoppelt. Das ist auch noch nicht so richtig viel. Aber da ist Dampf im Kessel, wie man so schön sagt. Es bleibt aber eine Bewegung auf einem niedrigen Niveau. Das hat unseres Erachtens vor allem etwas damit zu tun, dass die Unternehmen diese Möglichkeit nicht in gewünschtem Maße pro Aktiv aufnehmen. Das hat vielfältige Gründe. Ich sage mal, die klassischen Argumente: Unsere Auszubildenden sind eh knapp im Betrieb, die müssen in die berufsbildende Schule, die müssen in überbetriebliche Ausbildung, die haben Urlaub, die sind krank und jetzt sollen wir sie auch noch ins Ausland schicken. Dann: Wer bezahlt die Geschichten? Das

ist auch oft die Frage, wobei die Selbstorganisationen hierbei natürlich Hilfestellungen und auch Lösungen anbieten. Aber das ist vielen Ausbildungsbetrieben ein Stück weit zu kompliziert. Das ist unsere These. Es würde gegebenenfalls helfen, jetzt bin ich wieder beim Stichwort Standard, wenn das Thema der interkulturellen Kompetenz als Merkmal der Beruflichkeit, als Berufsmerkmal, also zu einem verbindlichen Gegenstand der Berufsausbildung würde, wenn es nicht freigestellt wird: Du kannst das machen, du kannst es nicht machen. Sondern wenn man sagt: Das ist ein Element der beruflichen Bildung, das Gegenstand von Prüfungen wird und das nachher auch ein Stück weit einen Teil des Facharbeiterprofils ausmacht. Dann, glaube ich, gebe es mehr Verbindlichkeit und damit auch mehr Nachdenken: Wie mache ich das? Und auch mehr Aufgeschlossenheit, sich diesen Angeboten zu öffnen. Diese sind nun da und sie sind vor allen Dingen über die Selbstorganisationsschienen gerade für kleine und mittlere Betriebe entsprechend erreichbar und abrufbar. Dann kann ein Schuh daraus werden. Aber wir dürfen das jetzt auch nicht so kleinreden. Das sind eben Anfänge in ein Thema, das Jahre braucht, um sich vernünftig zu entwickeln. Das ist kein Thema, das sich von heute auf morgen erledigen lässt.

Herr Kamp. Kohärentes Auftreten. Wie geht das? Wir haben gehört, von Herrn Prof. Lambertz und auch von Herrn Nehls, dass hier Wünsche seitens der Wirtschaft und der Sozialpartner da sind. Wir sagen, dass es einfacher ist, wenn die Dinge, die jetzt die berufliche Bildung betreffen, etwas stärker gebündelt werden können. Sowohl was die Prioritäten angeht, das heißt, gerade auch: In welchen Ländern wird gearbeitet? In welcher Intensität wird gearbeitet? Und natürlich auch: Mit welchen Themen man sich entsprechend beschäftigt.

Hier macht es Sinn, um aus diesem ‚Kessel Buntes‘ einen systematischen Ansatz zu schaffen, zu versuchen, eine Struktur hineinzubekommen in Kernfragen, die Berufsbildungsforschung angehen. Das, was auch andere Länder in bestimmter Hinsicht nachfragen, dass man Supports anbietet, was wissenschaftliche Dienstleistungen angeht, dass man eine Ebene schafft, wo Fragen gebündelt werden, die sich damit auseinandersetzen, die Grundlagen zu schaffen. Was Herr Nehls eben

sagte, eine Struktur, wie sie beispielsweise ein Berufsbildungsgesetz vorgibt, an dem andere Länder Interesse haben, wie zum Beispiel Südkorea. Oder, dass man Standards setzt, wie beispielsweise Regelwerke, Rechtsverordnungen für Berufe usw..

Die Fragen der Ausgestaltung der Lernorte. Jedes Land hat andere Präferenzen was den entsprechenden Einsatz in einer praxisorientierten Berufsausbildung bezüglich der Lernorte angeht. Sind sie betrieblich angelehnt, sind sie an berufliche Schulen angelehnt, sind sie angelehnt in übergeordneten Bildungszentren? Auch das lohnt es, sich entsprechend zu bündeln. Das kann man dann weiter spinnen bis hin zur direkten Ausgestaltung der Lernsituation über Auszubildende und Trainer oder Ausbilder. Da sind unterschiedlichste Akteure am Werk, in unterschiedlichsten Ansätzen. Es wird auch sehr viel doppelt und dreifach gearbeitet. Wir haben nun ein Bundesinstitut, daher bietet sich geradezu an, diese Fragen entsprechend systematisch zu bündeln.

Herr Gehring fragte nach Anerkennung und Anrechnung. Herr Gehring, Stichwort Anerkennungsgesetz. Hier ist man ursprünglich mit 300.000 potenziellen Antragstellern gestartet. Das läuft natürlich noch nicht so in dem Maße an, wie man sich das theoretisch vorstellen kann. Hier berichten auch die Kammerorganisationen regelmäßig im ständigen Unterausschuss und Hauptausschuss über Aktivitäten, die bescheiden sind. Herr Prof. Lambertz kann noch mal konkrete Zahlen dazu nennen, die ich jetzt nicht habe. An den zur Verfügung stehenden Medien, beispielsweise dem Internetauftritt ‚Anerkennung in Deutschland‘, wo auch der Anerkennungsfinder aufgeführt ist und man sich entsprechend in einem Anerkennungsprozess bewegen kann, gibt es zunehmendes Interesse. 170.000 Menschen sind im Moment auf dieser Website registriert, die sich mit diesem Thema auseinandersetzen und Informationen einholen und sich über den Prozess entsprechend informieren, insbesondere Interessenten aus den Ländern Russland, Polen, Spanien, Türkei, Niederlanden und Großbritannien. Als Berufsbereiche werden besonders vorgestellt, die Lehrer-, Ingenieur-, Arzt-, Büro-, kaufmännische und Elektroberufe, die sich deutlich aus dem weiten Feld der angebotenen

Qualifikationen hervorheben. Da gilt es meines Erachtens auch noch einmal viel deutlicher zu machen, dass wir ein solches Angebot haben.

Das Gesetz ist in Kraft getreten. Da hat man auch eine entsprechende Öffentlichkeitsarbeit gemacht. Die Öffentlichkeitsarbeit ist jetzt nicht mehr da und man sollte jetzt nicht denken: Jetzt weiß jeder, wo es ist und wo es steht, und wie es geht. Man muss also überlegen, wenn man wirklich nachhaltig signifikant die Zahlen der Teilhabe beziehungsweise die Antragszahl erhöhen will, dann bedarf es unseres Erachtens noch weiterer Kommunikationsmaßnahmen, damit das auch in die Köpfe und die Entscheidungszusammenhänge der Menschen kommt, dass man so etwas abholen und nachfragen kann.

Das andere, Herr Gehring, was elementar wichtig ist, ist, jetzt an dem Thema Transparenzinstrumente weiter zu arbeiten. Die Untersuchungen der Erprobungen im ECVET-Kontext stehen für 2013 an. Da müssen wir sehen, was in den einzelnen Ländern in diesem Bereich gelaufen ist und wie wir das entsprechend in konkrete Konzepte der Ausgestaltung von Brücken zwischen unterschiedlichen Aus- und Fortbildungsgängen zusammenführen können. Das, was ich hervorheben möchte, DQR und EQR haben wir in dem Kreis oft als Transparenzinstrument gehabt, lasse ich jetzt mal außen vor, das läuft auch und ist auf einem guten Weg.

Was mir in dem Zusammenhang aber wichtig ist, ist die Frage ‚Europass‘. Wir müssen feststellen, viele Jahre zeigen wir hoch, dass wir ihn haben. In der Universität frage ich regelmäßig: Liebe Studierende, wer hat denn von euch einen Europass? Da kommt immer Kopfschütteln. Auch wenn man sich mal die Zahlen anschaut, so richtig im Feld ist das noch nicht. Wenn wir jetzt die Möglichkeit haben, die Abstimmung auch abzubinden, dass die Ausbildungsberufe beispielsweise auf Niveau vier und drei des Qualifikationsrahmen verortet werden, der Meister auf Niveau sechs, dann können wir das auch im Europass verankern. Das heißt, die Zuweisung der Qualifikation zum EQR zur Kommunikation des Themas ‚Europass‘ als Transparenzinstrument überall, in den Schulen, Hochschulen, im Kontext der beruflichen Bildung zu nutzen. Also doppelgleisig fahren: Die

EQR/DQR- Zuordnung ausweisen. Das ist im Moment auch die Diskussion, die wir mit allen Beteiligten führen. Und den Europass noch mal entsprechend promovieren.

Vorsitzende:

Herzlichen Dank. Nun war als nächster gefragt, Herr Männike.

Jürgen **Männike** (EDUCON – Internationales Berufliches Weiterbildungsconsulting, Berlin):

Vielen Dank an Herrn Kamp für die Fragen, die er mir gestellt hat. Wie viele Stunden habe ich. Das ist eine so komplexe Materie, da lässt sich jetzt sicher nur stichpunktartig drauf eingehen.

Vermarktung von Training. Was ist Vermarktung? Das ist nicht nur das, ich sage das mal ein bisschen salopp, das Verschern einzelner Trainingskurse deutscher Berufsbildungsanbieter im Ausland, sondern das erfordert schon ein recht komplexes Herangehen. Sicher haben wir in der Mehrzahl der Länder einen guten Ruf als Deutschland und alle Wissen um die duale Ausbildung als Rückgrat usw., aber wenn man es dann genauer hinterfragt, weiß keiner so richtig damit umzugehen, was sich dahinter eigentlich verbirgt. Das sind auch die Erfahrungen, die wir beispielsweise bei dem sehr intensiven Prozess in Indien gemacht haben. Es ist notwendig zu erklären: Was verbirgt sich dahinter? Welche Rahmenbedingungen sind notwendig, um überhaupt eine solche qualitativ hochstehende betrieblich-industriell orientierte Ausbildung zu etablieren? Das erfordert sehr vielfältige Maßnahmen, ich nenne es mal der Propaganda, um zu erklären, wie das Ganze funktioniert. So haben wir in Indien, in einem langfristigen Prozess erreicht, dass man das nachvollziehen konnte, dass auch selbst die indische Regierung, das Arbeitsministerium, vor einiger Zeit einen Runderlass erlassen und erlaubt hat, dass die im Lande tätigen beruflichen Bildungseinrichtungen, sowohl private als auch staatliche, kooperative duale Arbeitsbeziehungen mit Unternehmen aufnehmen dürfen. Das war eine Bresche, die in die Arbeitsgesetzgebung geschlagen wurde, die das bisher verbot. Hiermit haben wir es geschafft, dass ein Teil dieser Rah-

menbedingungen geschaffen wurde, um auch die praxisorientierten Bildungsangebote von deutschen Anbietern besser platzieren zu können, denn die kommen nun mal aus dem dualen System heraus und lassen sich in der Regel gar nicht ohne eine Einbindung von Unternehmen umsetzen. Das ist ein Aspekt.

Das erfordert auch, dass wir auf der höheren Ebene mitwirken an der Neuformulierung von gesetzlichen Rahmenbedingungen. Das Interesse an dem deutschen Berufsbildungsgesetz zum Beispiel wurde auf verschiedenen Ebenen immer wieder an uns herangetragen. Wenn man sich jetzt an der qualitativ hochstehenden Ausbildung in Deutschland orientiert, die man nachstellen möchte, dann weiß man natürlich auch, dazu gehören die Rahmenbedingungen. Das ist auch Teil dieses Marketingprozesses. Der geht dann im Detail, ich kürze jetzt einfach ab, bis in die konkrete Arbeit mit potenziellen Kunden, die innerhalb dieser veränderten Rahmenbedingungen natürlich auch die Witterung und die Orientierung auf deutsche Modelle aufnehmen. So haben wir jetzt beispielsweise ganz konkrete Anfragen von großen indischen Unternehmen, die global tätig sind, die aus ihrer globalen Tätigkeit heraus natürlich spüren, dass sie etwas für die Qualifizierungen ihrer Mitarbeiter tun müssen und uns klipp und klar sagen: Passt mal auf, liebe Leute, wir werden das Rad nicht das zweite Mal erfinden. Ihr habt die Räder. Jetzt lasst uns mal schauen, wie eure Räder in unsere Wagen reinpassen, um es mal mit dem Bild darzustellen. Da haben wir verschiedene Beispiele von großen Unternehmensgruppen, die an uns herangetreten sind, von großen Bildungsunternehmen, die dort eine sehr große Rolle spielen. Das ist das Äußere.

Jetzt kommen wir zu dem Inneren. Das ist natürlich auch eine Aufgabenstellung, die mit erledigt werden muss, denn die Wirtschaft, das erwähnte ich vorhin schon, ist für sich selber aktiv. Wir haben für konkrete Bildungsdienstleistungen gewisse Auslassventile. Das sind die Bildungsanbieter, die zum großen Teil von der Wirtschaft getragen werden, die ganzen Ausbildungseinrichtungen der Kammern und Verbände, höchst qualitativ aufgestellt, die ganze große Landschaft der freien Bildungsträger, die jetzt zum großen Teil auch von Unternehmen getragen werden, die outgesourced wurden, und jetzt externe Ausbildungsfunktionen für

Unternehmen darstellen. Da haben wir jetzt das Problem, dass die nicht unbedingt jetzt schon mal schauen, wo internationale Märkte sind. Die sind orientiert auf die Bedürfnisse ihrer Mitglieder in Kammern, beispielsweise auf regionalen, lokalen Märkten, auf die Bedürfnisse und Anforderungen ihrer Kernunternehmen. Das ist eine wichtige Aufgabe, denen bewusst zu machen, dass es jenseits der deutschen Grenzen auch noch einen internationalen Berufsbildungsmarkt gibt, der auch vielfältige Funktionen zu erfüllen hat. Erstens kann man damit Geld verdienen. Zweitens trägt es dazu bei, das berufliche Umfeld in den Zielländern zu verändern, zu verbessern, was letztendlich auch wieder mit Verbesserungen der Investitionsbedingungen für Deutsche, für internationale Unternehmen usw. und sofort verbunden ist.

Da treffen wir natürlich auch auf ein sehr breites Aufgabenfeld, da die meisten dieser Bildungsanbieter auf solche internationalen Aufgaben gar nicht vorbereitet sind. Das ist nur eine kleine Zahl, die sich damit bisher auseinander gesetzt hat, weil selbst das BFW (Berufsförderungswerk) sich dieser Aufgabe bisher noch ein bisschen verweigert. Da ist noch viel Arbeit zu tun. Das ist eine sehr vielschichtige Tätigkeit.

Ich denke mal, das BMBF hat diese Aufgabe schon vor etlichen Jahren erkannt. Mit der Gründung der Arbeitsstelle iMOVE (International Marketing of Vocational Education), die mittlerweile elf Jahre tätig ist, die alle diese Aspekte erfüllt, sowohl die Arbeit nach außen als auch die Markterforschung, die Marktinformation - es sind neulich erst wieder etliche Marktstudien zu konkreten Zielländern erschienen - als auch die Arbeit nach innen, also die Arbeit mit den Bildungsanbietern, mit den Bildungsträgern, um sie für das internationale Geschäft vorzubereiten. Das muss ausgebaut werden. Sie fragten: Was muss man noch mehr tun? Wir haben jetzt die Konzentration mal auf Indien als ein Schwerpunktland gerichtet, wo jetzt am 13. Oktober 2012 das offizielle iMOVE-Büro eröffnet wurde. Das ist eine Sache, die müsste viel mehr verankert werden, in vielen anderen Schwerpunktländern, wo wir die berufliche Bildungszusammenarbeit anfahren. Da liegt vielleicht eine Perspektive und ich denke mal, iMOVE kann sich dann auch profi-

lieren als ein neutraler Makler aller dieser Interessen, die dann in diesem Spiel da mit drinnen sind.

Vorsitzende:

Nur geschäftsleitend, es gibt noch sechs Fragewünsche. Damit gebe ich das Wort weiter an Herrn Nehls.

Herrmann **Nehls** (DGB-Bundesvorstand, Bereich Bildung, Qualifizierung und Forschung, Berlin):

Dankeschön. Herr Schummer, vielen Dank für die Frage zu den europäischen Kernberufen. Ja, es gibt Beispiele. An erster Stelle zu nennen ist der Kfz-Mechatroniker, der ein vorbildliches Beispiel dafür ist, wie eine solche Entwicklung aussehen kann. Aber auch im Bereich der Luftfahrtindustrie gibt es Ansätze, einen europäischen Kernberuf zu entwickeln. Ich will das ganz deutlich sagen. Das kann weiter ausgebaut werden. Es sind aber schon gute Beispiele vorhanden, auch in Schlüsselindustrien, die noch weiter in den Blick genommen werden können.

Zu den Fragen, wie kann man das auf weitere Berufe ausdehnen und wie ist die Beteiligung der Gewerkschaften und der Arbeitgeberverbände, will ich ganz offen sagen, scheint mir doch - ich kann das eher für die Gewerkschaften sagen, vielleicht kann das noch jemand für die Arbeitgeberverbände ergänzen -, dass ganz oft gedacht wird: Okay, Tarif ist der Schwerpunkt unserer Arbeit. Langsam wird aber das Bewusstsein immer stärker, dass genauso gut auch Qualifizierungspolitik zu den Kernaufgaben der Gewerkschaften gehört. Dazu gehört auch, sich über eine europäische Sozialpartnerschaft zu verständigen, das heißt, Herr Prof. Esser, genau über die Standards: Was macht gute berufliche Bildung aus. Das, denke ich, ist die Richtung, die hier eingeschlagen werden kann.

Herr Brase, ESQ, ganz klar, das ist eigentlich genau das Gegenmodell zur Beruflichkeit, weil es bei ESQ darum geht, persönliche Profile in Tausendstel hinein zu ziselieren auf der einen Seite, und auf der anderen Seite den Arbeits-

platzbedarf, die Arbeitsplatzbeschreibung auch ganz fein ziseliert zu beschreiben und dann diesen Matchingprozess zu verbessern.

Wir haben da das Beispiel der BA, der auch schon Standard ist, nämlich die Klassifizierung der Berufe. Dieses Modell soll jetzt europäisiert werden. Das hat, und das will ich ganz deutlich sagen, aus meiner Sicht mit Beruflichkeit nichts zu tun. Ich sehe hier die große Gefahr, dass Berufsbildung, was ganz stark mit dem Bildungsgedanken zu tun hat, ganz eng an die unmittelbaren kurzfristigen Bedarfe der Betriebe, an die kurzfristigen Arbeitsplatzbedarfe orientiert wird und Bildung da unter die Räder kommt. Deswegen sehe ich von allen Instrumenten, die im europäischen Setting gerade im Angebot sind, das ESQ-Instrument als das kritischste und möchte auch hier zu bedenken geben, inwieweit das Gewicht dieses Instruments weiter geschmälert werden kann. Auch auf politischer Ebene, denn wir reden hier von guter Berufsausbildung. ESQ ist meiner Meinung nach genau ein Gegenbild dazu.

Herr Brase, sie fragten zu den Ausbildungskonzepten und vor allen Dingen zu den Strukturen und es kam das Stichwort ‚Identifikation mit entsprechenden Berufen‘ von ihnen. Meiner Meinung nach, um das mit Blick auf die Zeit auf den Punkt zu bringen, hängt das vor allen Dingen an der Frage der Attraktivität von Berufsbildung. Die einzelnen Akteure tun sehr gut daran, darauf zu achten, dass die Attraktivität der Berufsbildung gefördert wird, weil - und da sollten wir uns auch nichts vormachen - der Mainstream in Europa absolut akademisch ausgerichtet ist.

Berufsbildung in Europa ist eigentlich das System für die Übriggebliebenen, das „Restesystem“. Deswegen meine ich, geht es genau darum, die Attraktivität, die wir mit der dualen Berufsausbildung in Deutschland aber auch in der Schweiz haben - in Österreich ist das schon gemischter, ganz schlecht ist es für Luxemburg - entsprechend zu fördern, weil über diese Akzeptanz der beruflichen Bildung als ein möglicher Karrierepfad für die persönliche Entwicklung, Akzeptanz und natürlich auch eine entsprechende Identifikationen geschaffen werden kann.

Frau Alpers, was die Kooperation auf Augenhöhe angeht, möchte ich auf die geplante Konferenz am 10./11. Dezember verweisen, zu der sieben Mitgliedstaaten auf Ministerebene eingeladen werden. Das wäre eine gute Gelegenheit, einmal vorbildlich durchzuspielen, wie ein Dialog auf Augenhöhe aussieht, indem zum Beispiel im Rahmen dieser Konferenz Raum für die Sozialpartner geschaffen wird in welchem sich auch die entsprechenden Gewerkschaftsvertreter treffen können, um die Bedarfe der Mitgliedstaaten zu formulieren, die zur Entwicklung eines guten Berufsbildungssystems benötigt werden. Auf der anderen Seite betrifft dies genauso die Arbeitgeberverbände, um in dieser Trias, Herr Dr. Braun, am Ende auch zu Schlüssen zu kommen, die eine gute Berufsausbildung in den einzelnen Mitgliedstaaten befördern. Das sollte nicht nur auf Ministerebene verhandelt, sondern genauso mit den entsprechenden Sozialpartnern im Dialog beraten werden.

Vorsitzende:

Vielen Dank. Herr Prof. Rauner bitte.

Prof. Dr. Felix **Rauner** (Universität Bremen, Forschungsgruppe Berufsbildungsforschung) (IBB):

Der Hauptausschuss des Bundesinstituts und der BDR haben sich schon kritisch zu ESQ verhalten, Herr Brase. Ich will einen Aspekt hinzufügen, der in beiden Stellungnahmen noch nicht hinreichend hervorgehoben worden ist. Das ist so zu sagen das Evangelium, das in diesem Text ganz vorne ansteht, wie in anderen Texten der europäischen Kommission zur beruflichen Bildung. Nämlich der Grundgedanke, dass die Zeiten geregelter Berufsbildungssysteme vorbei sei. Ich kann Ihnen gleich das englische Zitat geben. Da geht es immer um den Grundgedanken, es käme darauf in der Zukunft an, das lebenslange Lernen auf die Qualifizierung der Beschäftigten zu stützen, für die sie selbst verantwortlich sind, unabhängig von Ort und Zeit der Qualifizierung. Unabhängig von Orten und Zeiten heißt nach britischer Philosophie, sie brauchen dafür keine geregelten Bildungsgänge und keine geregelten Bildungssysteme mehr. Oder andersherum: Man sollte

sie tunlichst schnell abschaffen, um einen Qualifizierungsmarkt zu etablieren. Das ist der Grundgedanke.

Das ESQ-Dokument verweist in diesem Zusammenhang: „...this is in line with the European Qualification Framework and the National Qualification Framework“, das heißt, so zu sagen: Diese Philosophie gehört vom Ansatz her zusammen. Ebenso übrigens wie das Konzept des Outcome. Wenn sie berufliche Bildung auf Outcome reduzieren, dann brauchen Sie zum Schluss nur noch, und das schlägt die Kommission auch vor, ein modularisiertes Zertifizierungssystem. Darüber steuert man dann den Qualifizierungsmarkt. Das ist ein Frontalangriff, ich spitze dies Mal zu, gegen etablierte berufliche Bildungssysteme. Daher gibt es zwischen diesen beiden Systemen, der Architektur beruflicher Bildung auf der Grundlage geregelter Kernberufe und der Philosophie der Auflösung der beruflichen Bildung in zertifizierbare Module, keine Vermittlungslinie. Diesen Konflikt müssen wir austragen. Ich vermute, dass wir, die Bundesrepublik und andere Länder, gute Karten haben, weil vor allem das Vereinigte Königreich seit zwanzig Jahren probiert, Apprenticeship zu reetablieren und sich so zu sagen im eigenen Land Konkurrenz gegen die National Vocational Qualifications macht. Das ist ziemlich interessant. Ich will jetzt nicht ausführen, warum das nicht so richtig vorangeht.

Es ist etwas Zweites ziemlich wichtig. Das sind englische Wissenschaftler, Innovationsforscher, die hervorgehoben haben, dass diese Politik zur Deindustrialisierung in Großbritannien und in Amerika wesentlich beigetragen haben. Das Fehlen von qualifizierten Facharbeitern und Meistern schwächt die Arbeitsproduktivität vergleichbarer Unternehmen in einem Umfang, so die englischen Wissenschaftler, von ca. 30 Prozent. Daher gibt es gute Gründe, von diesem abenteuerlichen Weg abzulassen.

Die Frage, die vorhin noch kam, ist: Wie sind denn die Vermittlungslinien? Da würde ich sagen: Es wäre schön, wenn die deutsche Politik, die deutsche Verwaltung und deutsche Experten die Zurückhaltung bei den europäischen Dialogen

und Prozessen aufgabe - in der Vergangenheit war das so - und sich viel aktiver einschalten würde. Vielleicht in Zusammenarbeit mit der Schweiz, um dazu beizutragen, eine moderne Architektur - und nicht irgendwelche Rahmen weiter zu puzzeln - also Räume für eine offene Architektur zu schaffen.

Die Chance, dass darin ein durchgängiger dualer Bildungsweg eine bedeutende Rolle spielen wird, ist zur Zeit relativ groß, daher glaube ich, spricht alles dafür, diese Auseinandersetzung zu pflegen, auch in Kooperation mit englischen Kollegen. Nicht jedoch mit dem QCA (Qualifications and Curriculum Authority), dem so genannten Ghostwriter für diesen Unfug - sondern mit Experten, die von der beruflichen Bildung in England etwas verstehen.

Vorsitzende:

Herzlichen Dank. Ich habe jetzt folgende Kolleginnen und Kollegen auf der Liste: Herrn Dr. Feist, mich, Herrn Murmann, Frau Canel, Frau Alpers, Herrn Brase und Herrn Gehring. Wenn wir es kurz machen, schaffen wir es vielleicht noch.

Abg. Dr. Thomas **Feist** (CDU/CSU):

Vielen Dank, Frau Vorsitzende. Ich würde gerne noch einmal von der allgemeinen Philosophie über die duale Bildung in Deutschland im speziellen und auch in anderen Ländern zurückkommen auf das eigentliche Thema unserer öffentlichen Anhörung. Da geht es um „Grenzüberschreitende Kooperationen“. Meine Frage richtet sich an Sie, Herr Prof. Esser.

Als Sachse habe ich mit Wohlwollen und Anerkennung gesehen, dass gerade im Bereich „Grenzüberschreitende Kooperation“ mit Polen und Tschechien dort wirklich einiges gelaufen ist. Das heißt, wenn man will, geht es. Nun wäre meine folgende Frage an Sie: Sie haben gesagt, es gibt im Ausland großes Interesse an der Konfiguration oder speziell auch an der Systematik unserer dualen Ausbildung. Im Bereich der auswärtigen Bildungspolitik verfügen wir schon über Strukturen im Schulbereich, die es ermöglichen, an deutschen Auslandsschulen nicht nur das deutsche Abitur, sondern auch die einheimischen Abschlüsse zu verge-

ben. Könnte es denn beispielsweise im Verbund mit den Außenhandelskammern, die hier in so einem hellen Licht dargestellt worden sind, gelingen, dass wir unser Bildungssystem über die deutschen Auslandsschulen noch erweitern könnten? In Schulen mit dualer Ausbildung? Oder an denen so etwas zumindest Modellhaft eingerichtet werden könnte?

Abg. Ulla **Burchardt** (SPD):

Meine Frage geht an Herrn Nehls und Herrn Dr. Lambertz, an die Sozialpartner. Im Zuge der Treffen der Regierungschefs zur Lösung der Euro-Krise, hat der österreichische Regierungschef darauf gedrungen, dass in den Katalog der Maßnahmen nicht nur eine Schuldenbremse aufgenommen wird, und nicht nur abstrakt die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit, sondern die Etablierung eines Systems der beruflichen Bildung auf europäischer Ebene. Dieses ist so nicht weiter aufgenommen und verfolgt worden. Deswegen meine Frage an Sie beide. Würden Sie diese Forderung für eine zentrale halten, um Wege aus der Krise und in ein nachhaltiges Wachstum zu finden, die von der Bundesregierung massiv unterstützt werden sollte, und was tun jeweils ihre Organisationen auf der europäischen Ebene, um diese Debatte voranzutreiben?

Vorsitzende:

Nun der Kollege Murmann bitte.

Abg. Dr. Philipp **Murmann** (CDU/CSU):

Ich habe zunächst eine Frage an Herrn Dr. Lambertz. Was kann denn die internationale Kooperation für uns in Deutschland gerade in den mittelständischen Unternehmen wirklich beitragen, um das Thema Fachkräftesicherung zu verbessern? Gibt es da einige Leuchtturmprojekte - meinetwegen in Spanien oder sonst irgendwo -, die man in die Breite tragen kann um mittelständischen Unternehmen zu zeigen, wie man eine gewisse langfristige Investition in berufliche Bildung umsetzt, also nicht nur das was gerade genannt wurde, die immer kurzfristigeren Einstellung von Leuten, die man gerade braucht, sondern auch langfristig den

demografischen Aspekt mit einzubringen. Welche Leuchtturmprojekte können Sie ganz konkret einmal nennen, die es im Bereich der Außenhandelskammern gibt.

Eine zweite Frage an die Bundesregierung, auch wenn sie nicht direkter Teil der Anhörung ist. Inwieweit ist das Thema europäische Kernberufe auch Teil der Strategie der Bundesregierung?

Vorsitzende:

Wir haben gerade ausgemacht, Herr Dr. Braun wird sich auf jeden Fall noch dazu äußern. Frau Canel bitte.

Abg. Sylvia **Canel** (FDP):

Meine Frage geht an Herrn Prof. Esser. Wir haben jetzt gerade auf einer Studienfahrt in Afrika erlebt, dass die berufsbildenden Institute und deren Vertreter unser berufsbildendes System als etwas zu starr empfinden, um es mal salopp zu sagen.

Wir diskutieren oft über Möglichkeiten, unser duales System weiterzuentwickeln. Uns wurde dort eine Modularisierung empfohlen. Diese Modularisierung diskutieren wir in unseren Reihen auch, um mehr Möglichkeiten zu schaffen. Mehr Möglichkeiten, über starre Berufsbilder hinwegzukommen.

Nun die ganz einfache Frage. Ich habe immer das Gefühl, es geht im Grunde genommen auch ein bisschen um die Nivellierung nach unten und nicht nach oben. Wie stehen Sie dazu? Können Sie uns dazu vielleicht noch dieses Thema nahebringen?

Vorsitzende:

Frau Alpers bitte.

Abg. Agnes **Alpers** (DIE LINKE.):

Meine erste Frage geht noch einmal an Herrn Prof. Rauner. Dieser Prozess, gegen den Mainstream hochschulischer Bildung kämpfen zu müssen, haben Sie gesagt, hat zugenommen. Können Sie dazu vielleicht noch etwas sagen.

Zwei Prozent Arbeitslosigkeit in der deutschsprachigen Schweiz. Was ich auch spannend fand, es gibt ein Berufsabitur. Vielleicht ist das hoffentlich ein Begriff, den wir irgendwie noch einmal zentral verwenden werden. Wenn Sie dazu bitte noch einmal kurz etwas sagen könnten.

An Herrn Dr. Lambertz nur eine kurze Nachfrage. Herr Dr. Lambertz, Sie haben zur Mobilität gesagt wir haben nur 3.000 Menschen, die länger als sechs Wochen im Ausland verweilen. In der Studie zur Mobilität haben wir bei Ihnen lesen können, dass 79 Prozent der Betriebe dies als Qualifikation eigentlich nicht anerkennen wollen. Wie kann die Anerkennung dieser Qualifikation vorangetrieben werden?

Vorsitzende:

Vielen Dank. Herr Brase.

Abg. Willi **Brase** (SPD):

Ganz kurze Frage, Herr Prof. Esser. Können Sie sich vorstellen, dass das BIBB in einer internationalen Kooperation vor dem Hintergrund der Kernberuflichkeit das VOP unterstützt, dass so zu sagen beide den Weg nach vorne gehen?

Vorsitzende:

Abschließend der Kollege Gehring.

Abg. Kai **Gehring** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Ich wollte noch einmal auf die Grundsatzfrage von Herrn Prof. Baethge eingehen, was eigentlich in Zukunft der Hauptweg in den Beruf sein wird, und wollte vor allem noch einmal nach dem Verhältnis zwischen dualer Ausbildung, dem Studium und auch dualen Studiengängen fragen. Wie werden sich diese berufsquali-

fizierenden Wege voneinander abgrenzen und was ist bei der Durchlässigkeit zu beachten.

In dem Zusammenhang möchte ich auch zu dem Schweizer Modell und zu dem, was Herr Prof. Rauner angesprochen hat, noch einmal nachfragen. Wenn man eine strikte Sektorentrennung zwischen allgemeiner Hochschulreife und beruflicher Hochschulreife hat, und sich bei uns über die berufliche Qualifizierung dann auch eine Öffnung in die Universität ergibt, was bedeutet das eigentlich vor dem Hintergrund unserer Traditionslinien für die Frage von Durchlässigkeit? Kann man das einfach übertragen?

Herrn Nehls, Sie haben wie viele andere auch das Bild einer europäischen Ausbildungsarchitektur gemalt. Können Sie das bitte noch mal weiter operationalisieren und konkretisieren. Welche Akteurskonstellationen, Verfahrenswege etc. es dafür braucht.

Vorsitzende:

Gut, ich glaube, wir haben damit beschlossen, dass wir das Fachgespräch um 15 Minuten Minimum verlängern. Wenn Sie einverstanden sind, denke ich würde es uns freuen, wenn die Fragen alle beantwortet werden könnten.

Zum Abschluss der Expertenrunde wird Sts. Dr. Braun die an die Bundesregierung gestellten Fragen beantworten.

Damit hat jetzt wieder Herr Prof. Baethge, das Wort.

Prof. Dr. Martin **Baethge** (Soziologisches Forschungsinstitut Göttingen (Sofi) an der Georg-August-Universität):

Zur ersten Frage. Was wird der Hauptweg sein? Meine Damen und Herren, egal was, wie wir regeln, die Drift zu den Hochschulen wird nirgendwo abzuwehren sein. Alle Versuche von Cooling Out Prozessen sind schief gegangen. Nach einer relativ kurzen Zeit haben wir wieder den Weg in Richtung Hochschulen und

Fachhochschulen, und das ist auch gewünscht. Das muss aber nicht heißen - und das finde ich, ist dann eine falsche Kampfesfront - Abwertung der beruflichen Bildung, wenn man wirklich vernünftige Konstruktionen der Verschränkung schafft. Wir haben diese in Deutschland im Augenblick nicht. In dem Punkt kann man sicherlich von der Schweiz lernen. Das ist der einzige Punkt, Herr Prof. Rauner, wo ich Ihnen Recht gebe, dass man von der Schweiz lernen kann. Aber Sie wissen wie ich, dass die Berufsmatura - das ist kein Berufsabitur, Frau Alpers - nicht nur einen Ausbildungsabschluss, sondern auch zusätzliche allgemeinbildende Kurse und Fähigkeiten beinhaltet. Also müssten wir eine Berufsbildung konstruieren, in der dieses möglich wird.

Wir haben Regelungen für den Hochschulzugang von beruflich qualifizierten, meine Damen und Herren. Wenn Sie diese in die Realität umsetzen würden, hätten wir heute 50 bis 70 Prozent der Jugendlichen mit einem abgeschlossenen dualen Ausbildungsabschluss, die auf die Hochschulen gehen. Das geht bereits heute in Deutschland. Die Länderregelungen und die Regelung der KMK vom 9. März 2009 ermöglichen das. Aber die Realität sieht anders aus, weil die Jugendlichen wissen, mit dem Besteck, das sie in der Berufsausbildung erarbeitet haben, können sie nicht auf eine Hochschule gehen. Deswegen haben wir eine so niedrige Durchlässigkeit. Wir müssen also die Durchlässigkeit verschränken, um die Attraktivität. Herr Nehls, da liegt der Punkt, die Attraktivität der Berufsausbildung erhöhen. Das ist möglich, wenn wir, anders als Sie und Herr Prof. Rauner es vorschlagen, wirklich stärker outcome-bezogene Standards setzen. Die brauchen wir.

Das was Herr Prof. Esser angesprochen hat, die interkulturelle Kompetenz, ist eine outcome-Definition, nicht ein Input. Interkulturelle Kompetenz ist nicht durch die Ausbildungsdauer oder durch irgendwelche Regulierungen darstellbar. Genauso gilt das für allgemeinbildende Kompetenzen und für berufsübergreifende Kompetenzen. Die europäischen Kernberufe sehen mir viel zu wenig berufsübergreifende Kompetenzen vor, die wirklich die Arbeitsmarktfähigkeit für Jugendliche auf zunehmend unsicherer werdenden Arbeitsmärkten vorsehen. Da muss man wirklich in meinen Augen nachlegen.

Aber, meine Damen und Herren, warum ist in meinen Augen das Schweizer Modell nicht die Grundlage für eine europäische Architektur? Ich verstehe gut, dass Herr Prof. Rauner dieses von ihm für die Bertelsmann-Stiftung 2009 gemachte Gutachten so schätzt. Ich habe das mit viel Gewinn und Freude gelesen, Herr Prof. Rauner. Das nur vorab.

Aber, meine Damen und Herren, schon 2009 haben wir gesagt, die Einrichtung von Bundesämtern und Landesämtern für Berufsbildung, was soll die in der deutschen Tradition der Berufsausbildung. Das ist etwas, was wirklich schon 2009 gründlich genug diskutiert worden ist.

Das Zweite, meine Damen und Herren, Herr Gehring, eine Aufspaltung der Hochschulreife in eine solche nur für Berufsfachschulen und eine für Universitäten fällt hinter dem erreichten Stand der Zulassung zu den Hochschulen in Deutschland zurück. Ich muss sagen, glaubt wirklich jemand in diesem Raum, dass die Einrichtung einer deutsch-schweizerischen Expertengruppe zur Erstellung einer europäischen Berufsbildungsarchitektur die Legitimation der weiteren 26 europäischen Länder, die nicht einbezogen werden, hätte? Dies vor allen Dingen vor dem Hintergrund, dass beide Länder im Grunde genommen duale Berufsbildungssysteme haben und damit von Problemen, die in anderen europäischen Ländern virulent sind, die stärker aus schulischen Traditionen kommen, gar nicht betroffen sind. Von daher Vorsicht, meine Damen und Herren, mit solchen Konstruktionsvorschlägen.

Vorsitzende:

Herzlichen Dank.

Es kommen jetzt mehr und mehr Kollegen herein. Ich bitte aber alle, möglichst dafür zu sorgen, dass wir die kommunikative Ruhe, die wir bisher hatten, nicht unterbrechen, so dass wir die Antworten unserer Experten auf die Fragen, die die Kollegen gestellt haben, auch noch komplett hören können.

Nun Prof. Esser, bitte.

Prof. Dr. Friedrich Hubert **Esser** (Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB), Bonn):

Herzlichen Dank. Herr Dr. Feist, ich würde Ihren Vorschlag direkt aufnehmen wollen. Wir haben meiner Kenntnis nach einmal im Jahr im DIHK ein Zusammentreffen der Vertreter der Außenhandelskammern. Dieses Thema könnte man einmal zu einem Schwerpunkt eines solchen Treffens machen und schauen, inwieweit hier gute Beispiele herauszufiltern sind, die dann auch mal gezeigt werden können, und anhand derer man entsprechende übergeordnete - ich will nicht sagen Strategien, aber doch zumindest Gedanken - diskutieren kann, wie man auf solchem Wege über Außenhandelskammern, also in der Verschränkung mit Wirtschaft und Politik, Umsetzungen bekommt, um Standards der deutschen beruflichen Bildung ins Ausland zu transportieren. Eine ganz hervorragende Idee haben wir da jetzt direkt an Herrn Dr. Lambertz weitergegeben. Wir als BIBB sind interessiert, das entsprechend mit zu begleiten und ein Ohr daran zu haben, wie das in den Außenhandelskammern in der Welt gemacht wird.

Frau Canel, Sie fragen mich zum Einen nach der Begründung des Berufskonzeptes und wie ich dazu stehe. Da wiederhole ich mich jetzt. Ich bin ein Vertreter von Beruflichkeit und bringe das jetzt mal auf eine ganz kurze Formel. Wenn wir nach wie vor in Zukunft von dem Anspruch ausgehen, dass wir am Standort Deutschland für hohe Qualität und Dienstleistungen stehen, die einen entsprechenden Preis im weltweiten Wettbewerb erzielen sollen und mit entsprechenden attraktiven Löhnen unterlegt sind, dann müssen wir dafür Sorge tragen, dass wir eine Qualifikation produzieren, die das auch leisten kann. Das heißt also, wir müssen irgendwie dafür Sorge tragen, dass unsere Fachleute über eine gewisse Höhe springen. Das ist unseres Erachtens auch hinreichend begründet über das Berufsprinzip realisierbar.

Das andere ist, Beruf heißt nicht nur Qualifikation, sondern Beruf heißt auch Erziehung und Sozialisation. Wenn wir uns in diesem Kontext auch darüber verständigen können, wie dieses Konstrukt ‚Beruf‘ auch dafür genutzt werden kann,

im Erziehungs- und Bildungsstrategischen Sinn zu fördern. Insbesondere auch Zielgruppen, die gegebenenfalls nicht direkt über diese Latte springen. Wir müssen diskutieren, wie wir methodische Ansätze, wie wir Spielarten finden, die jungen Leute so fit zu machen, dass sie diese Qualifikation erreichen.

Das ist aber für mich nicht die Modularisierung. Modularisierung ist für mich eine Hinwendung zu Teilqualifikationen, die wir abschließend zertifizieren, die einen in sich abgeschlossenen Wert auf dem Arbeitsmarkt bekommen und die eine Alternative zu Berufsabschlüssen sind. Wenn wir das zulassen, haben wir verloren. Sowohl standortpolitisch, wie auch erzieherisch und bildungspolitisch.

Herr Brase, Kernberufe? Wenn ich diesen Begriff aufnehme und ihn als Überschrift für die Hinwendung zu Berufen und Standards im europäischen Kontext sehe, dann ja! Weil zwangsläufig der nächste Schritt nach DQR und EQR die Verständigung darüber ist, wie wir entsprechende Elemente in den Berufen ausprägen und ausdifferenzieren, die europäische Standards sein können. Ich will mich jetzt nicht direkt auf das Modell des DGB stützen. Das ist eine Vorlage, ein Diskussionsbeitrag. Den muss man in so einer Debatte aufgreifen, aber dass wir da hin müssen, wenn wir wollen, dass eine in Deutschland begonnene Ausbildung oder Fortbildung im europäischen Ausland fortgesetzt werden kann, und dass die Qualifikation dann auch international anerkannt wird, dann brauchen wir eine stärkere Fokussierung auf Standards. Wie diese aussehen, darüber müssen wir diskutieren. Das heißt für mich nicht direkt die Adaption des Modells der europäischen Kernberufe des DGB.

Vorsitzende:

Herr Dr. Lambertz, bitte.

Dr. Günter Lambertz (Deutscher Industrie- und Handelskammertag e. V. (DIHK), Berlin):

Vielen Dank. Vielleicht noch zur Ergänzung für Herrn Dr. Feist. Es gibt deutsche Auslandsschulen, die einen berufsbildenden Zweig haben. Die sind allerdings in

den letzten Jahren eher zurückgegangen. Es wäre vielleicht noch einmal eine genauere Untersuchung wert, inwieweit man das wieder beleben könnte.

Es gibt, damit komme ich zu der Frage von Herrn Dr. Murmann, durchaus auch einige Schulen im Ausland, die von deutschen Auslandshandelskammern betrieben werden. Etwa in Spanien. Aber all das, was wir derzeit vorfinden, sind mehr oder weniger Insellösungen. Wir haben in Portugal eine sehr engagierte Auslandshandelskammer, die sich im Bereich der Ausbildung im Hotel- und Gaststättengewerbe kümmert. In Spanien, in Madrid und Barcelona, haben wir das im Bereich der kaufmännischen Ausbildung. Das sind, ich will es nicht kleinreden, gute und vorzeigbare Projekte, aber die haben natürlich nicht die Breitenwirkung, die man für eine große Lösung bräuchte. Darüber hinaus gibt es in dem großen Land Indien viele Projekte, in die auch Mittelständler einbezogen sind, meistens hervorgegangen aus Initiativen deutscher Unternehmen, die ihre IHK eingeschaltet haben. Idealerweise geschieht das zusammen mit der örtlichen AHK. Das ist etwa das Leitbild. Derzeit gibt es also eher Insellösungen und nicht den großen Wurf.

Nun zu der Frage von Frau Burchardt, zu dem Vorschlag des österreichischen Regierungschefs im Hinblick auf die einseitige Orientierung auf die akademische Bildung. Wir hier in Deutschland, oder jedenfalls wir im DIHK, sind immer dagegen, akademische und berufliche Bildung gegeneinander auszuspielen. Wir brauchen sowohl gute akademisch qualifizierte Fach- und Führungskräfte als auch solche, die beruflich qualifiziert sind. Das ist, glaube ich, unser großes Plus. In den Ländern, gerade im Süden Europas, wo es eine einseitige Orientierung mit teilweise rasanten Zuwachsraten bei den Studienabsolventen gab, hat man die berufliche Bildung eigentlich vernachlässigt, zum Teil auch vergessen. Ich hatte mich letztens einmal darum gekümmert, wie das Berufsbildungssystem in Italien aussieht, habe das Handbuch des BIBB dazu genommen und habe kein System erkennen können. Es wäre eine gute Sache, wenn man von europäischer Ebene auch noch einmal darauf hinwirken würde.

Zur Frage von Frau Alpers. Es ist richtig, dass der überwiegende Teil der Aufenthalte eher kurzfristig ist. Ich würde das aber, jedenfalls zu diesem Zeitpunkt, nicht dahin deuten, dass wir, wenn wir schon für diese drei Wochen, die es im allgemeinen sind, noch relativ wenig Unternehmen finden, dann auf eine größere Zeitvorgabe drängen und das stärker reglementieren sollten. Die Frage der Anerkennung kann ich mir nicht recht erklären, denn gerade durch die Änderung des Berufsbildungsgesetzes sind die Auslandsaufenthalte Teil der Ausbildung, dadurch ist nichts verloren. Das ist also nicht vergleichbar mit dem Auslandssemester, das von einer Hochschule inhaltlich nicht anerkannt wird.

Vorsitzende:

Vielen Dank. Herr Nehls, bitte.

Herrmann **Nehls** (DGB-Bundesvorstand, Bereich Bildung, Qualifizierung und Forschung, Berlin):

Danke für die Fragen. Ich denke, ich unterstütze den Regierungschef Österreichs ganz deutlich, weil ich denke, es ist eine Herausforderung, dass wir über die Stärkung der Berufsbildung in Europa nachdenken. Aus allen Sitzungen, die ich im Moment auf europäischer Ebene in Brüssel miterlebe, weiß ich, dass ganz oben auf der Tagesordnung das Thema steht, wie stärken wir die Berufsbildungssysteme in Europa. Meine Anregung an dieser Stelle wäre, dass Deutschland sich in diesen Prozess mit einbringt, weil ich denke, eine Verständigung über Standards von Berufsbildung gehört nach Brüssel. Es wird leider unter dem Stichwort „Work based learning“ diskutiert, das eigentlich nur ein Lernprinzip ist. Hier geht es um qualifizierte Berufsausbildung. Trotzdem: Hier rennen wir Scheunentore ein. Dieser Prozess sollte durch die Bundesregierung unterstützt werden.

Ihre Frage war auch, was wir selbst tun. Ganz klar, der Europäische Gewerkschaftsbund ist hieran beteiligt. Wir haben verschiedene Initiativen ergriffen. Es finden Dialoge mit allen Gewerkschaften der Mitgliedstaaten zu der Frage, wie Berufsbildungssysteme in den einzelnen Länder gestärkt werden können, statt.

Zu der Frage von Herrn Gehring zur europäischen Berufsarchitektur. Herr Prof. Esser hat, glaube ich, gerade eine Menge dazu gesagt. Ich will nur ganz kurz ergänzen. Es geht nicht darum, Herr Prof. Esser, Berufe von Deutschland zu übertragen, sondern es geht darum, in einem Dialog auf europäischer Ebene, auf der Basis von Mindeststandards klar zu definieren, was wir unter einer guten Berufsausbildung verstehen. Das ist, denke ich, die Chance die durch eine europäische Berufsarchitektur gefördert werden kann. Die Orientierung muss Beruflichkeit und keine Teilqualifikation unterhalb von Beruflichkeit sein, denn das befördert nicht ein gutes Qualifizierungssystem.

Vorsitzende:

Vielen Dank, Herr Prof. Rauner.

Prof. Dr. Felix **Rauner** (Universität Bremen, Forschungsgruppe Berufsbildungsforschung) (IBB):

Frau Alpers, sie hatten nach der Attraktivität der beruflichen Bildung gefragt, warum die in der Schweiz so hoch ist und wie das mit der hochschulischen Bildung zusammenhängt. Wir erleben zwei gegenläufige Entwicklungen, die auf das engste miteinander zusammenhängen. Auf der einen Seite die Akademisierung der Bildung weltweit. „College for all“, das ist zum Teil Programatik in den Ländern. Da ist zum Beispiel Australien, das Studentenanfängerquoten von 85 Prozent hat. Übrigens haben zwei Drittel der Lehrlinge in Australien einen Bachelor-Abschluss, weil sie als Absolvent eines Bachelor-Studiengangs keinen Arbeitsplatz bekommen. Dazu führt es, wenn man eine „College for all“-Politik betreibt. Wir haben gegenläufig eine Verberuflichung hochschulischer Bildung. Wir haben mittlerweile, seit dem Bologna-Prozess, sagen wir mal 2.000, andere sagen 8000, verschiedene Fächer. Ein Fach „Digitales Fotografieren“, Abteilung Management oder ich weiß nicht was. Das sind sozusagen „Mickey Mouse Degrees“, wie es mittlerweile in Amerika heißt. Das hat mit hochschulischer Bildung nichts mehr zu tun. Es hat übrigens auch nichts mehr mit Berufsbildung zu tun. Das ist etwas, was darunter stattfindet. Das ist eine außerordentlich gefährliche Entwicklung, die durch die „Freiheit von Forschung und Lehre“ grundgesetzlich gedeckt ist.

Das nutzen Hochschulen dazu, alle möglichen Qualifizierungen anzubieten, die mit Hochschule, mit akademischer, mit wissenschaftlicher Bildung nichts zu tun haben. Die beschädigen die Bildungsarchitektur insgesamt.

Die Schweiz hat einen wichtigen Schritt in die Richtung gemacht, die Attraktivität der beruflichen Bildung und der dualen Berufsbildung nicht in einem geschlossenen Kasten dualer Berufsbildung zu realisieren. Wir realisieren sie nur, wenn wir die Durchlässigkeit herstellen, nicht indem man Absolventen einer dualen Berufsbildung in klassische akademische Studiengänge hineinschickt. Dort scheitern sie. Darauf sind sie nicht vorbereitet. Das bedeutet einen Bruch in ihrer Biographie. Daher wird weltweit an einer Architektur paralleler Bildungswege gearbeitet. Der Deutsche Qualifikationsrahmen hat sich daran beteiligt. Die einen sind Spezialisten in der Tradition wissenschaftlicher Disziplinen. Die müssen in ihrer Promotion nachweisen, dass sie in einem sehr, sehr begrenzten Bereich sehr tiefe Löcher bohren können. Das ist die Wissensproduktion, die wir benötigen. Der andere Weg produziert eine Profession und Leute, die in der Lage sind, ein Unternehmen zu leiten, Betriebsleiter zu sein oder ein großes Schiff über den Ozean zu steuern. Das ist eine andere Bildungstradition. Mein Plädoyer ist, dass wir einen durchgängigen dualen Bildungsweg, natürlich mit einer Durchlässigkeit hin und her, entwickeln. Ein Heizungsmonteur muss, wenn er die Heizung modernisiert, diese Aufgabe vollständig lösen, ein Wissenschaftler muss das nicht. Der erforscht ein Puzzle, ein kleines, am Brenner, irgendetwas. Das heißt, es ist zweckfreies Wissen. Die berufliche Bildung hat auf allen Ebenen völlig andere Aufgaben, bis auf die höchsten Leitungsebenen. Dafür benötigen wir die Hochschulen. Wir benötigen keine Durchlässigkeit, wie sie von den Bundesländern und vom Bund diskutiert wird. So zu sagen irgendwie die Durchlässigkeit von der beruflichen zur hochschulischen Bildung zu befördern. Das ist gescheitert. Ein Prozent derer, die nicht über das Abitur verfügen, landen dort. Wenn Sie aber eine Architektur paralleler Bildungswege etablieren, die wir ansatzweise haben, Sie müssen es nur vernünftig sortieren, dann glaube ich, wird ein Schuh daraus. Dann erhöhen Sie die Attraktivität der dualen Berufsbildung.

Eine Frage, die bisher nicht geklärt ist. Baden-Württemberg hat ansatzweise erklärt, wie wir das Konzept der „Mickey Maus Degrees“, das wir in anderen Ländern mittlerweile haben, verhindern. Viele Hochschulen nehmen das Grundgesetz in Anspruch, halten sich aber nicht daran, weil sie berufliche Bildung machen. In Nordrhein Westfalen gehen sie mittlerweile her und etablieren Franchising, Hochschulische Bildung bei Bildungsträgern unter der Überschrift „Hochschule“. Das sind krasse Fehlentwicklungen. In Amerika haben wir mittlerweile in der größten Zeit der Hochschulen sogenannte some college-Abschlüsse oder Zertifikate von sechs oder sieben Wochen. House and Gardening, Marriage Arrangement oder Colorado Excursion, die bevölkern den intermediären Sektor in Amerika, Herr Prof. Baethge, dort landen sie. Das ist die Alternative, wo wir hinkommen, wenn wir nicht eine Architektur entwickeln, wo wir beides Profilieren, eine exzellente universitäre Bildung, akademisch und disziplinar orientiert, weil wir dieses Wissen benötigen, und einen parallelen Weg der dualen Organisation von Bildung vom Lehrling bis auf das allerhöchste Bildungsniveau. Das wäre eine kluge Politik aus meiner Sicht. Da können wir von der Schweiz sehr viel lernen. Das ist nicht eine Frage, wie wir im Bertelsmann-Bericht geschrieben haben, sondern das können Sie überall nachlesen. In Berichten der englischen Regierung bis hin in ich weiß nicht wo. Das ist, Herr Prof. Baethge, Polemik. Das sollten wir hier lassen.

Vorsitzende:

Wir haben heute viel gelernt und Vieles würde auch danach rufen, noch einmal eine Fortsetzung dieser Veranstaltung mit erweiterter Perspektive zu machen. Aber zunächst sind wir noch bei der Beendigung der heutigen. Für die Bundesregierung antwortet jetzt der Herr Kollege Dr. Braun auf die gestellten Fragen.

PSts Dr. Helge **Braun** (BMBF):

Vielen Dank. Vielleicht darf ich noch kurz die Bemerkung anschließen, dass wir auf der letzten internationalen Bologna-Konferenz von der deutschen Seite das Thema „Mickey Mouse Degrees“ aufgegriffen haben und sehr deutlich gemacht haben, dass für uns eine Bachelor-Ausbildung grundsätzlich auch etwas mit dem

humboldt'schen Bildungsideal von Weltbürgertum, von Selbstreflektion und kritischem Denken zu tun hat. Das ist gegen den erbitterten Widerstand der Engländer am Ende ins Abschlusskommunikee aufgenommen worden. Davon ist ein bisschen das Signal ausgegangen, dass sich nicht nur alle Länder an die anglo-amerikanische Systeme anpassen müssen, sondern auch diese Systeme neu nachdenken und ihre Ausbildung auch verändern müssen. Mein Lieblingsbeispiel ist immer der „Florida-Bachelor of Coast Guarding“, den würden wir in Deutschland fröhlich als Bademeister bezeichnen. Das ist, glaube ich, nicht das, was wir uns unter akademischer Ausbildung vorstellen.

Ich will damit anschließen, was wir in Europa gerade machen, wie der Diskussionsstand zum Thema berufliche Ausbildung ist. Ich glaube, es war bisher einmalig in der Geschichte des Europäischen Rates, dass uns die Gelegenheit gegeben wurde, das deutsche duale Ausbildungssystem vor einer gesamten Ministerkonferenz Europas vorzustellen. Wir haben das dort getan, und es gab unglaublich viele Nachfragen. Das hat dann einen richtigen „Run“ auf Wünsche zu Kooperationen und allem möglichen ausgelöst. Die Konferenz, die eben schon angesprochen worden ist, wird im November stattfinden. Zu ihr werden wir übrigens selbstverständlich die Sozialpartner einladen. Die Einladungen müssten jetzt so zu sagen unterwegs sein, vielleicht liegt sie schon auf ihrem Tisch wenn Sie nach Hause kommen. Wir haben auch alle anderen Länder aufgefordert, die Sozialpartner in die jeweilige Delegation mit einzubinden, weil wir uns im Rahmen der Konferenz Workshops vorstellen, um all die Fragen wirklich vertieft zu beantworten. Es wird darüber hinaus im Kontext der mittelfristigen finanziellen Vorausschau der EU gerade stark darüber diskutiert, wie man mit dem Strukturprogrammen in Zukunft weiter umgeht. Alle sind der Meinung, die Strukturprogramme müssen angesichts der Strukturprobleme Europas ihr Niveau behalten. Wir kämpfen nicht zwingend dagegen, dass sie ihr Niveau behalten, aber wir kämpfen sehr stark dafür, dass wir statt Straßen ins Niemandsland zu bauen, die Bildungsinfrastruktur im Bereich der beruflichen Bildung stärken. Diejenigen, die nicht völlig enthusiastisch auf uns zugesprungen sind und gesagt haben, lasst uns doch lieber berufliche Ausbildung erst mal nach deutschem Maßstab machen, sind diejenigen die

sagen, wir haben neben einem akademischen Ausbildungssystem eigentlich noch gar keines. Wir haben dieses „work based“, also diese Ausbildung am Arbeitsplatz. Das heißt, auch dieser theoretische Teil der beruflichen Ausbildung muss institutionell völlig neu etabliert werden. Für diese Länder ist das auch eine finanzielle Herausforderung, gerade wenn sie in großen Schwierigkeiten stecken. Die Strukturmittel der Europäischen Union darauf zu fokussieren, ist etwas, wofür wir zumindest sehr stark kämpfen.

Letzter Satz. Die Beteiligung der Sozialpartner, nicht nur im Hauptausschuss und in der Konferenz, sondern auch in dem Advance Projekt ist unser Versuch, alle ein bisschen in eine stringente Strategie einzubinden, was die internationale Zusammenarbeit im Bereich der beruflichen Bildung angeht. Dass das noch nicht alles völlig zufriedenstellend ist, ist klar. Die Tatsache, dass sich viele Ministerien mit unterschiedlicher Expertise einbringen, führt dazu, dass wir derzeit auch in enger Abstimmung und angegliedert an das BIBB darüber nachdenken, wie wir eine neue institutionelle Verankerung und eine Stärkung dieses ganzen Bereichs der Internationalisierung der Berufsbildung institutionell verankern können.

Vorsitzende:

Ganz herzlichen Dank. Damit sind wir am Ende unseres heutigen Fachgesprächs angekommen. Ich darf mich im Namen der Kolleginnen und Kollegen sehr herzlich bei Ihnen, meine Herren, für ihre Expertise bedanken, für informative Einblicke auch in unterschiedliche Sichtweisen. Ich bedanke mich auch bei unseren Gästen des öffentlichen Teils der Ausschusssitzung. Wenn Sie den Eindruck hatten, das war eine gute und informative Veranstaltung, empfehlen Sie uns weiter. Ansonsten empfehle ich Ihnen immer sehr gerne die Webseite des Deutschen Bundestages, die ist hochinformativ. Ich wünsche allen jetzt noch einen produktiven weiteren Tag. Kommen Sie gut da an, wo Sie heute hin wollen. Ich denke, bei der einen oder anderen Gelegenheit sehen wir uns auf jeden Fall wieder. Damit ist der öffentliche Teil unserer heutigen Ausschusssitzung beendet.

Ende der Sitzung: 11.51 Uhr

Ulla Burchardt, MdB

Bearbeiter:

Kai Steffen

Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB)

Stellungnahme

Öffentliches Fachgespräch

zum Thema

**„Grenzüberschreitende Kooperation im Bereich der
Berufsbildung“**

am 17. Oktober 2012

Stellungnahme des

Bundesinstituts für Berufsbildung (BiBB)

zur Anhörung im

Ausschuss für Bildung, Forschung und
Technikfolgenabschätzung
des Deutschen Bundestags zum Thema

„Grenzüberschreitende Kooperation im Bereich der Berufsbildung“

am 17. Oktober 2012 in Berlin

Bundesinstitut für Berufsbildung
Robert-Schuman-Platz 3
53175 Bonn

Fon: 0228 / 107 - 0
Fax: 0228 / 107 - 29 67
zentrale@bibb.de
www.bibb.de

1) Einführung

Die Internationalisierung der Berufsbildung reflektiert den weltweiten Prozess der Verflechtung wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Zusammenhänge und ist unter Berücksichtigung nationaler Strukturen und Kulturen in anderen Ländern mitzugestalten.

Das BIBB stellt sich als Kompetenzzentrum zur Erforschung und Weiterentwicklung der beruflichen Aus- und Weiterbildung mit seinen weltweiten Kooperationsbezügen (siehe Übersicht im Anhang) zusammen mit den bei ihm angesiedelten Organisationen (d.h. der Nationalen Agentur Bildung für Europa, der Initiative iMOVE – Training made in Germany und der Programmstelle JOBSTARTER) erfolgreich den hieraus resultierenden Herausforderungen. Mit Blick auf seine jahrzehntelange Erfahrung und die einschlägigen Kompetenzen auf diesem Feld soll auch die neue „Zentralstelle für internationale Berufsbildungskoooperation“ im BIBB eingerichtet werden, die das BMBF aufgrund der stark angestiegenen internationalen Nachfrage zum deutschen Berufsbildungssystem plant (vgl. BMBF-Pressemitteilung vom 18.09.2012)¹.

Die grenzüberschreitende Kooperation und Mobilitätsförderung in Europa ist in diesem Zusammenhang eine zentrale Aufgabe und wird deshalb im folgenden Kapitel dargestellt. Ein weiteres Handlungsfeld resultiert aus der gewachsenen Attraktivität der dualen Berufsausbildung, die u.a. zu einem Anstieg der Nachfrage nach Bildungs- und Beratungsdienstleistungen führt (vgl. Kap. 3).

Dabei sollen vorrangig folgende Fragen beantwortet werden: Welche Ziele wurden in diesem Bereich bisher erreicht? Welches sind die aktuellen Herausforderungen, wo gibt es Handlungsbedarf? Die zentralen Handlungsfelder für eine zukunftsgerichtete Weiterentwicklung der deutschen Berufsbildung unter der Perspektive zunehmender Internationalisierung stehen im Mittelpunkt des abschließenden Kapitels 4.

Als Referenzrahmen für die inhaltliche Ausgestaltung dienen die „Leitlinien zur Modernisierung der Beruflichen Bildung“ des IKBB (Innovationskreis Berufliche Bildung) vom 16. Juli 2007, die nach wie vor als berufsbildungspolitische Orientierung der Bundesregierung gelten können und an deren Umsetzung sich das BIBB im Rahmen seiner gesetzlichen Aufgaben beteiligt. Von besonderer Bedeutung sind hier die auf internationale Aspekte abzielenden Empfehlungen und Umsetzungsvorschläge zu den Leitlinien 8 (Europäische Öffnung – Mobilität und Anerkennung verbessern) und 9 (Duale Ausbildung im europäischen Vergleich stärken – Potenzial auf dem internationalen Bildungsmarkt sichern).

2) Grenzüberschreitende Kooperation und Mobilitätsförderung in Europa (Voraussetzungen, Ausbaustand & Perspektiven)

Berufsbildungsbezogene Mobilität im europäischen Kontext hat nicht nur eine langjährige Tradition, sondern ist mittlerweile in eine Reihe nachhaltig wirksamer Prozesse eingebettet, die im Ergebnis zu einer neuen Qualität in diesem Bereich führen. Vorrangig zu nennen ist an dieser Stelle die 2008 erfolgte Einführung des Europäischen Qualifikationsrahmens (EQR), der als Übersetzungsinstrument die nationalen Qualifikationen europaweit vergleichbar und verständlich macht. Das Ziel des EQR, die Mobilität von Beschäftigten und Lernenden zwischen den verschiedenen Ländern zu fördern und ihr lebenslanges Lernen zu erleichtern, wurde auch in Deutschland durch die Entwicklung des DQR als nationaler Qualifikationsrahmen unterstützt.

¹Die internationalen Aktivitäten und Beratungsdienstleistungen des BIBB erfolgen weltweit. In dieser Stellungnahme wird jedoch ein besonderer Fokus auf die europäischen Aktivitäten gelegt.

Deutsche Berufsbildungsakteure und das BIBB sind an zahlreichen LEONARDO DA VINCI-Partnerschaften beteiligt. Diese Partnerschaften stehen ganz im Zeichen des gegenseitigen Lernens (peer learning). Sie schaffen über ihre Partnerkonstellationen engere Verbindungen zwischen Berufsbildung und Arbeitsleben und können so Ansätze und Konzepte von work based learning in Europa befördern. Sie sind eine ausgezeichnete Möglichkeit, um europäische Instrumente und Initiativen anzuwenden und zu testen, wie z.B. die Transparenzinstrumente, den EQR, das Europäische Leistungspunktesystem für die berufliche Bildung (ECVET), den Europäischen Bezugsrahmen für die Qualitätssicherung in der beruflichen Aus- und Weiterbildung (EQARF) oder die Förderung von beruflicher Exzellenz und Schlüsselkompetenzen.

Der Austausch von Berufsbildungsakteuren zu konzeptionellen Fragen sowie zu Fragen guter Berufsbildungspraxis intensiviert die Netzwerkarbeit zu den europäischen Schlüsselthemen der beruflichen Bildung wie Benachteiligtenförderung und Inklusion, Erhöhung der Mobilität, die Vermeidung von Ausbildungsabbrüchen, Transparenz und Durchlässigkeit, Qualitätssicherung, non-formales und informelles Lernen, Beschäftigungsfähigkeit und Qualifikationsnachfrage des Arbeitsmarktes sowie Professionalisierung des Berufsbildungspersonals.

Alle genannten Themen stehen auch im Zentrum der LEONARDO-Projekte zur Entwicklung bzw. zum Transfer von Innovationen in der beruflichen Bildung. Dort geht es vor allem darum, bereits existierende innovative Entwicklungen zu nutzen, um auf breiterer Basis bestehende Bedarfe in den Berufsbildungssystemen und deren Praxis zu decken. In länderübergreifender Zusammenarbeit werden Innovationen für einen neuen Kontext aufbereitet und dort in die Systeme und Institutionen transferiert.

Zu nennen ist auch eine Vielzahl abgestimmter und erprobter Elemente und Instrumente für die berufliche Bildung, die im Ergebnis der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit im Programm LEONARDO DA VINCI entstanden ist: Hierzu gehören Qualitätsstandards, Curricula, Qualifikationsprofile, Kompetenzstandards, Materialien und Methoden. Sie alle können dazu beitragen, die Leitlinien des IKBB umzusetzen. Ihr Vorteil ist u.a., dass sie bereits in unterschiedlichen Berufsbildungssystemen und -traditionen erprobt worden sind.

- *grenzüberschreitende Ausbildungskooperation*

Eine besondere Form der Ausbildungskooperation ist die *grenzübergreifende Verbundausbildung*. Sie war bis 2008 eine nationale Priorität in der Aktion „Leonardo da Vinci Mobilität“. Es wurden in vier Jahren 34 grenzüberschreitende Projekte zum Thema Verbundausbildung durch die NA im Programm für Lebenslanges Lernen gefördert. Dabei wurden unter Federführung der HWK Münster in einem Innovationstransferprojekt grundlegende Informationen, Muster und Materialien für die grenzüberschreitende Verbundausbildung im Handwerk erarbeitet (<http://www.adam-europe.eu/adam/project/view.htm?prj=5333>), die als Best Practice gelten können.

Ansätze für grenzüberschreitende Ausbildungskooperationen wurden und werden auch im Rahmen des Ausbildungsstrukturprogramms JOBSTARTER entwickelt. Dabei ging es zunächst darum, Kontakte zu den entsprechenden Einrichtungen der Berufsbildung im Partnerland, wie z.B. Unternehmensverbänden, Kammern, Berufsschulen, regionalen und kommunalen Akteuren sowie Betrieben aufzubauen und damit die organisatorischen und konzeptionellen Grundlagen für die Entwicklung von Kooperationsstrukturen in der Grenzregion zu etablieren. Darauf aufbauend wurden dann unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Bedingungen in der jeweiligen Region die Möglichkeiten einer konkreten Zusammenarbeit identifiziert, wie z.B. die Entwicklung gemeinsamer Ausbildungskonzepte, der Austausch von Prakti-

kanten/-innen und Auszubildenden, die Durchführung von Anforderungsanalysen oder gemeinsamer Ausbildungsabschnitte in ausgewählten Berufen.

So hat z.B. ein JOBSTARTER-Projekt in Brandenburg gemeinsam mit Partnern aus dem Nachbarland den Aufbau eines Deutsch-Polnischen Qualifizierungszentrums für kleine und mittelständische Unternehmen initiiert, um grenzregional abgestimmte, branchenspezifische Ausbildungs- und Qualifizierungsangebote zur Fachkräftesicherung und darauf aufbauend dann Ausbildungsmodelle zur Durchführung grenzüberschreitender Ausbildungsverbünde zu entwickeln (vgl. <http://www.jobstarter.de/de/489.php?D=225&M=76&ZR=114>). Solche durch Projekte initiierten Formen und Ansätze bilden eine gute Basis für langfristige und dauerhafte grenzüberschreitende Bildungsk Kooperationen.

- *Beispiel „grenzregionale Kooperationen zu Polen und Tschechien im Kontext des Programms Regio-Kompetenz-Ausbildung“*

Als Vorläufer von JOBSTARTER ist das BMBF-Ausbildungsstrukturprogramm „Regio-Kompetenz-Ausbildung“ zu nennen, das die grenzregionalen Kooperationen zu Polen und Tschechien bereits in den Jahren 2000 bis 2005 als eigenständiges Arbeitsfeld berücksichtigt hat. Mit seiner Aktionslinie „Chance Grenzregion“ zielte Regio-Kompetenz-Ausbildung darauf ab, erfolgreiche Ansätze der grenzregionalen Bildungsk Kooperation zu identifizieren und Akteure aus Wirtschaft, Bildung und Verwaltung zu fördern. Im Mittelpunkt stand hierbei die Annahme, dass der Ausbau grenzüberschreitender Bildungsk Kooperationen eine grenzüberschreitende Wirtschaftstätigkeit befördert und damit zum Standortfaktor in diesen Regionen wird. Es hat sich hierbei gezeigt, dass es eine Reihe von erfolgreichen und beeindruckenden Projekten gibt, die seitens der zuständigen Stellen, von Bildungseinrichtungen und von anderen Trägern entlang der ostdeutschen Grenzen initiiert und mit Hilfe unterschiedlicher nationaler und europäischer Förderprogramme erfolgreich umgesetzt wurden. Deutlich wurde aber auch, dass ein Transfer und damit die Verstetigung (erfolgreicher) Projekte Zeit sowie weiterer finanzieller Unterstützung (jenseits der Projektförderung) bedürfen.

Um die Erfahrungen des BIBB auch weiterhin in die Gestaltung der deutsch-polnischen Beziehungen einfließen zu lassen, ist das Bundesinstitut seit 2011 in der Unterarbeitsgruppe „Berufsbildung“ des „Deutsch-Polnischen Ausschusses“ vertreten.

- *Mobilität*

Das quantitative Ziel des IKBB, die Verdopplung der Auslandsmobilität in der Erstausbildung, ist im Rahmen der Aktion Leonardo da Vinci Mobilität mit dem Jahr 2012 erreicht worden: 2006 wurden 7.163 Auslandsaufenthalte bewilligt, 2012 sind es 14.304. Derzeit nehmen 4% der Zielgruppe im Rahmen ihrer beruflichen Erstausbildung an Lernaufenthalten im Ausland teil. Dieser Prozentsatz hat sich in den vergangenen Jahren dynamisch entwickelt. Der EU-Benchmark von 6% ist in Deutschland derzeit zwar noch nicht erreicht. Im Hinblick auf die fortschreitende Globalisierung und die internationale Verflechtung Deutschlands sollte für 2020 dennoch ein nationaler Benchmark angestrebt werden, der mit 10% deutlich über dem EU-Benchmark liegt.

Die aktuelle Zahl der Stipendiatinnen und Stipendiaten im Programm LEONARDO DA VINCI, deren Auslandsaufenthalt 6 Wochen und länger ist, liegt gegenwärtig allerdings „nur“ bei ca. 3.000. Auch unter Berücksichtigung bilateraler Programme und der nicht öffentlich geförderter Mobilität ist deshalb davon auszugehen, dass dieses Ziel des IKBB (5.000 längerfristige Aufenthalte p.a. bis zum Jahr 2010) bislang nicht erreicht werden konnte.

- *Anerkennung und Anrechnung von im Ausland erworbenen Qualifikationen*

Eine wichtige Voraussetzung für die weitere Intensivierung der transnationalen Mobilität in der beruflichen Bildung ist die wechselseitige Anerkennung und Anrechnung von im Ausland erworbenen Qualifikationen. Hierzu dienen Instrumente wie das Europäische Leistungspunktesystem für die Berufsbildung (ECVET) oder auch das zum 01.04.2012 in Kraft getretene „Gesetz zur Verbesserung der Feststellung und Anerkennung im Ausland erworbener Berufsqualifikationen“ (Anerkennungsgesetz).

ECVET zielt darauf, durch die Anwendung einheitlicher Prinzipien, Verfahren und Instrumente bei der Beschreibung und Bewertung von Teilqualifikationen das gegenseitige Vertrauen in die erzielten Lernergebnisse in Europa zu stärken. ECVET wird europaweit bis 2013 erprobt. Bislang beteiligen sich in Europa über 100 Mobilitäts- und Innovationstransferprojekte in unterschiedlichen Branchen und Bildungsbereichen an dieser Erprobung. Die NA beim BIBB hat dies durch nationale Prioritäten im Rahmen der jährlichen Ausschreibungen gefördert.

Die Nationale Koordinierungsstelle ECVET (NKS-ECVET, www.ecvet-info.de) in der NA beim BIBB informiert, berät und unterstützt Bildungsakteure seit November 2010 bei der Anwendung von ECVET im Rahmen transnationaler Mobilität. Diese Arbeit wird seit 2012 begleitet durch ECVET-Expertinnen und -Experten, die – finanziert aus EU-Mitteln und koordiniert durch die NA – ECVET deutschlandweit promoten.

Handlungsbedarf besteht bei der Konkretisierung der ECVET-Ansätze und Instrumente (einheitliche Formate, systemüberbrückende Begriffsdefinitionen und verständliche Taxonomien zur Beschreibung von Lernergebniseinheiten vor dem Hintergrund der Zuordnung zu Qualifikationsrahmen etc.). Der Verzahnung nationaler Initiativen (z.B. kompetenzbasierte Ausbildungsordnungen, DECVET, international ausgerichtete Zusatzqualifikationen, Qualifizierung des Bildungspersonals etc.) kommt in den nächsten Jahren zentrale Bedeutung zu.

- *Integration interkultureller Kompetenzen in die Ausbildung*

Eine weitere Voraussetzung für die Intensivierung der transnationalen Mobilität ist die Weiterentwicklung der vorhandenen Ordnungsmittel zu kompetenzbasierten und lernergebnisorientierten Ausbildungsordnungen mit einer stärkeren Fokussierung auf den Erwerb interkultureller Kompetenzen. Hier finden im Rahmen der Entwicklung von neuen und der Modernisierung bestehender Berufe intensive Erörterungen mit den an den Ordnungsverfahren beteiligten Akteuren statt, mit dem Ziel einer systemischen Verankerung von Kompetenzen in den Ausbildungsprofilen.

Mit der angestrebten Umsetzung des DQR und der Zuordnung zum EQR ergeben sich Herausforderungen in der Gestaltung kompetenz- und lernergebnisorientierter Ordnungsmittel. Das BIBB verfügt über langjährige Erfahrungen in diesem Bereich. In einem Projekt wurden 14 bestehende Ordnungsmittel (Ausbildungsrahmenplan und Rahmenlehrplan der Schule) auf der Grundlage eines DQR-nahen Kompetenzmodells kriteriengeleitet und lernergebnisorientiert „restrukturiert“. Dabei ist es gelungen, Ordnungsmittel „aus einem Guss zu gestalten“. In einem weiteren BIBB-Projekt wurden aus zwei bestehenden Ordnungsmitteln (Versicherungskaufmann/-frau; Werkzeugmechaniker/-in) auf der Basis eines ausdifferenzierten Kompetenzmodells, das eine große Übereinstimmung mit dem DQR-Kompetenzmodell aufweist, kompetenz- und lernergebnisorientierte Verordnungsentwürfe entwickelt. Besondere

Herausforderungen in den Projekten bestanden darin, eine eindeutige und präzise Nomenklatur für die Kompetenzbeschreibungen zu entwickeln und einzusetzen.

Im Programm LEONARDO DA VINCI wurden darüber hinaus bereits umfangreiche Vorarbeiten geleistet, um internationale Anforderungen in die Neuordnungsarbeit einbringen zu können. Für die geförderten Projekte ist die Ebene des geregelten Ordnungssystems jedoch nur schwer erreichbar. Curricula, Lerneinheiten und Materialien mit international ausgerichteten Inhalten liegen zwar vor, ihr Einsatz erfolgt in den meisten Fällen jedoch eher punktuell und bleibt auf ausgewählte Einrichtungen beschränkt. Beispiele einer erfolgreichen Verankerung im System sind am ehesten auf Länder- bzw. Kammerebene zu beobachten (teil- oder vollzeitschulische Ausbildungen – individuelle Vereinbarungen mit den zuständigen Behörden; Kammerprüfungen zu Teil- bzw. Zusatzqualifikationen oder im Bereich der Weiterbildung / Duales Studium). Zudem fließen grenzüberschreitend abgestimmte Curricula, z.B. im Bau- und im Logistiksektor, in die Entwicklung von Fortbildungsregelungen ein.

- *Beispiele für erfolgreiche Verankerungen im Curriculum und „freie“ Zusatzqualifikationen*

Derzeit absolvieren in Deutschland etwa 30.000 Personen in beruflicher Erstausbildung pro Jahr einen Auslandsaufenthalt, damit erwerben fast 4% dieses Personenkreises in ihrer Ausbildungszeit internationale Kompetenzen, die über die geregelten Inhalte ihrer Bildungsgänge hinausgehen. Gleichzeitig gibt es aber noch keine bundeseinheitliche Zusatzqualifikation internationaler Berufskompetenz. Die hohe Nachfrage nach Qualifikationen mit einer internationalen Dimension lässt sich auch durch die Zahl von über 700 Angeboten in der Datenbank „Ausbildung Plus“ erkennen. Diese Qualifikationen schließen in der Regel jedoch nur mit einem vom Anbieter ausgegebenen Zertifikat ab, einige wenige sind über regionale Fortbildungsprüfungsordnungen von Kammern geregelt.

Ordnungspolitisch ist dies aus drei Gründen unbefriedigend: Zum einen erhalten die Teilnehmenden Zertifikate, deren Wert auf dem Arbeitsmarkt begrenzt sein dürfte. Des Weiteren vergibt die berufliche Bildung das Potenzial, die aktuelle internationale Ausrichtung für ihre Attraktivität zu nutzen. Insbesondere Personen mit Hochschulreife werden auch deshalb zum Studium tendieren, da internationale Lernaufenthalte hier deutlich stärker verbreitet sind. Auch für die Mobilität selbst ist das Fehlen dieser bundeseinheitlichen Zusatzqualifikationen nachteilig. Die Studie „Verdeckte Mobilität“ hat 2011 ergeben, dass 79% der Unternehmen in der Anerkennung der Lernaufenthalte ein Problem sehen. Eine geordnete Zusatzqualifikation würde den Unternehmen sichtbar und für sie leicht nutzbar darstellen, was der Mehrwert von Lernaufenthalten im Ausland ist. Die Unternehmen müssten nicht jeweils selbst definieren, was die fachlichen, sprachlichen und sozialen Kompetenzen sein sollen, sondern sie könnten die Standards nutzen. Eine Zusatzqualifikation internationaler Berufskompetenz hätte neben den systemischen Aspekten also auch ein hohes Mobilisierungspotenzial für Unternehmen und Schulen.

In vielen LEONARDO-Projekten entstehen grenzüberschreitend abgestimmte Lerninhalte, die als „freie“ Zusatzqualifikationen in der Aus- und Weiterbildung eingesetzt werden. In Einzelfällen gelingt es jedoch, die formale Ebene zu erreichen. So wurde beispielsweise für Handwerksberufe die in NRW eingeführte und als Fortbildungsprüfungsordnung der HWK Münster geregelte Zusatzqualifikation „Europaassistent/-in im Handwerk“ um die Zusatzqualifizierung „internationale Kompetenzen“ erweitert. Prüfung und Zertifizierung erfolgen über die HWK Münster.

Auch im Rahmen des Ausbildungsstrukturprogramms JOBSTARTER haben sich einige Projekte das Ziel gesetzt, europäisch bzw. international ausgerichtete Zusatzqualifikationen zu entwickeln und umzusetzen. Sie ermitteln den entsprechenden Bedarf in einer ausgewählten Branche bzw. einem Berufsfeld und erarbeiten und erproben mit den Partnern und Betrieben passende Konzepte. Die Qualität der entwickelten Zusatzqualifikationen wird anhand einer Checkliste gesichert, die den Projekten Kriterien und Mindestvoraussetzungen vorgibt. Hinsichtlich der Schaffung von Transparenz wurde mit den Projekten ein Raster entwickelt, das bei der Dokumentation und Beschreibung verwendet wird. In Anlehnung an den ECVET-Ansatz werden die JOBSTARTER-Zusatzqualifikationen output-orientiert beschrieben.

- *Begleitung und Beratung bei der Umsetzung der Reform des luxemburgischen Berufsbildungssystems*

Seit 2008 begleitet das BIBB in enger Kooperation mit dem Institut für Wirtschaftspädagogik der Universität Sankt Gallen die Reform der Berufsbildung in Luxemburg. Dabei stehen folgende Schwerpunkte im Mittelpunkt:

- Stärkere Verzahnung von Ausbildung und Arbeitswelt,
- Kompetenzorientierung,
- Modularisierung der Ausbildung.

Die Arbeiten umfassen die konzeptionelle Entwicklung, das Coaching der curricularen Arbeitsgruppen sowie die Vorbereitung des Lehr- und Ausbildungspersonals.

3) Attraktivität des dualen Systems als „Treiber“ für die internationale Nachfrage nach Bildungs- und Beratungsdienstleistungen

In Medien und Politik ist das Interesse an der deutschen Berufsbildung zurzeit groß. Immer mehr werden dabei auch die Alleinstellungsmerkmale der dualen Berufsbildung thematisiert, die sich wie folgt umreißen lassen:

- Die enge Zusammenarbeit von Staat und Wirtschaft
- Das Lernen im Arbeitsprozess
- Die gesellschaftliche Akzeptanz von Standards
- Die Qualifizierung des Berufsbildungspersonals
- Die institutionalisierte Forschung und Beratung

Die Attraktivität des dualen Systems im internationalen Kontext speist sich aber auch aus Aspekten, die u.a. die Finanzierung der beruflichen Ausbildung mit einem überwiegenden Anteil bei der privaten Wirtschaft betreffen: Lt. Bildungsbudget des Statistischen Bundesamts lag der private Anteil 2007 bei 7,8 von 10,8 Mrd. Euro, d.h. bei knapp 73% (vgl. Datenreport 2011, S. 260f.). Weitere Aspekte sind die niedrige Jugendarbeitslosigkeit, die in Deutschland gegenwärtig bei 8% liegt, während der europäische Durchschnitt mit 22,5% deutlich höher ist (Stand: Juli 2012, vgl. Pressemitteilung von Eurostat vom 31.08.2012 unter http://epp.eurostat.ec.europa.eu/cache/ITY_PUBLIC/3-31082012-BP/DE/3-31082012-BP-DE.PDF) sowie die enge Verbindung von Aus- und Weiterbildung, die eine Kombination beruflicher Bildungsgänge bis in den Bereich der tertiären Bildung ermöglicht. Die im Ausland wahrgenommene Attraktivität findet ihren Niederschlag auch in einer steigenden Nachfrage nach Beratungsdienstleistungen, einer Zunahme von Kooperationsanfragen sowie in politischen Initiativen auf EU-Ebene.

Ein Beispiel für den politischen Willen anderer europäischer Länder, junge Menschen künftig stärker arbeitsmarktadäquat bzw. beschäftigungsrelevant zu qualifizieren und daher mit Deutschland in einen engen Dialog und Erfahrungsaustausch zu treten, ist die erst kürzlich intensiviertere deutsch-spanische Zusammenarbeit.

Diesem erkennbar gewachsenen Interesse an der deutschen Berufsbildung und seinen Erfolgsfaktoren ist mit entsprechenden Informations-, Beratungs- und Vernetzungsangeboten zu entsprechen. Sowohl auf internationaler wie auf europäischer Ebene kann die deutsche Berufsbildung ihre Sichtbarkeit und damit die Positionierung des dualen Systems stärken. So arbeitet beispielsweise das BIBB in einschlägigen Arbeitsgruppen der EU-Kommission mit (z.B. Trainers in VET) und beteiligt sich an Peer Learning-Veranstaltungen oder Ausschreibungen und Studien etwa zum Thema „Traineeships“. Mit Blick auf die Bedeutung der institutionalisierten Forschung und Beratung für das deutsche Berufsbildungssystem, soll darüber hinaus die Rolle der nationalen Berufsbildungsforschungsinstitute im EU-Berufsbildungsdialog stärker akzentuiert werden.

Der Anstieg der internationalen Nachfrage resultiert in der Entwicklung passgenauer, bedarfsorientierter Bildungs- und Beratungsangebote, die wiederum mit einem Ausbau nationaler und internationaler Kooperationen und einer verstärkten Zusammenarbeit mit Ländern einhergehen, die ihre Berufsbildung ebenfalls in kooperativen Strukturen organisieren.

4) Ausblick:

Zentrale Handlungsfelder für eine zukunftsgerichtete Weiterentwicklung der deutschen Berufsbildung unter der Perspektive zunehmender Internationalisierung

Mit Blick auf den dargestellten Sachstand im Bereich der Internationalisierung der beruflichen Bildung ergeben sich aus deutscher Sicht folgende Handlungsanforderungen:

- Ausbau der Beteiligung an Mobilitätsaktivitäten in der beruflichen Bildung über die EU-Benchmark (6%) hinaus auf 10% bis 2020
- Verbesserung der wechselseitigen Anerkennung und Anrechnung anderweitig (auch nicht formal sowie informell) erworbener Kompetenzen
- Konsequente Umstellung auf kompetenzbasierte Ordnungsmittel
- Etablierung von Zusatzqualifikationen mit internationaler Ausrichtung / Integration interkultureller Kompetenzen in Aus- und Weiterbildung
- Verbesserung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit des deutschen Berufsbildungssystems durch weitere Erhöhung der Durchlässigkeit
- Förderung der internationalen Zusammenarbeit in der Berufsbildung:
 - a. Verstärkung des wechselseitigen Lernens durch „Peer Learning Activities“
 - b. Fachliche Zusammenarbeit mit gleichgesinnten Ländern („like-minded countries“)
 - c. Bilaterale und multilaterale Vernetzung ausbauen, hierzu erforderlich: möglichst kohärentes Auftreten der (verschiedenen) deutschen Akteure

ANHANG

- Anlage 1: Übersicht über die Zuständigkeiten des BIBB und der bei ihm angesiedelten Organisationen (Nationale Agentur, iMOVE und JOBSTARTER) im internationalen Kontext
- Anlage 2: Daten der Nationalen Agentur - Bildung für Europa zum Ausbaustand der Mobilitätsaktivitäten und grenzüberschreitender Kooperation
- Anlage 3: Informationen der Programmstelle JOBSTARTER zu Projekten mit grenzüberschreitender Kooperation
- Anlage 4: Übersicht zu den internationalen Forschungs- und Beratungsprojekten sowie zu den mit dem Bundesinstitut für Berufsbildung kooperierenden Ländern und Instituten

Anhang

zur Stellungnahme des
Bundesinstituts für Berufsbildung (BiBB)

anlässlich der Anhörung im

Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung
des Deutschen Bundestags zum Thema

„Grenzüberschreitende Kooperation
im Bereich der Berufsbildung“

am 17. Oktober 2012 in Berlin

Inhalt:

Anlage 1: Übersicht über die Zuständigkeiten des BiBB und der bei ihm angesiedelten Organisationen (Nationale Agentur, iMove und JOBSTARTER) im internationalen Kontext.....	1
Anlage 2: Daten der Nationalen Agentur – Bildung für Europa zum Ausbaustand der Mobilitätsaktivitäten und grenzüberschreitender Kooperation	2
Anlage 3: Informationen der Programmstelle JOBSTARTER zu Projekten mit grenzüberschreitender Kooperation.....	4
Anlage 4: Übersicht zu den internationalen Forschungs- und Beratungsprojekten sowie zu den mit dem Bundesinstitut für Berufsbildung kooperierenden Ländern und Instituten	8

Anlage 1: Übersicht über die Zuständigkeiten des BIBB und der bei ihm angesiedelten Organisationen (Nationale Agentur, iMove und JOBSTARTER) im internationalen Kontext

(Weitere Informationen hierzu finden sich in den Internetangeboten der genannten Organisationen)

Das **BIBB** mit seinen *Arbeitsbereichen* (zu den internationalen Aktivitäten des BIBB vgl. <http://www.bibb.de/de/26172.htm>):

- *1.1 Grundsatzfragen der Internationalisierung/ Monitoring von Berufsbildungssystemen* beauftragt u.a. mit der Nationalen Koordination des europäischen Netzwerks zur Berufsbildung (ReferNet, vgl. <http://www.refernet.de/html/de/6.php>) und
- *1.2 Internationale Kooperation und Beratung* mit dem edvance-Sekretariat (Initiative der Bundesregierung unter Federführung des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) und des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), vgl. <http://www.edvance.info/de/33.php>) in der
- *Abteilung 1 Internationalisierung der Berufsbildung/Wissensmanagement*
- sowie mit der Deutschen Referenzstelle für Qualitätssicherung in der beruflichen Bildung DEQAVET (vgl. <http://www.deqa-vet.de/de/442.php>) im Arbeitsbereich 3.3

Die Nationale Agentur Bildung für Europa (vgl. <http://www.na-bibb.de/>) mit:

- dem Nationalen Europass Center (vgl. <http://www.europass-info.de/index.php?id=40>),
- und der ECVET-Koordinierungsstelle (vgl. <http://www.ecvet-info.de/de/250.php>),

iMOVE (International Marketing of Vocational Education, vgl. http://www.imove-germany.de/cps/rde/xchg/imove_projekt_de/hs.xsl/ueber_imove.htm): eine Initiative vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) zur Internationalisierung deutscher Aus- und Weiterbildungsdienstleistungen.

Die Programmstelle **JOBSTARTER** (vgl. www.jobstarter.de) mit ihren Projekten zur europäischen Ausbildungskooperation (vgl. http://www.jobstarter.de/_dpsearch/highlight/searchresult.php?URL=http%3A%2F%2Fwww.jobstarter.de%2Fde%2F1967.php&QUERY=grenz%FCberschreitend)



Umsetzung des Programms Leonardo da Vinci in Deutschland

Die beigefügte Übersicht beinhaltet Informationen zur Umsetzung des Programms Leonardo da Vinci in Deutschland bis zum Jahr 2012. Die Daten beziehen sich auf die dezentral verwalteten Aktionen. Im Folgenden werden kurz die verwandten Begrifflichkeiten erläutert:

1. Erläuterung der Tabellen

Mobilitätsprojekte:

Mobilitätsprojekte zwischen Einrichtungen der beruflichen Bildung für Jugendliche in der Erstausbildung, Arbeitnehmer und Bildungspersonal. Die Dauer der Auslandsaufenthalt liegt zwischen 2 Wochen und 9 Monaten. Die Nationalen Agenturen fördern jeweils die Teilnehmer aus ihrem Land (Entsendelandprinzip),

Partnerschaften:

Kleinere Projekte der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit zu Themen gegenseitigen Interesses. Der Schwerpunkt liegt auf der Zusammenarbeit von Berufsbildung und Wirtschaft. Die Nationalen Agenturen fördern jeweils die beteiligten Institutionen aus ihrem Land.

Innovationstransferprojekte:

Größere europäische Projekte zum Transfer von Innovationen. Die Nationalen Agenturen fördern jeweils ein europäisches Konsortium. Das Fördervolumen beläuft sich auf 75% der Gesamtkosten, max. 300.000,- €

Auswahlverfahren

Die Auswahl erfolgt überwiegend im Rahmen eines Peer Review Verfahrens durch externe Gutachter, die von den NAs ausgewählt und geschult werden. Die Möglichkeiten der Nationalen Agentur und der Nationalen Behörden, sich über das Votum der Gutachter hinwegzusetzen sind sehr begrenzt.



Mobilitätsprojekte

Zahl der geförderten Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus Deutschland

Aufruf	2007	2008	2009	2010	2011	2012
Erstausbildung	8.014	8.872	8.473	11.540	11.392	14.060
Arbeitnehmer	3.086	1.740	1.596	1.973	1.905	2.166
Bildungspersonal	1.473	1.093	1.156	1.526	1.520	1.601
Gesamt	12.573	11.705	15.773	13.094	14.817	17.827

Partnerschaften

Aufruf	2008	2009	2010	2011	2012
Partner aus Deutschland	85	94	120	129	121
Fördervolumen in €	1.445.000	1.674.640	2.172.000	2.266.000	2.211.000

Innovationstransferprojekte

Aufruf	2007	2008	2009	2010	2011	2012
Anzahl geförderte Projekte	30	28	28	30	31	34
Fördervolumen	8.180.719	7.775.602	7.891.443	8.697.083	9.028.257	9.357.867
Anzahl beteiligte Institutionen	210	212	199	206	272	172

Vorbereitende Maßnahmen

Aufruf	2008	2009	2010	2011	2012
Anzahl geförderte Projekte	130	113	178	80	13

Weitere Informationen über die geförderten Projekte:

- Statistics for all
- Projektdatenbank [ADAM](#)

Grenzüberschreitende Ausbildungskooperationen in JOBSTARTER

- Über alle fünf Förderrunden (FR) von JOBSTARTER haben insgesamt **30** Projekte „europäische Ausbildungskooperationen“ als Themenschwerpunkt behandelt, oder dieses Themenfeld zusammen mit anderen Schwerpunkten bearbeitet

1. FR	2. FR	3. FR	4. FR	5. FR
4	7	10	4	5

- Wichtig! Abgrenzung zu LEONARDO Mobilität → JOBSTARTER fördert keine Mobilitätsprojekte, sondern Aufbau von Verbundstrukturen und Ausbildungskooperationen
Synergie mit LEONARDO jedoch erwünscht, d.h. Zuwendungsempfänger bei JOBSTARTER können LEONARDO-Mittel beantragen
- Qualitative Veränderung ab Förderrunde 4, durch veränderte Förderstrategie: Gefördert wurden in diesem Themenfeld nur noch Anträge, die „europäische Ausbildungskooperationen“ oder „transnationale Ausbildungskooperation“ (z.B. DE/GB) als Schwerpunktthema behandeln, zudem mussten die Antragsteller den Nachweis erbringen, dass sie in dem Handlungsfeld bereits tätig sind und Kontakte vorweisen können
- Umsetzung des Themenschwerpunkts vorrangig in Form von Auslandspraktika mit einem Umfang von 2 bis 6 Wochen. Diese Form stellt die einfachste Form von grenzregionaler Ausbildungskooperation dar. Komplexe Varianten, wie mehrmonatige Auslandsaufenthalte oder grenzüberschreitende Verbundausbildungen, bildeten eher die die Ausnahmen.
- Good Practice – ausgewählte Projekte:

21JO03095	
Ausbildungsbüro der Unternehmervereinigung Uckermark	
Projektregion	Schwedt/Oder, Landkreis Uckermark, Euroregion Pomerania
Partnerländer/-land	Polen
Branchenschwerpunkt	branchenübergreifend
ZE	Uckermärkischer Bildungsverbund gGmbH
Besonderheit	Kontakte mit der Wirtschaftsförderung der Stadt Schwedt und Koszalin Ziel: verbesserte Zusammenarbeit der KMU – Hauptinteresse Märkte und Produktionsstätten
Laufzeit	01.01.2008 - 30.06.2011
21JO051BC	
TraBbi – Transnationale Berufsausbildung im deutsch-niederländischen Grenzgebiet	
Projektregion	Emden, Leer, Oldenburg, Wilhelmshaven
Partnerländer/-land	Niederlande
Branchenschwerpunkt	Einzelhandel
ZE	<ul style="list-style-type: none"> J. Bünting Beteiligungs AG Otto-von-Guericke Universität Magdeburg
Besonderheit	Entwicklung und Erprobung von binationalen

	zusätzlichen Qualifikationen im Einzelhandel
Laufzeit	01.04.2010 - 31.03.2013
21JO05180	
Ready for europe	
Projektregion	Weser-Ems-Region
Partnerländer/-land	Niederlande, Großbritannien
Branchenschwerpunkt	Erneuerbare Energien und flankierende Branchen
ZE	BNW gGmbH
Besonderheit	Entwicklung und Erprobung von binationalen zusätzlichen Qualifikationen im Bereich Energieeffizienz und Nachhaltiges Wirtschaften
Laufzeit	01.04.2010 - 31.03.2013
21JO05105	
MOVIDA – Europäische Ausbildungs Kooperation in Südniedersachsen	
Projektregion	Südniedersachsen
Partnerländer/-land	Spanien, Großbritannien
Branchenschwerpunkt	Logistik und Transport
ZE	VHS Göttingen
Besonderheit	
Laufzeit	01.04.2010-31.03.2013
21JO05037	
Ausbildungsbausteine International - Abi	
Projektregion	Mittelfranken
Partnerländer/-land	Türkei
Branchenschwerpunkt	Alle Branchen mit internationalen Geschäftsfeldern
ZE	Ausbildungsring Ausländischer Unternehmer e.V. - AAU
Besonderheit	Städtepartnerschaft mit zwei Städten in der Türkei für Austausch von Azubis Zusatzqualifikation Wirtschaftsfachkraft Türkei bzw./ Russland
Laufzeit	01.04.2010 - 31.03.2013

- Erfolgsfaktoren
 - klare Fokussierung auf eine Branche
 - starkes Eigeninteresse der Unternehmen
 - gute Vernetzung der projektdurchführenden Stelle
 - lange Laufzeiten bzw. aufeinander aufbauende Strukturen
 - Durchführung von Bedarfs- und Potenzialanalysen vor oder zu Projektbeginn
 - frühzeitige Einbindung von Unternehmensverbänden, Berufsschulen, regionalen und kommunalen Akteuren

Stand: 27.08.2012



JOBSTARTER wird gefördert aus Mitteln des Bundesministeriums für Bildung und Forschung und dem Europäischen Sozialfonds der Europäischen Union.

Grenzüberschreitende Zusatzqualifikationen in JOBSTARTER

Technologische Erneuerungen und internationale Verflechtungen der Unternehmen erfordern in zunehmendem Maße auch Kenntnisse und Fähigkeiten, die über die festgelegten Ausbildungsinhalte hinaus gehen. Zusatzqualifikationen, die während der dualen Berufsausbildung erworben werden, bilden ein geeignetes Instrument für die berufliche Höherqualifizierung und ermöglichen den Betrieben, flexibel auf veränderte Qualifikationsanforderungen reagieren zu können. Zugleich erhöhen sie die Attraktivität der dualen Berufsausbildung.

Im Rahmen des Ausbildungsstrukturprogramms JOBSTARTER haben sich einige Projekte das Ziel gesetzt, europäisch bzw. international ausgerichtete Zusatzqualifikationen zu entwickeln und umzusetzen. Sie ermitteln den entsprechenden Bedarf in einer ausgewählten Branche bzw. einem Berufsfeld und erarbeiten und erproben mit den Partnern und Betrieben passende Konzepte.

Die Qualität der entwickelten Zusatzqualifikationen wird anhand einer Checkliste gesichert, die den Projekten Kriterien und Mindestvoraussetzungen vorgibt. Hinsichtlich der Schaffung von Transparenz wurde mit den Projekten ein Raster entwickelt, das bei der Dokumentation und Beschreibung verwendet wird. In Anlehnung an den ECVET-Ansatz werden die JOBSTARTER-Zusatzqualifikationen output-orientiert beschrieben.

Good Practice – ausgewählte Projekte:

21JO051BC	
TraBbi – Transnationale Berufsausbildung im deutsch-niederländischen Grenzgebiet	
Projektregion	Emden, Leer, Oldenburg, Wilhelmshaven
Partnerländer/-land	Niederlande
Branchenschwerpunkt	Einzelhandel
Zuwendungsempfänger	J. Bünting Beteiligungs AG, Otto-von-Guericke Universität Magdeburg
Besonderheit	Das Projekt entwickelt und erprobt eine binationale Zusatzqualifikation, die aus folgenden Lernergebniseinheiten besteht: -Verkaufsgespräche, -Warenpräsentation, -Warenwirtschaft, -Servicebereich Kasse und -Interkulturelle Kompetenz.
Laufzeit	01.04.2010 - 31.03.2013

21JO05180	
Ready for europe	
Projektregion	Weser-Ems-Region
Partnerländer/-land	Niederlande, Großbritannien
Branchenschwerpunkt	Erneuerbare Energien und flankierende Branchen
Zuwendungsempfänger	Bildungswerk der Niedersächsischen Wirtschaft gGmbH
Besonderheit	Es werden zwei binationale Zusatzqualifikationen entwickelt und erprobt: -Energieeffizienz -Prozessmanagement im Bereich Biogas
Laufzeit	01.04.2010 - 31.03.2013
21JO05037	
Ausbildungsbausteine International - Abi	
Projektregion	Mittelfranken
Partnerländer/-land	Türkei
Branchenschwerpunkt	Alle Branchen mit internationalen Geschäftsfeldern
Zuwendungsempfänger	Ausbildungsring Ausländischer Unternehmer e.V. - AAU
Besonderheit	Entwicklung und Erprobung einer Zusatzqualifikation: Wirtschaftskenner/-in Türkei bzw. Russland
Laufzeit	01.04.2010 - 31.03.2013

Stand: 27.08.2012



JOBSTARTER wird gefördert aus Mitteln des Bundesministeriums für Bildung und Forschung und dem Europäischen Sozialfonds der Europäischen Union.

Anlage 4: Übersicht zu den internationalen Forschungs- und Beratungsprojekten sowie den mit dem Bundesinstitut für Berufsbildung kooperierenden Länder und Institute

1. Internationale Forschungsprojekte des BIBB:

- [Credit-Systeme als Instrumente zur Förderung des lebensbegleitenden Lernens](#)
zuständig: Dr. Christiane Eberhardt (Arbeitsbereich 1.1)
- [Rekrutierung auf der mittleren Qualifikationsebene - Fallstudien aus Deutschland, England und der Schweiz](#)
zuständig: Ute Hippach-Schneider (Arbeitsbereich 1.1)
- [Projekt "EQF Referencing Process \(EQF-Ref\) - Examples and Proposals" im Rahmen des EU-Programms für lebenslanges Lernen](#)
zuständig: Isabelle Le Mouillour (Arbeitsbereich 1.1)
- [CREDCHEM - Credit-Transfer-System Chemiesektor](#)
zuständig: Dr. Christiane Eberhardt
- [Muster betrieblicher Rekrutierungs- und Einarbeitungsprozesse in ausgewählten Ländern Europas](#)
zuständig: Dr. Philipp Christian Grollmann (Arbeitsbereich 1.1)
- [Betriebliche Rekrutierung und Karriereentwicklung von Berufsanfängern als Indikator für die Leistungsfähigkeit von Bildungssystemen](#)
zuständig: Dr. Philipp Christian Grollmann
- [Geschäftsführende Herausgabe des Internationalen Handbuchs der Berufsbildung \(IHBB\)](#)
zuständig: Dr. Philipp Christian Grollmann
- [EASYMetal - Europäisches Anrechnungssystem für Teilqualifikationen in den Metallberufen an der Schnittstelle Berufsvorbereitung - Ausbildung](#)
zuständig: Dr. Christiane Eberhardt
- [Projekt "AEROVET" im Rahmen des EU-Programms für Lebenslanges Lernen](#)
zuständig: Dr. Christiane Eberhardt
- [ReferNet - Europäisches Netzwerk für Fachinformation und Expertise](#)
zuständig: Ute Hippach-Schneider
- [ENIQAB - Europäisierung der nationalen Modellinitiative zur Qualitätsentwicklung und -sicherung in der betrieblichen Berufsbildung](#)
zuständig: Barbara Hemkes (Arbeitsbereich 3.3)

2. Internationale Beratungsprojekte des BIBB:

Luxemburg

Im Frühjahr 2008 hat das luxemburgische Bildungsministerium das BIBB um Unterstützung und Beratung bei der Reform der beruflichen Bildung gebeten und zwar insbesondere bei der Entwicklung kompetenzbasierter Ordnungsmittel und der Qualifizierung des Bildungspersonals. In dem Projekt werden die Ordnungsgrundlagen für diese Ausbildungsgänge (d. h. Ausbildungsprofile, Rahmenlehrpläne, Lehrpläne und Bewertungskriterien) grundlegend überarbeitet bzw. neu entwickelt.

zuständig: Irmgard Frank (Leiterin der Abteilung 4)

Ägypten

Das BIBB berät seit 2007 den Industrial Training Council (ITC), eine Einrichtung für berufliche Weiterbildung in Ägypten, welche dem Ministerium für Handel und Industrie (MTI) untersteht. Ziel der Beratungsaktivitäten ist es, das ITC in der Erfüllung ihrer Aufgaben als Kompetenzzentrum in der Berufsbildung zu professionalisieren.

zuständig: Jan Ebben (Arbeitsbereich 1.2)

Palästinensische Gebiete

Das BIBB unterstützt seit 2011 im Auftrag von GIZ bzw. BMZ die palästinensische Regierung beim Aufbau des Berufsbildungssystems. Die konkreten Beratungsaktivitäten orientieren sich an der nationalen Berufsbildungsstrategie und haben die Entwicklung eines Nationalen Qualifikationsrahmens (NQF), die Entwicklung einer palästinensischen Berufsklassifikation entlang der AOC (Arab Occupational Classification) und die Erstellung eines Finanzierungsmodells berufliche Bildung zum Ziel.

zuständig: Ilona Medrikat (Arbeitsbereich 1.2)

3. Aktive Teilnahme an bilateralen AGs (BMBF und Bildungsministerium im Partnerland)

- China
- Indien
- Russland
- Türkei

4. Kooperationsabkommen des BIBB

Land	Institution	Adresse	Telefon / Fax	Homepage	Email	Abgeschlossen am
Australien	Ministerium für Arbeit, Bildung, Berufsbildung und Jugendangelegenheiten /The National Centre for Vocational Education Research (NCVER)	Level 11 33 King William Street Adelaide South Australia Box 8288 Station Arcade SA 5000 Australia	Tel: +61 (0) 882 308 400 Fax: +61 (0) 882 123 436	http://www.ncver.edu.au/	ncver@ncver.edu.au	26.07.2000
Brasilien	Servico Nacional de Aprendizagem Industrial (SENAI)	SBN - Quadra 01 - Bloco C - Ed. Roberto Simonsen - 5º andar Brasília - DF - CEP:70040-903	Tel: +55 (0) 613 317 9000 / 9010	http://www.senai.br/br/home/index.aspx	dg@dn.senai.br	01.07.1998
Bulgarien	Nationale Agentur für berufliche Bildung und Weiterbildung National Agency for Vocational Education and Training (NAVET)	125 Tzarigradsko schosse Blvd, block 5, fl. 5, 1113 Sofia Bulgaria	Tel: +359-2-970-6657 +359-88-819-9173	http://www.navet.gov.bg/en	adelina.lubomirova@navet.gov.bg	03.09.2007
CEDEFOP	Europäisches Zentrum für die Förderung der Berufsausbildung/European Centre for the Development of Vocational Training (CEDEFOP)	PO Box 22427GR-551 02 Thessaloniki Griechenland	Tel: +30 (0) 231 049 0111 Fax: +30 (0) 231 049 0049	http://www.cedefop.europa.eu/EN/	WebTeam@cedefop.europa.eu	18.12.1998/ 23.12.1999

Land	Institution	Adresse	Telefon / Fax	Homepage	Email	Abgeschlossen am
China	Central Institute for Vocational Training and Education „CIVTE“	16th floor of Fusheng Building, NO. 4 Huixindongjie, Chaoyang District, Beijing, China, 100029	+ 86 10 58556720, - 58556721 Fax: + 86 10 58556720	www.civte.edu.cn	yufengliu_0408@126.com zhengjian309@163.com	12.05.2011
Chile	Ministerio de Educación Nacional „MINEDUC“ (=Chilenisches Bildungsministerium)	Av. Libertador Bernardo O'higgins 1371 Santiago de Chile	+56 2 4066000	www.mineduc.cl	alejandro.weinstein@mineduc.cl	13.04.2011
Frankreich	Centre d'Etudes et de Recherches sur les Qualifications (CEREQ)	10 Place de la Joliette 13567 Marseille Frankreich	Tel: + 33 (0) 049 113 2828	http://www.cereq.fr	stoesz@cereq.fr	21.03.2006
Indien	Federation of Indian Chambers of Commerce and Industry (FICCI)	Tansen Marg New Delhi 110001 Indien	Tel: +91 (0) 112 373 876 070 Fax: +91 (0) 112 332 0714 / 237 215 04	http://www.ficci.com/	ficci@ficci.com	08.10.2010
Iran	Technische und berufl. Ausbildungsorg. der islamischen Republik Iran (TVTO)	Corner of the Khosh Street, Azadi Street, Tehran Iran POB: 13445/818	Tel: +98 (0) 216 694 1250 Fax: +98 (0) 216 643 2866	http://irantvto.ir/ind ex.aspx ?siteid=92&pageid=2 530	english@irantvto.com	31.03.2007

Land	Institution	Adresse	Telefon / Fax	Homepage	Email	Abgeschlossen am
Italien	Instituto per lo Sviluppo della Formazione Professionale dei Lavoratori (ISFOL)	via G.B. Morgagni, 3300161 Roma Italien	Tel: +39 (0) 064 459 01 Fax: +39 (0) 064 429 1871	http://www.isfol.it/	urp@isfol.it c.conti@isfol.it	24.05.1990
Korea	Korean Research Institute for Vocational Education and Training (KRIVET)	Samseong-ro seo22gil, Gangnam-gu, Seoul Korea 135-949	Telefon:+82-2-3485-5212 Fax: +82-2-3485-5048	http://eng.krivet.re.kr/eu/index.jsp	jchan@krivet.re.kr	05.10.2000/ 27.05.2010
Kolumbien	Servicio Nacional de Aprendizaje „SENA“ (Nationaler Dienst für Berufsbildung)	Calle 57 No. 8- 69 Bogota	+ 57 - 1 5461500	www.sena.edu.co	luis.hoyos@sena.edu.co	17.11.2011
Lettland	Lettisches Berufsbildungszentrum am Ministerium für Bildung und Wissenschaft/Profession als izglitibas centrs (PIC)	Purva iela 12, Valmiera, LV-4201 Lettland	Tel: +371 (0) 642 817 88 Fax: +371 (0) 642 817 56	http://www.pic.lv/ko-ntakti.html	vpic@pic.lv	21.03.2006
Mexiko	Nationale Schule für Technische Berufsausbildung Colegio Nacional de Educación Profesional Técnica (CONALEP)	Calle 16 de Septiembre, Número Oficial 147 Norte, Colonia Lázaro Cárdenas, Municipio de Metepec, Estado de México, C.P. 52148	+ 52 7 222710800 Exts. -2101, -2124	www.conalep.edu.mx	dgeneral@conalep.edu.mx portal@conalep.edu.mx	11.03.2009

Land	Institution	Adresse	Telefon / Fax	Homepage	Email	Abgeschlossen am
Niederlande	Centrum voor Innovatie van Opleidingen (CINOP, früher PCBB)	Pettelaarpark 15200 BP s'Hertogenbosch Niederlande	Tel: +31 (0) 306 386 016Fax: +31 (0) 736 123 425	http://cinop.brengtlerentotieven.nl/smartsite.dws?id=73	info@cinop.nl	15.02.2007
Österreich	Institut für Bildungsforschung der Wirtschaft (ibw)	Rainergasse 381050 Wien Österreich	Tel: +43 (0) 154 516 710Fax: +43 (0) 154 516 7122	www.ibw.at	info@ibw.at	07.01.2008
Österreich	Österreichisches Institut für Berufsbildungsforschung (öibf)	Margaretenstr. 166/2. StockA- 1050 Wien Österreich	Tel: +43 (0) 131 033 34Fax: +43 (0) 131 977 72	http://www.oelibf.at/	oeibf@oeibf.at	19.11.2008
Rumänien	National Centre for Vocational Education and Training Development (NCTVETD)	Tel: +21 (0) 311 1162 +21 (0) 312 1161Fax: +21 (0) 312 5498	Tel: +21 (0) 311 1162 +21 (0) 312 1161Fax: +21 (0) 312 5498	http://www.tvet.ro	vvet@tvvet.ro	15.03.2007
Russische Föderation	Föderales Institut für die Entwicklung der Bildung (FIRO)					23.05.2011

Land	Institution	Adresse	Telefon / Fax	Homepage	Email	Abgeschlossen am
Schweiz	Eidgenössisches Hochschulinstitut für Bildung (EHB)	Regionalinstitut Zollikofen und Direktion Kirchlindachstrasse 79CH-3052 Zollikofen Regionalinstitut Lugano Via Besso 84/86 6900 Lugano Regionalinstitut Lausanne Avenue de Provence 82Case Postale 1921000 Lausanne 16	Regionalinstitut Zollikofen und Direktion Tel: +41 (0) 319 103 700Fax: +41 (0) 319 103 701 Regionalinstitut Lugano Tel: +41 (0) 919 607 777Fax: +41 (0) 919 607 766 Regionalinstitut Lausanne Tel: +41 (0) 216 218 200Fax: +41 (0) 216 260 930	http://www.ehb-schweiz.ch/de/aktuell/Seite/n/kontakt.aspx	http://www.ehb-schweiz.ch/de/aktuell/Seite/n/kontakt.aspx	01.06.2007
Singapur	Institute for Adult Learning (IAL)	1 Kay Siang Road Tower Block Level 6Singapore 248922	Tel: +65 (0) 657 903 00Fax: +65 (0) 657 903 50	http://www.ial.edu.sg/	info@ial.edu.sg	25.05.2009
Slowakische Republik	Staatliches Institut für Berufsbildung der Slowakischen Republik (SIOV)/Statny Institut Odborneho Vzdelavania	Bellova 54/a, 83101 Bratislava	Tel: +421 2 547 76 774 Fax: +421 2 547 76774	www.siov.sk		07.09.1995

Anlage 4: Übersicht zu Projekten und Kooperationen

Land	Institution	Adresse	Telefon / Fax	Homepage	Email	Abgeschlossen am
Slowenien	Zentrum der Republik Slowenien für Berufsbildung (CP)					20.09.2001
Thailand	Office of the Vocational Education Commission (OVEC), Ministry of Education (MoE)	Rajadamnoen-nok Avenue Bangkok 10300Thailand	Tel: +66 (2) 280 5555	http://www.vec.go.th/	chanyeam1@hotmail.com chaipreuk@yahoo.com	14.02.2003 2009 2012??
Tschechische Republik	Nationales Institut für Berufsbildungsforschung/Národní ústav odborného vzdělávání (NUOV, früher VUOS)	Weilova 1271/6102 00 Prague 10 Tschechische Republik	Tel: +420 (0) 274 022 111 Fax: +420 (0) 274 863 380	http://www.nuov.cz/	podatelna@nuov.cz sekretariat@nuov.cz	18.09.2000
Türkei	Forschungszentrum für technische und berufliche Bildung/Ministry of National Education Vocational and Technical Education Research and Development Centre (EARGED, früher METARGEM)	G.M.K Bul. No.: 10906570- Maltepe/Ankara Türkei	0 (312) 230 36 44 0 (312) 230 39 26 Fax: 0 (312) 231 62 05	http://earged.meb.gov.tr/	earged@meb.gov.tr	06.05.2003
UNESCO/UNEVOC	International Centre for Technical and Vocational Education and Training (UNESCO/UNEVOC)	Hermann-Ehlers-Str. 10 53113 Bonn Deutschland	Tel: +49 (0) 228 815 0100 Fax: +49 (0) 228 815 0199	http://www.unevoc.unesco.org/snippet.php	info@unevoc.unesco.org	30.04.1999

Land	Institution	Adresse	Telefon / Fax	Homepage	Email	Abgeschlossen am
Ungarn	Nationalinstitut für Berufsbildung Nemzeti Szakképzési és Felnőttképzési Intézet (NSZFI)	52. Baross utca, 1085 Budapest Ungarn	Tel: +36 (0) 147 756 00Fax: +36 (0) 121 010 63	http://www.nive.hu/	info@nszi.hu	25.04.2007
USA	Amerikanische Vereinigung der Community Colleges American Association of Community Colleges (AACC)	One Dupont Circle, NW Suite 410 Washington, DC 20036 USA	Tel: (202) 728-0200 ext. 226 Fax: (202) 296-4715	http://www.aacc.nc-he.edu/	jmckenney@aacc.nche.edu	12.06.2003
Vietnam	National Institute of Vocational Training (NIVT)	100 Tue Tinh Str., Hai Ba Trung Dist., Hanoi, Viet Nam	Tel: +84 4 (0) 974 0357Fax: +84 4 (0) 974 0357		tienmactien@yahoo.com quangviethung@yahoo.com;	23.01.2007
Vietnam	General Department of Vocational Training (GDVT)	37B Nguyen Binh Khiem street, Hanoi		http://tcdn.gov.vn/	gdvt@fpt.vn	23.01.2007
Vietnam	Ministry of Labour, Invalids and Social Affairs (MOLISA)	12 Ngo Quyen, Hoan Kiem, Hanoi Vietnam	Tel: +84 (0) 438 248 193Fax: +84 (0) 438 241 005	http://english.molisa.gov.vn/	lasic@molisa.gov.vn	23.01.2007
Vietnam	Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ)	2nd Floor, No. 1, 17 Alley, Ta Quang Buu Street Hanoi, Viet Nam	Tel: +84 4 397 46 571 - Ext. 110 +84 4 397 46 571 - Ext. 110	www.giz.de/vietnam www.tvet-vietnam.org	horst.sommer@giz.de beate.dippmar@giz.de	23.01.2007
Weißrussland	Republikanisches Institut für Berufsbildung (RIPO)	Karla Libknekhtha 32220004 Minsk Weißrussland	Tel: +375 (0) 172 007 446Fax: +375 (0) 172 007 446	http://www.ripo.unibel.by/	master@ripo.unibel.by	03.12.1993

Deutscher Gewerkschaftsbund
Bundesarbeitsrat

Stellungnahme

Öffentliches Fachgespräch

zum Thema

„Grenzüberschreitende Kooperation im Bereich der
Berufsbildung“

am 17. Oktober 2012

**Deutscher
Gewerkschaftsbund**

Bundesvorstand

Abteilung
Bildungspolitik und
Bildungsarbeit

09.10.2012

DGB Stellungnahme

**Deutscher Bundestag
Ausschuss für Bildung, Forschung und
Technikfolgenabschätzung**

Fachgespräch am 17. Oktober 2012:

Grenzüberschreitende Kooperation im Bereich der Berufsbildung



Herausgeber:
DGB-Bundesvorstand
Abteilung
Bildungspolitik und
Bildungsarbeit

Verantwortlich:
Ingrid Sehrbrock

Henriette-Herz-Platz 2
10178 Berlin
Postanschrift:
Postfach 11 03 72
10833 Berlin

Telefon 030-240 60-647
Telefax 030-240 60-410
e-mail:
hermann.nehls@dgb.de

BT Fachgespräch am 17. Oktober 2012: Grenzüberschreitende Kooperation im Bereich der Berufsbildung

Hier: Stellungnahme DGB Bundesvorstand

Der Berufsbildungsbericht 2012 weist zu Recht darauf hin, dass der Bedarf nach gut ausgebildeten Fachkräften und damit nach beruflicher Aus- und Weiterbildung weltweit wächst. Eine gute Berufsbildung ist eine entscheidende Voraussetzung für persönliche Entwicklungsmöglichkeiten auf dem Arbeitsmarkt und für die wirtschaftliche Entwicklung eines Landes. Beim Vergleich der verschiedenen Berufsbildungssysteme zeigt sich, dass das System der dualen Berufsausbildung in Deutschland erhebliche Vorteile im Vergleich zu anderen Berufsausbildungssystemen hat.

Einen wesentlichen Faktor für die im internationalen Vergleich geringe Jugendarbeitslosigkeit sehen Expertinnen und Experten in dem System der dualen Berufsausbildung. Sie ist attraktiv und breit anerkannt. Die betrieblich geprägte Berufsbildung im dualen System vermittelt qualitativ hochwertige berufliche Qualifikationen, schafft hohe Übergangsquoten in den Arbeitsmarkt und mindert die Jugendarbeitslosigkeit. Sie integriert junge Menschen erfolgreich in die Arbeitswelt wie kaum in einem anderen Land in Europa. Der erfolgreiche Abschluss befähigt zu einer Berufsausübung als qualifizierte Fachkraft in einem von derzeit rund 345 Ausbildungsberufen.

Das Alleinstellungsmerkmal dualer Berufsausbildung ist das Ausbildungsziel der *Berufsfähigkeit*. Mit Abschluss der Berufsausbildung verfügen die ausgebildeten Fachkräfte über die Fähigkeit, den erlernten Beruf nach den in den Berufsbildern festgehaltenen Qualifikationen auszuüben. Das Erreichen der Berufsfähigkeit wird durch eine abschließende Überprüfung des beruflichen Wissens *und* Könnens nachgewiesen.

Mittlerweile streben zahlreiche Länder an, zumindest Formen der dualen Berufsausbildung einzuführen. Sie verfolgen dabei vor allem drei Ziele:

- ein besseres Zusammenspiel zwischen Bildungs- und Beschäftigungssystem (Ausbildung und Arbeitsmarkt),
- den Abbau der Jugendarbeitslosigkeit sowie
- die Stärkung der Unternehmen durch qualifizierten Fachkräftenachwuchs.

Nach dem Stand der internationalen Forschung lassen sich diese Ziele mit einer dualen Ausbildung der Fachkräfte insbesondere im mittleren Beschäftigungsniveau (Facharbeiter/in, Meister/in, Techniker/in) erreichen. Dies jedoch nur, wenn die Einführung Qualifikationsanforderungen und Standards genügt, wie sie in Ländern mit hoch entwickelten dualen Berufsausbildungssystem erreicht werden. Bei der Implementierung sollten vor allem folgende Punkte berücksichtigt werden:

- **Ausbildungsdauer für das Erlernen eines Berufes:** Für das Erlernen eines Berufes beträgt die mittlere Ausbildungsdauer zwischen drei und vier Jahren. Das Hineinwachsen in einen Beruf geht mit der Aneignung der im Berufsbild ausgewiesenen Qualifikationen und Kompetenzen sowie mit der Entwicklung beruflicher Identität einher. Daher entzieht sich der berufliche Entwicklungsprozess der Modularisierung: der Aufteilung der beruflichen Kompetenzentwicklung in sich abgeschlossene abstrakte Qualifikationsbausteine.
- **Berufsausbildung als Fundament für die Fort- und Weiterbildung:** Der technisch-ökonomische Wandel sowie die Prozesse der betrieblichen Organisationsentwicklung erfordern berufsspezifische Formen der Fort- und Weiterbildung. Eine solide berufliche Erstausbildung schafft das dafür notwendige Fundament.

- **Lernortkooperation:** Die Lernortkooperation, grundlegendes Prinzip der dualen Berufsausbildung, basiert auf der Einsicht, dass man jeden Beruf erlebbar erlernen muss. *Reflektierte Arbeitserfahrung* als eine wesentliche Grundlage beruflichen Lernens und beruflicher Entwicklung setzt eine umfangreiche *betriebliche und systematische Arbeitserfahrung* (Ausbildung) von wenigstens 50 Prozent der Ausbildungszeit voraus. Die Grundlage bildet ein die Lernorte übergreifender Berufsbildungsplan.
- **Der rechtliche Status der Auszubildenden:** Auszubildende haben im Ausbildungsbetrieb einen vertraglich geregelten Status angehender Fachkräfte. Sie sind daher nicht Schülerinnen und Schüler, die ein Praktikum absolvieren, sondern Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer für die spezifische Regelungen gelten, die die Ausbildung betreffen.
- **Kosten-Nutzen-Relation der betrieblichen Berufsausbildung** Alle einschlägigen Untersuchungen zu den Ausbildungskosten und zum Ausbildungsnutzen der betrieblichen Berufsausbildung zeigen, dass eine drei- bis vierjährige Ausbildung kostendeckend gestaltet werden kann, wenn die Ausbildungsvergütungen bei mindestens einem Drittel der Fachkräftelöhne liegen. *In der Tendenz steigt der Ausbildungsnutzen mit der Zunahme der Ausbildungsqualität.* Die betriebliche Berufsausbildung als Teil der dualen Ausbildung ist somit ein sich selbst finanzierendes System.

Duale berufliche Bildungssysteme verfügen über ein *plurales* Steuerungssystem, an dem vor allem die Bildungs-, Wirtschafts- und Arbeitsverwaltungen des Staates sowie die Sozialpartner und Wirtschaftsorganisationen mitwirken. Dazu gehören insbesondere:

- **Ein einheitliches Regelwerk (Berufsbildungsgesetz):** Die gesamte berufliche Erstausbildung, soweit sie nicht an Hochschulen durchgeführt wird, wird in ihrem Gesamtzusammenhang in *einem* Gesetzeswerk – dem Berufsbildungsgesetz – geregelt. Es bestimmt alle wichtigen Fragen, die mit Ausbildung zusammen hängen. Das fängt an bei der Ausbildungsvertragsgestaltung, es bestimmt die Bedingungen von Ausbildung, Rechte und Pflichten von Auszubildenden, Rechte und Pflichten der ausbildenden Betriebe und vor allen Dingen regelt es, wie Berufe entstehen.
- **Einbeziehen von Sozialpartnern und Wirtschaftsorganisationen, Berufsschulen und Wissenschaft in den Berufsbildungsdialog:** Eine koordinierte plurale Steuerung dualer Berufsbildung stellt sicher, dass die Akteure entsprechend ihrer Kompetenzen und Interessen am Berufsbildungsdialog auf nationaler, regionaler/intermediärer und lokaler Ebene beteiligt sind. Dies betrifft vor allem die Fachleute der Sozialpartner und Wirtschaftsorganisationen, der beruflichen Schulen sowie der Berufsbildungsforschung.
- **In den Ordnungsverfahren wird ein Ausgleich zwischen den unterschiedlichsten Interessen der Akteure erzielt:** Berufsbilder, Ausbildungsordnungen und Bildungspläne sind Ausdruck empirisch ermittelter Qualifikationsanforderungen sowie normativer Vorgaben, die sich aus den Bildungszielen ergeben. Es wird ein Kompromiss gefunden zwischen dem einzelbetrieblichen Interesse an „passgenauen“ Qualifikationen, dem Brancheninteresse an eher breitbandigen Berufsprofilen und dem Interesse der Individuen an beruflichen Entwicklungsmöglichkeiten. In die Ordnungsverfahren fließen die verschiedenen Interessen und die dahinterliegenden politischen Orientierungen ein.

Berufliche Aus- und Weiterbildung sollte künftig stärker für einen globalisierten Arbeitsmarkt und eine globalisierte Wirtschaft vorbereiten. Notwendig wäre die Vermittlung von mehr internationalen Kompetenzen, die zu einer Selbstverständlichkeit im modernen Berufsleben werden. Hiermit wird bisher sehr zögerlich umgegangen, allein schon die Vermittlung einer Fremdsprache – i.d.R. Englisch – belastet immer noch Neuordnungsverfahren mit unnötigen

Diskussionen. Unter internationalen Kompetenzen ist zweifellos mehr zu verstehen. Wichtig dafür zu wissen ist, dass nach neueren Untersuchungen über 70 Prozent der hiesigen mittelständischen Unternehmen im internationalen Maßstab Geschäfte betreiben bzw. in internationale Wertschöpfungsnetzwerke eingebunden sind. Die Berufsbildung reflektiert noch kaum auf diese Veränderungen.

Unterstützenswert ist in diesem Zusammenhang ein konkretes Programm für die Entwicklung von *europäischen Kernberufen* im Rahmen des sozialen Dialogs der Europäischen Kommission. Diese Kernberufe sollen von den Sozialpartnern der wichtigen Wirtschaftssektoren erarbeitet werden. Dieser Vorschlag markiert einen Wandel in der internationalen Diskussion über das duale System. Hier geht es nicht um eine Übernahme deutscher Bildungsstrukturen nach dem Motto: Kopiert das deutsche duale System, weil wir am besten sind. Dies war schon bisher nicht sehr erfolgreich. Berufsbildungssysteme sind historisch und kulturell gewachsen, sie können nicht 1:1 übertragen werden. Unsere Partnerländer kennen auch die Schwächen des deutschen Berufsbildungssystems (Übergang zwischen Schule und Beruf ist unzureichend gestaltet, 1,5 Millionen Menschen in der Altersgruppe zwischen 20 und 29 Jahren haben keinen qualifizierten Berufsabschluss).

Die Entwicklung europäischer Kernberufe verspricht einen interessanten Impuls für die europäische Bildungs- und Professionalisierungsdebatte zu setzen, die gerade neu auf Touren kommt. Denn eine Harmonisierung der europäischen Bildungslandschaft muss kommen. Der europäische Bildungsföderalismus ist auf lange Sicht genau so wenig ein Idealzustand wie der deutsche Bildungsföderalismus.

Die Beteiligung Deutschlands an den Initiativen der europäischen Union bei der Entwicklung einer europäischen Berufsbildungsarchitektur sollte verstärkt werden. Dabei muss verhindert werden, dass Regelungen eingeführt werden, die sich an schlechter Berufsbildungspraxis orientieren und die Etablierung eines Dienstleistungssektors „Qualifizierung“ nach angelsächsischem Muster stützen. Eine Deregulierung von Berufsbildungssystemen und ihre Ablösung durch eine Marktstruktur auf der Basis modularisierter Zertifizierungssysteme ist eindeutig der falsche Weg.

Grenzüberschreitende Kooperation im Bereich der Berufsbildung ist wichtig. Erforderlich ist eine inhaltliche Steuerung der Entwicklungszusammenarbeit im Bereich der beruflichen Bildung. Diese sollte auf nationaler Ebene – uneingeschränkt – dem Bundesinstitut für Berufsbildung zugeordnet werden. Auf europäischer Ebene sollte die inhaltliche Steuerung der Entwicklungszusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten der EU im Bereich der beruflichen Bildung dem Europäischen Zentrum für Berufsbildung, CEDEFOP, zugeordnet werden.

Prof. Dr. Dr. h.c. Felix Rauner
Universität Bremen, Forschungsgruppe
Berufsbildungsforschung (I:BB)

Stellungnahme

Öffentliches Fachgespräch

zum Thema

„Grenzüberschreitende Kooperation im Bereich der
Berufsbildung“

am 17. Oktober 2012

Prof. Dr. Dr. h.c. Felix Rauner

**Diskussionsbeitrag zur Anhörung des Ausschusses für Bildung,
Forschung und Technologiefolgeabschätzung
des Deutschen Bundestages**

**Öffentliches Fachgespräch zum Thema
„Grenzüberschreitende Kooperation im Bereich der Berufsbildung“
am 17. 10. 2012**

Prof. Dr. Dr. h.c. Felix Rauner
FG Berufsbildungsforschung (I:BB)
Universität Bremen
Leobener Straße / NW 2
28359 Bremen

Tel.: +49 (0) 421 218-62632
E-Mail: rauner@uni-bremen.de
www.ibb.uni.bremen.de

Die grenzüberschreitende Kooperation im Bereich der Berufsbildung ist – anders als im Bereich der hochschulischen Bildung – erheblich eingeschränkt durch die höchst verschiedenen Strukturen der nationalen Berufsbildungssysteme. Die sich beschleunigende Herausbildung internationaler Wirtschaftsstrukturen legt eine Intensivierung der internationalen Zusammenarbeit im Bereich der Berufsbildung v. a. in vier Feldern nahe.

1. Unterstützung der G-20 Initiative „Einrichtung hocheffizienter Systeme der Lehrlingsausbildung“

Angesichts der hohen Jugendarbeitslosigkeit sowohl in entwickelten als auch in den sich entwickelnden Ländern haben die Arbeitsminister der G20-Staaten bei ihrer Konferenz am 26. und 27.9.2011 in Paris die „Einrichtung hochwertiger Systeme der Lehrlingsausbildung“ vorgeschlagen. „Wir sind uns darin einig, dass Ausbildungssysteme auf dualer Grundlage und in der Form der Lehrlingsausbildung (...) besonders effektiv sind.“ (www.kooperation-international.de; letzter Zugriff 11. 10. 12).

Wenn dieses anspruchsvolle Projekt gelingen soll, dann ist es erforderlich, dass die Erfahrungen vergleichbarer Projekte (z. B. in der Entwicklungszusammenarbeit), die oft gescheitert sind, ausgewertet und berücksichtigt werden. Dazu hat die Kommission „Architecture Apprenticeship“ des „International Network on Innovative Apprenticeship – INAP“ im April 2012 ein Memorandum vorgelegt:

Architektur einer innovativen Lehrlingsausbildung - Standards für Gestaltung, Organisation und Steuerung (Anlage 1)

„Die Leitfragen für die Beurteilung der Leistungsfähigkeit dualer beruflicher Bildungssysteme und die Entwicklung von Standards waren die folgenden:

- Wie lässt sich die Abstimmung zwischen dem Beschäftigungssystem und Berufsbildungssystem verbessern?
- Was sind die Bedingungen für eine Verringerung der Jugendarbeitslosigkeit durch einen verbesserten Übergang von der Schule in die Arbeitswelt?
- Was sind die Auswirkungen auf die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen?
- Wie können aussichtsreiche Karrierewege eröffnet werden?“ (Prof. Dr. P. Gonon, Universität Zürich, Vorsitzender des INAP-Boards).

Die Bundesregierung könnte anbieten, diese G 20 Initiative durch eine Expertengruppe unter Federführung des BIBB zu unterstützen.

2. Internationale Zusammenarbeit bei der Qualifizierung von Berufsbildungspersonal

Im Bereich der hochschulischen Ausbildung von Berufsschullehrern /Berufspädagogen ist bisher weder der Austausch von Studierenden noch von Dozenten möglich, da 1. nur in sehr wenigen Ländern Berufsschullehrer/Berufspädagogen an Universitäten (auf Master-Niveau) ausgebildet werden und 2. die Ausbildungsgänge bzw. Studiengangskonzepte nicht miteinander kompatibel sind. Diese Situation beeinträchtigt die Professionalisierung des Berufsbildungspersonals – auch in Deutschland. Anders als in anderen Professionen existiert keine internationale Scientific Community. Diese Situation mindert das Innovationpotential der Berufsbildungssysteme erheblich.

Eine von UNESCO – UNEVOC initiierte Konferenz hat daher 2004 Empfehlungen zur Etablierung von Master-Studiengängen in zwölf beruflichen Fachrichtungen für die Ausbildung von Berufsschullehrern/Berufspädagogen vorgelegt (Hangzhou-Declaration). Diese UNESCO-UNEVOC-Deklaration gilt als ausgezeichnete Grundlage für die Etablierung berufspädagogischer /berufswissenschaftlicher Studiengänge bzw. Institute sowohl für entwickelte als auch für sich entwickelnde Länder. In der Begründung der Deklaration wird hervorgehoben, dass mit der Etablierung einer universitären Ausbildung von Berufsschullehrern/Berufspädagogen zugleich eine Infrastruktur für die Berufsbildungsforschung entsteht (Anlage 2). Die nationalen ‚Innovationssysteme Berufliche Bildung‘ basieren auf den drei miteinander interagierenden Säulen Berufsbildungspraxis, Berufsbildungspolitik und Berufsbildungsforschung.

3. Von einer fragmentierten zu einer koordinierten pluralen Steuerung beruflicher Bildungssysteme

In vielen Ländern leiden die Effektivität und die Attraktivität der Beruflichen Bildung unter fragmentierten und wenig effektiven Formen der Steuerung der Berufsbildungssysteme. Die Ursache liegt vor allem darin begründet, dass die Qualifizierung von Fachkräften für den intermediären Beschäftigungssektor zahlreiche Politikfelder: Bildungs-, Arbeit-, Wirtschafts-, Beschäftigungs- und Sozialpolitik sowie div. Ressortpolitiken, tangiert. Die Etablierung von nationalen regionalen und lokalen Berufsbildungsdialogen unter Beteiligung der Repräsentanten des Staates sowie der Organisationen der Wirtschaft bereitet darüber hinaus nicht selten Schwierigkeiten.

Im Rahmen der Bertelsmannstudie „Steuerung der beruflichen Bildung im internationalen Vergleich“ (2009) wurden die Steuerungs-, Verwaltungs- und Unterstützungssysteme der Beruflichen Bildung in Dänemark, Deutschland, Österreich und der Schweiz vergleichend bewertet.

Deutschland weist danach als Einziges der vier Vergleichsländer eine hoch fragmentierte plurale Steuerung auf. Verstärkt wird diese Schwäche des deutschen Berufsbildungssystems durch eine normen- und vollzugsorientierte Inputsteuerung, die die Gestaltungsspielräume bei der Lokalisierung der beruflichen Bildung erheblich einschränkt. Dänemark und die Schweiz verfügen dagegen über ein mehr (DK) oder weniger (CH) ausgeprägtes System der koordinierten Output-Steuerung. Für die Schweiz mit ihrer föderalen staatlichen Struktur und ihrer Dreisprachigkeit ist dies ein bemerkenswertes Ergebnis.

Aus den Untersuchungsergebnissen wurden für die Bundesrepublik Deutschland 24 Handlungsempfehlungen abgeleitet. Das im Rahmen dieser Bertelsmannstudie entwickelte und angewandte Evaluationsverfahren eignet sich für die Entwicklung pluraler koordinierter Steuerungssysteme für die berufliche Bildung. Das methodische Instrumentarium steht für eine grenzüberschreitende Kooperation bei der Einführung von Formen pluraler koordinierter Steuerung der beruflichen Bildungssysteme zur Verfügung (Bertelsmann Stiftung 2009, 488 ff.)¹.

4. Innovationen in der beruflichen Bildung: Lernen von ‚best practice‘ anderer Länder

Die grenzüberschreitende Kooperation in der Berufsbildung bietet Deutschland die Möglichkeit, von anderen Ländern zu lernen. Dies gilt in Europa vor allem für die Schweiz. Die Schweiz hat zur Umsetzung des (neuen) Berufsbildungsgesetzes von 2004, das alle Bereiche der beruflichen Bildung einschließt, ein umfassendes Reformprojekt durchgeführt. Seither ist die duale Berufsbildung in der Schweiz – das duale Studium an den höheren Fachschulen eingeschlossen – in seiner Attraktivität für Schulabgänger und Unternehmen noch einmal deutlich angestiegen, eine zum internationalen Trend der Akademisierung der Bildung gegenläufige Entwicklung. Die Schweiz gilt in der Fachwelt als das Land mit dem am Höchsten entwickelten Berufsbildungssystem (vgl. Bertelsmannstiftung 2009, 241 ff.).

Vorbildlich für ein Reformprojekt berufliche Bildung in Deutschland sind vor allem die folgenden Punkte:

¹ Bertelsmann Stiftung (Hrsg.) (2009) Steuerung der beruflichen Bildung im internationalen Vergleich. Gütersloh: Verlag Bertelsmann Stiftung.

- Das Berufsbildungsgesetz sowie die dazugehörige Verordnung über die Berufsbildung (BBV)
Ermöglicht wurde dieses Gesetz und Reformprojekt durch eine Verfassungsänderung (AS 1999, 2256; SR 101) mit der die Rechtssetzungskompetenz für alle Bereiche der beruflichen Bildung dem Bund übertragen wurde.
- Zugleich wurden die Kompetenz und die Autonomie der beruflichen Schulen und der Kantone für die Ausgestaltung der beruflichen Bildung gestärkt.
- Ca. 70% eines Altersjahrganges absolvieren eine duale Berufsausbildung (deutsche Schweiz) – auch als gleichwertiger Zugang zum Hochschulstudium.
Die Studienvoraussetzung für ein FH - Studium ist eine abgeschlossene drei- bis vierjährige duale Berufsausbildung sowie das im Zusammenhang damit zu erwerbende berufsbezogene Abitur (Berufsmatura).
- Umfassende Überarbeitung der Berufsbilder und die Reduzierung der Ausbildungsberufe auf ca. 220 breitbandige Kernberufe. Dieses Teilprojekt schließt alle Sektoren des Beschäftigungssystems ein.
- Die auf die duale Erstausbildung aufbauenden dualen Studiengänge der höheren Fachschulen sind ein wesentlicher Schritt zur Etablierung eines durchgängigen dualen Bildungsweges. Die Abschlüsse an den höheren Fachschulen sind formal den Abschlüssen an Bachelorstudiengängen gleichgestellt.
- Die inhaltliche Ausgestaltung der offenen Ausbildungsordnungen in Berufsbildungspläne wurde den Berufsbildungszentren und ihren lokalen Partnern in der dualen Berufsbildung übertragen.
- Die Berufsbildungsforschung an den Universitäten (Grundlagenforschung) wurde mit dem Berufsbildungsgesetz verstärkt. Mit der Einrichtung einer eidgenössischen (nationalen) Hochschule für Berufsbildung wurde eine Reform der Ausbildung des Berufsbildungspersonals (lernortübergreifend) eingeleitet.²

Die Ergebnisse und Erfahrungen des Schweizer Reformprojektes Berufliche Bildung sollten zu einem zentralen Orientierungspunkt für die Entwicklung einer europäischen Berufsbildungsarchitektur werden. Damit könnte das etablierte Reformkonzept der EU: Das berufliche Lernen auf der Basis eines Systems modularer Qualifikationen zu etablieren (ESCO etc.), die sich die Jugendlichen und Beschäftigten „unabhängig von Ort und Zeit“ irgendwie aneignen können, abgelöst werden. Die Annahme, dass auf der Grundlage modularisierter Zertifizierungssysteme die Flexibilität der Arbeitsmärkte und die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen gestärkt werden könnte, gilt als widerlegt. Dieses Konzept hat in der Tendenz zur Deindustrialisierung entsprechender Volkswirtschaften und zur Dequalifizierung der Beschäftigten beigetragen.

² Barabasch, A.; Scharnhorst, U.; Kurz, S. 2009 Schweiz (Länderstudie) in : Bertelsmann Stiftung (s.o.) 241-288

Empfehlung

Beauftragung einer deutsch-schweizerischen Expertenkommission zur Ausarbeitung von Eckpunkten für eine europäische Berufsbildungsarchitektur nach dem Vorbild der Schweizer Expertenkommission, die ohne politische Vorgaben damit beauftragt wurde, einen Vorschlag für das Schweizer Berufsbildungsgesetz zu erarbeiten.

Anhang 1

Memorandum : Architektur einer modernen Lehrlingsausbildung http://bildungsklick.de/datei-archiv/51718/memorandum_inap-commission-architecture-apprenticeship_may-2012-deutsch.pdf



Memorandum

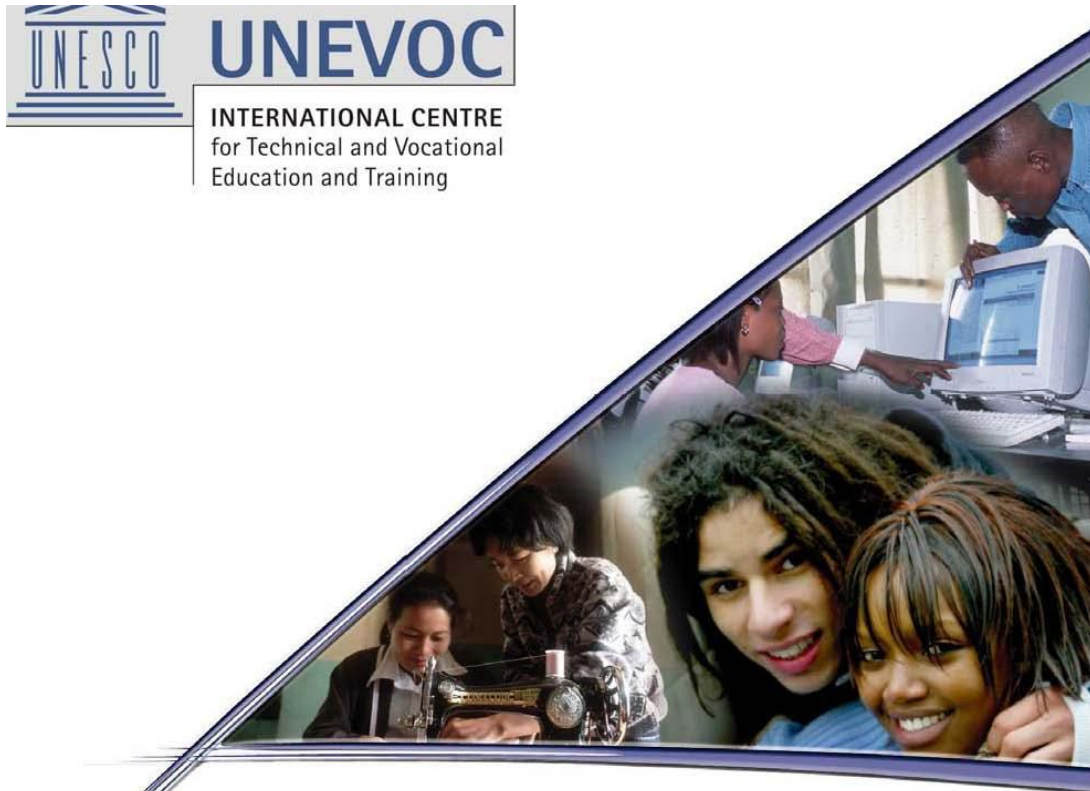
Architektur einer modernen Lehrlingsausbildung – Standards für Gestaltung, Organisation und Steuerung –

INAP-Kommission
„Architecture Apprenticeship“

April 2012

Anhang 2

http://www.unevoc.unesco.org/fileadmin/user_upload/pubs/Hangzhou-MeetingReport.pdf



UNESCO International Meeting on Innovation and Excellence in TVET Teacher/Trainer Education

Jointly organised by UNESCO-UNEVOC and UNESCO Office Beijing in partnership with the Chinese National Commission for UNESCO and the Chinese Ministry of Education.

Hangzhou, China
8 – 10 November 2004
Documentation from the meeting.